



49. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 5. März 1981

Inhalt	Seite
Mahnworte zur Wiedervereinigung	2097 (A)
Geschäftliches	2097 (A)
Abstimmung	
Entzug des Vertrauens gemäß Artikel 42 Abs. 2 VvB - betreffend den Senator für Justiz -	
- Drs 8/732 -	2097 (A)

Aktuelle Stunde

Konkrete Anwendung des Verfassungsgebots der Verhältnismäßigkeit beim Vollzug staatsanwalt- schaftlicher Ermittlungsverfahren

Schneider (SPD)	2097 (B)
Diepgen (CDU)	2098 (B), 2104 (B)
Hucklenbroich (F.D.P.)	2099 (D)
Sen Meyer	2100 (B), 2107 (D)
Lange (SPD)	2101 (D)
Schmitz (CDU)	2102 (C), 2105 (A)
Oxford (F.D.P.)	2103 (A)
Sen Dahrendorf	2103 (D)
Dr. Hasserner (CDU)	2104 (D)
RBm Dr. Vogel	2106 (B)
Dr. Gerl (SPD)	2107 (B)
Rösler (CDU)	2108 (B)
Dr. Dittberner (F.D.P.)	2108 (C)
Lorenz, Hans-Georg (SPD)	2109 (A)

Große Anfragen

S-Bahn-Planung

- Drs 8/697 -	2109 (C)
Wronski (CDU)	2109 (D), 2118 (B), 2119 (B)
Bm Dr. Brunner	2114 (D)

Inhalt	Seite
Giesel (CDU) _____	2116 (A)
Rheinländer (SPD) _____	2117 (A)
Wahl (F.D.P.) _____	2117 (D)
Politik für Behinderte in Berlin	
- Drs 8/706 - _____	2119 (D)
Mertsch (SPD) _____	2120 (A)
Sen Sund _____	2121 (B)
Dr. Rüter (SPD) _____	2124 (C)
Vetter (CDU) _____	2125 (D)
Frau Schmidt-Petry (F.D.P.) _____	2127 (A)

Beschlußempfehlungen

Vermögensgeschäfte

- Drs 8/707 und 8/708 - _____ 2128 (C)

Zuwendungen für Forschungsprojekte im Rahmen des Forschungsprogramms Energie in Berlin

- Drs 8/717 -
 Frau Dr. Besser (CDU), Berichterstatterin _____ 2128 (D)

Therapieeinrichtung für Drogenabhängige mit noch nicht schulpflichtigen Kindern

- Drs 8/718 - _____ 2129 (A)

Gründung der Fachinformationszentrum Chemie GmbH

- Drs 8/719 - _____ 2129 (B)

Inhalt	Seite
Bericht	
des 1. Untersuchungsausschusses - 8. Wahlperiode - zur Aufklärung von Grundstücksgeschäften der GeSoBau am Tegeler See	
- Drs 8/702 - _____	2129 (B)
verbunden mit	

Antrag

Konsequenzen aus der Grundstücksaffäre GeSoBau

- Drs 8/733 - _____	2129 (B)
Rastemborski (CDU) _____	2129 (D)
Schneider (SPD) _____	2131 (C)
Vetter (F.D.P.) _____	2132 (D)
Landowsky (CDU) _____	2134 (A)
Sen Ulrich _____	2134 (B)
Rzepka (CDU) _____	2134 (D)
Klebba (SPD) _____	2134 (D)
Momper (SPD) _____	2135 (A)

Antrag

Modellversuch „Krankenwohnung“

- Drs 8/715 - _____	2136 (A)
Swinne (F.D.P.) _____	2136 (B)
Schneider (CDU) _____	2136 (C)

(A) Präsident Lummer eröffnet die Sitzung um 13.02 Uhr.

Präsident Lummer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und **bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereintigt werden muß.**

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 28. Februar 1981 eine Aktuelle Stunde beantragt. Das Schreiben liegt Ihnen fotokopiert vor. Ich möchte vorschlagen, die Aktuelle Stunde nach der Abstimmung über den Mißtrauensantrag durchzuführen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall, dann ist es so beschlossen

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1, Drucksache 8/732:

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU über Entzug des Vertrauens gemäß Artikel 42 Abs. 2 VvB - betreffend den Senator für Justiz -

Dem Senator für Justiz, Gerhard Meyer, wird das Vertrauen entzogen.

Wir kommen sofort zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte Frau Abgeordnete Greiff, die Namen aufzurufen, und die Abgeordneten Führer und Schürmann, an der Wahlurne Aufstellung zu nehmen.

Wer für den Mißtrauensantrag stimmen will, muß die Karte „Ja“ in die Wahlurne einwerfen, wer dagegen stimmen will, die Karte mit „Nein“, und wer sich der Stimme enthalten will, die Karte mit „Enthaltung“. Ich bitte, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(B) (Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmkarten)

Meine Damen und Herren! Darf ich fragen, ob jemand im Haus, der abstimmungsberechtigt ist, nicht aufgerufen wurde? - Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann möchte ich, bevor ich die Damen und Herren Schriftführer bitte, die Auszählung vorzunehmen, auf ein Mißgeschick hinweisen und bitten, die Korrektur zu berücksichtigen: Der Abgeordnete Runge hat aus Versehen zwei Zettel in die Urne geworfen, weil sie aneinander haften; er hat zu Protokoll gegeben, daß er mit Ja stimmen möchte. Der Nein-Stimmzettel muß also aus dem Zählvorgang entfernt werden; das ist bei namentlichen Abstimmungen möglich, bis zum Ende der Abstimmung eine entsprechende Korrektur vorzunehmen. Ich bitte nunmehr um Auszählung.

(Auszählung)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Für den Antrag haben gestimmt 64 Abgeordnete, gegen den Antrag haben gestimmt 71 Abgeordnete. Für die Annahme des Antrags sind nach Artikel 42 Absatz 2 der Verfassung von Berlin 68 Stimmen erforderlich; der Antrag ist somit abgelehnt.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Damit kommen wir zum Antrag der Fraktion der SPD auf Durchführung einer

Aktuellen Stunde

zum Thema „Konkrete Anwendung des Verfassungsgebots der Verhältnismäßigkeit beim Vollzug staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren“

Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Schneider.

Schneider (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schenkt man den Schlagzeilen eines Teils der Berliner Presse Glauben, so steht unsere Stadt kurz vor dem Rand der Anarchie. Von der „Rechtsbeugung“ bis hin zum

„Strafvereitelung im Amt“ reichen die Überschriften; und im fernen Bonn hat sich auch Helmut Kohl zu Wort gemeldet. Er spricht vom „anhaltenden Zustand der Rechtlosigkeit“, und auch diverse nichtparlamentarische Alternativ-Kandidaten der Union sprechen entweder von der „Suspendierung des Rechtsstaats“ - so der Herr Kunz -, oder sie fordern etwa vom Regierenden Bürgermeister in völliger Verkennung von dessen Möglichkeiten, numero „höchstpersönlich für die Durchführung der Ermittlungsersuchen der Staatsanwaltschaft zu sorgen“ - so zwischen Tür und Angel Herr von Weizsäcker.

[Beifall bei der CDU]

Kurz, es ist eine Kampagne im Gange, die in fataler Weise an jene erinnert, die wir vor etwa zwei Jahren in diesem Haus erlebt haben. Damals ging es um die Neufassung der Richtlinien für die Überprüfung der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Damals wie heute standen Wahlen vor der Tür; damals wie heute wurden rechtlich komplizierte Sachverhalte, in denen der verfassungsmäßige Grundsatz von der Verhältnismäßigkeit der anzuwendenden Mittel auch schon eine Rolle spielte, von der Opposition zum Anlaß genommen, die demokratischen Parteien in dieser Stadt auseinanderzudividieren.

[Beifall bei der SPD]

Damals wie heute wollen Teile der CDU offenbar die SPD in die Ecke derjenigen stellen, die es mit dem Rechtsstaat nicht ganz so genau nehmen;

[Wohlrabe (CDU): Das stimmt zum Teil!]

damals wie heute allerdings wird Ihnen das nicht helfen, aber es leidet damals wie heute insgesamt unser Gemeinwesen darunter.

Präsident Lummer: Kollege Schneider, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Schneider (SPD): Nein, in einer Aktuellen Stunde habe ich nicht viel Zeit.

Präsident Lummer: Nein. - Ich bitte um Verzeihung.

Schneider (SPD): Der dem aktuellen Problem zugrunde liegende Sachverhalt ist doch der, daß hier Straftaten unterschiedlichen Gewichts - über die man durchaus reden kann, die zum Teil auch sehr lange zurückliegen - von der Staatsanwaltschaft nunmehr zum Anlaß genommen werden, nachdem einige Monate lang kein Antrag auf richterliche Anordnung gestellt worden ist, jetzt im Schnellverfahren von der Polizei vor Ort verfolgen zu lassen.

Die Erhebung von schriftlichen Gegenvorstellungen durch die Polizei, auch der formelle Schriftsatz des Polizeipräsidenten, in dem er um Fristverlängerung bittet, ist sicher nicht der Normalfall. Aber die Fristsetzung durch die Staatsanwaltschaft selbst ist unseres Wissens absolut ungewöhnlich. Wir hätten auch hierzu vom Senat gern gewußt, ob die Art der Straftaten und ihre bisherige Behandlung durch die Staatsanwaltschaft es rechtfertigen, zu diesem ungewöhnlichen Mittel der Fristsetzung durch die Staatsanwaltschaft zu greifen. Und zu den Merkwürdigkeiten zählt für uns auch die Tatsache, daß von beteiligter Seite Briefe beinahe schneller bei der Presse als bei den beteiligten Institutionen landen.

[Lange (SPD): Sehr richtig! und Beifall bei der SPD]

Und, meine Damen und Herren, bei der Behandlung des Gesamtproblems Hausbesetzungen stehen wir doch vor einer Gratwanderung. Vor jedem Schritt auf diesem Grat ist sorgfältig abzuwägen zwischen den verschiedenen Rechtsgütern, die hier relevant sind. In dem anstehenden Fall kommt es darauf an, einerseits das Vertrauen der Bevölkerung in die Gewährleistung der Strafverfolgung durch den Staat zu erhalten - das eine Rechtsgut -, und zum anderen bei der Beurteilung

Schneider, Gerhard

(A) der Verhältnismäßigkeit der Mittel die Bedrohung des Gemeinschaftsfriedens sowie des Lebens und der Gesundheit vieler Menschen, auch Unbeteiligter, gegeneinander abzuwägen. Zu dieser Abwägung gehören Augenmaß und Besonnenheit; und wer hier in Unkenntnis der Sachlage vorschnelle Kommentare abgibt, beweist nicht gerade ein Höchstmaß an Augenmaß und Besonnenheit. Aber wir können zumindest feststellen, daß die politisch Verantwortlichen in der Innenverwaltung und auch im Polizeipräsidium über diese nötige Besonnenheit verfügen.

Es ist völlig klar – auch für uns –, daß über das Ob der Strafverfolgung nicht die Polizei entscheidet. Das hat sie auch zu keinem Zeitpunkt für sich beansprucht. Ihr geht es allein um eine Mitsprache beim Wie. Hier kommt es vor allem auf den Zeitpunkt des Einsatzes an. Dabei kommt es naturgemäß zu Differenzierungen, und ich sage auch, was vorgestern in Wedding, als man eine derartige Durchsuchung vorgenommen hat, aufgrund der Beurteilung der Gegebenheiten vor Ort zu diesem Zeitpunkt richtig war, das muß nicht heute oder morgen in Kreuzberg gut sein.

Wir jedenfalls unterstützen als sozialdemokratische Fraktion alle die polizeilichen Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, zunächst jede Möglichkeit auszuschöpfen, um dem Strafverfolgungsersuchen durch Mittel gerecht zu werden, die nicht Gewalt auslösen.

[Beifall bei der SPD]

Wir wissen uns in diesem Bewußtsein durchaus in guter Gesellschaft, nämlich in Gesellschaft des Innenministers des Landes Baden-Württemberg, des von mir aus meiner Studienzeit sehr geschätzten Hochschullehrers Roman Herzog, der in weiser Erkenntnis vor kurzem ausgeführt hat:

Besondere Abwägung erfordert nach Auffassung des Innenministers die Situation bei illegaler Hausbesetzung. Maßnahmen, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung in nicht vertretbarer Weise beeinträchtigt wird, sind mit den zuständigen Stellen oder Berechtigten abzusprechen. Art und Umfang der polizeilichen Maßnahmen können abhängig sein von den Motiven der Besetzer, von der voraussichtlichen Dauer der Besetzung, dem Personenkreis der Besetzer und von der Art, Lage und Zustand des Objekts.

(B)

Dies genau ist auch die Haltung, die hier der Polizeipräsident an den Tag gelegt hat und für die er unsere Unterstützung hat.

Die SPD-Fraktion hält die leerstehenden Häuser und Wohnungen in unserer Stadt für ein soziales Unrecht. Trotzdem rechtfertigt dieser soziale Mißstand keinerlei strafbare Handlungen und keine Gewaltanwendung. Hierüber gibt es überhaupt keine Zweifel. Wer hierzu von einer gegenteiligen Haltung der SPD spricht, der versucht nur, uns zu diffamieren. Aber nach unserer Meinung ist noch immer das beste und nachhaltigste Mittel zur Bekämpfung strafbarer Handlungen und zur Vermeidung von Gewalt die Beseitigung der Ursachen, die zu diesen strafbaren Handlungen und die gegebenenfalls zur Gewaltanwendung führen.

[Beifall bei der SPD]

Da ich nicht davon ausgehe, daß Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ein Interesse daran haben, daß wir hier eine Welle von gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Straße bekommen, fordere ich Sie auf: Sie sollten uns in der Beseitigung der Ursachen unterstützen – aus Ihrer gemeinsamen Verantwortung mit uns heraus für den Gemeinschaftsfrieden!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Lummer: Das Wort hat der Kollege Dieppen.

Dieppen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die letzten Ausführungen des Kollegen Schneider veranlassen mich zu der Feststellung, daß wir in der Tat die Ursachen und Folgen einer Entwicklung von über drei Jahrzehnten in der Verantwortung von Ihnen und Ihrer Partei in der nächsten Zeit zu bewältigen haben.

[Beifall bei der CDU]

(C) Aber zur Zeit und bei dieser Debatte geht es um einen anderen Sachverhalt.

Ich glaube, die SPD-Fraktion hätte besser daran getan, das Thema dieser Aktuellen Stunde anders zu formulieren. Im Grunde geht es nämlich um Verfolgungsverweigerung und die Rückwirkungen auf den Rechtsfrieden und die Rechtssicherheit des Bürgers. – Das ist das Thema, um das es heute geht!

[Beifall bei der CDU]

Ich finde es bemerkenswert und für einen Beitrag zur Verschleierung der Gesamtproblematik, wenn der Kollege Schneider – wie auch in dieser Stadt politisch Verantwortliche – in diesem Zusammenhang immer nur von Hausbesetzungen reden.

Worum geht es denn? Wie sind die Fakten im einzelnen? – Es geht darum, daß die Staatsanwaltschaft im Oktober vergangenen Jahres bestimmte Ermittlungsersuchen an die Polizei gerichtet hat, übrigens nicht nur in der Frage der Hausbesetzungen, sondern im Zusammenhang mit so gewichtigen, schwerwiegenden Straftaten wie Raub, schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung und Erpressung, also wegen schwerer Kriminalität.

[Landowsky (CDU): Richtig!]

Dann kann man sich hier heute nicht hinstellen und sagen, nachdem mehrere Monate ins Land gegangen sind, es gehe nur darum, daß die Polizei in der Frage der Form der Durchführung von Ermittlungen noch ein bißchen Handlungsspielraum haben müsse, auch ein bißchen Zeit. Der Zeitablauf spricht dafür, daß es hier im Ergebnis letztlich nicht mehr eine Frage des Wie, der Durchführung von Strafermittlungsmaßnahmen, sondern bereits um eine Verweigerung von Strafermittlungsmaßnahmen überhaupt geht.

[Beifall bei der CDU]

(D) Hier kann man auch nicht damit argumentieren, daß der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden müßte. Selbstverständlich, in unserem Rechtsstaat ist immer, bei jeder Entscheidung der öffentlichen Hand, ob von der Polizei, von der Staatsanwaltschaft, von Gerichten, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit also eine Rechtsgüterabwägung vorzunehmen – selbstverständlich! Aber, Herr Kollege Schneider – und diesen Hinweis muß ich auch an den Polizeipräsidenten richten –, diese Abwägung ist bereits von der Staatsanwaltschaft und den Gerichten selbst vorgenommen worden. Es ist ein Prinzip der Gewaltenteilung, daß es hier bei der Polizei um eine dienende Funktion geht. Die Polizei ist verpflichtet, diese Ermittlungen durchzuführen. Wenn Sie sich de facto weigert, diese Ermittlungen durchzuführen, wird sich der Bürger fragen müssen: Wer sorgt eigentlich in diesem Lande, in dieser Stadt Berlin noch dafür, daß Rechtsbrüche auch geahndet werden?

[Beifall bei der CDU]

Das ist die Frage, die den Bürger im einzelnen betrifft! Nicht erst gestern in einer Fernsehdiskussion habe ich feststellen müssen, daß der Herr Polizeipräsident sich weniger als Beamter, vielmehr als Rechts- und Sicherheitspolitiker versteht.

[Landowsky (CDU): Genau! – Momper (SPD): Das stimmt doch gar nicht...]

Ich sage hier, insbesondere den politisch Verantwortlichen, auch dem Innensenator und dem Regierenden Bürgermeister: Der Polizeipräsident ist Beamter; er ist an Recht und Gesetz gebunden. Das Legalitätsprinzip,

[Beifall bei der CDU]

seine Einbindung ist eine der Grundvoraussetzungen für die Sicherung des Rechtsstaates, für die Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes und auch dafür, daß jedenfalls ich nicht jeden Abend mich besorgt fragen will: Was soll eigentlich geschehen, wenn der Bürger sich selbst schützen will? Welche Auflösung des Rechtsstaates, welche Form der Auflösung des Gewaltmonopols des Staates würde das eigentlich zur Folge haben? – Damit setzt sich dieser Senat überhaupt nicht auseinander!

Ich muß mich hier mit dem Verhalten des Polizeipräsidenten auseinandersetzen. Er argumentiert: In dem Augenblick, wo ich

Diepjen

- (A) es mit einer sehr starken militanten Kriminalität zu tun habe, mit der Bereitschaft zum Widerstand gegen die Staatsgewalt bei der Verfolgung von Rechtsbrüchen, in dem Augenblick will ich zurückweichen, und zwar nicht nur für wenige Tage, sondern – wie hier dieser Fall zeigt – für mehrere Monate. Damit schafft er den Nährboden dafür, daß jeder, der in dieser Stadt Rechtsbrüche begeht, je intensiver er in seiner kriminellen Einstellung ist, je krimineller er in seinen Handlungen ist, sich geschützt fühlt vor Strafverfolgungsmaßnahmen. Und dieses geht nicht!

[Beifall bei der CDU]

Dieses ist eine Verletzung der Grundlagen dieses Staates. Dazu gehört das Legalitätsprinzip, an das die Polizei genauso wie die Staatsanwaltschaft gebunden ist. Und wenn die Polizei hier meint, in Rückendeckung mit dem Senat, angefangen beim Regierenden Bürgermeister bis zum Innensenator, daß sie selbst sich in die Rolle versetzen kann, darüber zu entscheiden, ob die Maßnahmen der Gerichte richtig waren, dann löst sie eben das Gewaltenteilungsprinzip auf und führt diesen Staat nicht nur in eine Krise des Rechtsstaates, sondern auch in eine Krise der Demokratie, nämlich vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung und damit konstitutionellen Elementen der verfassungsmäßigen Ordnung.

[Beifall bei der CDU]

Herr Schneider hat hier besonders auf die Frage der Hausbesetzungen abgestellt. Ich halte dieses für eine absolute Verkürzung des Problems. Ich will auch etwas sagen zur Frage der Hausbesetzungen und den Rechtsfragen, die insgesamt anstehen, weil man ja hierauf auch Antworten geben muß. Deswegen sage ich:

1. Jeder verantwortliche Senat ist gehalten, Ermittlungser suchen der Staatsanwaltschaft und der Polizei und der Gerichte in angemessener Frist unverzüglich auszuführen. Das ist ein Element des Rechtsstaates!

[Beifall bei der CDU]

- (B) 2. Zur Frage von besetzten Häusern. Wir haben jeweils in Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, wenn entsprechende Ersuchen der Bürger vorliegen, auch dafür zu sorgen, daß diese ihr Eigentum nutzen können, und zwar im Rahmen der Gesetze, die auch diese Eigentümer binden.

Wir haben im Regelfall auch diese Häuser zu räumen. Wer das nicht tut, der schafft genau die Voraussetzungen dafür, daß in dieser Stadt Bürger sich fragen müssen, wie sie ihre Rechte durchsetzen können und dann gegebenenfalls selbst Instrumente schaffen wollen, um ihre Rechte durchzusetzen. Das könnten wir alle nicht verantworten! Das dürften auch dieser Polizeipräsident und dieser Senat nicht verantworten können! Ein Polizeipräsident, der übrigens durch seine Handlungsweise die Polizeibeamten demoralisiert und total verunsichert.

[Zurufe von der SPD]

Ich benutze diese Gelegenheit, den Polizeibeamten für ihren Einsatz zu danken und

[Beifall bei der CDU]

ihnen zu sagen: Sie sollen sich nicht beirren lassen. Das Legalitätsprinzip ist Grundlage unseres Rechtsstaates, und wir erwarten von den Polizeibeamten – auch wenn sie verunsichert werden –, von ihren obersten Vorgesetzten, daß sie selbst auf der Grundlage des Legalitätsprinzips handeln.

[Beifall bei der CDU – Momper (SPD): Was, selbst handeln? – Das kann doch nicht wahr sein; das ist doch ein Aufruf zum Ungehorsam! Das ist doch unmöglich! – Landowsyk (CDU): Schrippen-Momper!]

– Herr Momper, melden Sie sich nachher zu Wort; Sie können dann auch Brötchen hier heraufbringen oder irgend etwas anderes. – Ich möchte noch eine letzte Bemerkung machen zur gesamtpolitischen Verantwortung: Hier geht es darum, hier auch herauszustellen, daß es nach meinem Eindruck nicht um die Frage geht: hier Polizeipräsident und dort Staatsanwaltschaft. Der Polizeipräsident handelt hier offensichtlich im Ein-

vernehmen mit dem Senat, in Verantwortung der Spitzen des Senats und damit auch in Verantwortung des Regierenden Bürgermeisters. Der Regierende Bürgermeister hat gegenüber der Gewerkschaft der Polizei vor kurzem gesagt: Die Fragestellung sei richtig, ob man auf Dauer die Besetzung von Häusern dulden kann. Die Antwort ist NEIN. Er tut aber in der Konsequenz genau das Gegenteil.

[Hauff (SPD): Was?!]

Und auch die Gesamtbegründung für die Zurückhaltung, man hätte Anlaß zu der Hoffnung, hinreichend differenzieren zu können in der Szene der Rechtsverletzungen, ist doch zunächst nur eine Spekulation.

Ich halte fest: In den letzten Monaten gab es eine Vielzahl von zusätzlichen Hausbesetzungen, es gab eine Steigerung von etwa 25 Hausbesetzungen auf jetzt über 100 Hausbesetzungen, eine Ausdehnung des rechtsfreien Raumes, in dem unsere Rechts- und Sozialordnung offensichtlich nicht mehr Anwendung finden soll. Diese Verantwortung kann ein Staat, kann eine verantwortliche Regierung einfach nicht auf Dauer übernehmen.

Meine Schlußbemerkung muß etwas resignierend klingen. Wenn wir es mit einer Koalition, mit einem Senat zu tun haben, der sich im Hinblick auf bevorstehende Termine offensichtlich auch nicht mehr frei fühlt, sich offensichtlich eingebunden fühlt in alle Zwänge, die wir in der Vergangenheit bereits erlebt haben, in alle Probleme der Sozialdemokratie, die über lange Jahre die Stadt in die gegenwärtige Situation getrieben haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieser Senat und dieser Regierende Bürgermeister weder die Kraft haben, sich von einem Justizsenator zu trennen,

[Zurufe von der SPD]

noch die Kraft finden werden, dafür Sorge zu tragen, daß die Polizei das tut, was ihre rechtliche Verpflichtung ist, um diesen Staat vor einer Rechtskrise, vor einer Verfassungskrise zu bewahren.

[Anhaltender Beifall bei der CDU]

Präsident Lummer: Das Wort hat nun Kollege Hucklenbroich.

Hucklenbroich (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dieses Thema mit Engagement, aber ohne unangemessenen Eifer abhandeln. Ich finde, Einseitigkeit hilft uns hier nicht weiter. Wir stehen vor einem Konflikt zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei; es geht um die Abwägung von Rechtsgütern, um den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Staatsanwaltschaft muß die Durchsetzung von Strafverfolgungsmaßnahmen verlangen, die Polizei muß versuchen, eine Eskalation der Gewalt und Blutvergießen zu vermeiden. Dabei geht es übrigens, verehrte Kollegen von der CDU, nicht zuletzt auch um die Gesundheit der Beamten.

[Beifall bei der CDU]

Ich glaube, niemand wird bestreiten, daß es für beide Standpunkte überzeugende Argumente gibt. Um es bildhaft zu sagen: Die Staatsanwaltschaft beharrt auf dem Standpunkt, das Wie und das Wann dürften das Ob nicht in Frage stellen. Die Polizei vertritt die Auffassung, das Ob dürfe nicht so absolut gesetzt werden, daß das Wie nicht zu seinem Recht komme. Entscheidend ist doch in diesem Zusammenhang, daß über das Ob Übereinstimmung besteht, und daß es nur darum gehen kann, die Ermittlungen für einen begrenzten Zeitraum auszusetzen. Das heißt also, um es ganz deutlich zu sagen: Aufgehoben ist nicht aufgehoben!

[Landowsky (CDU): Na, na?]

Wenn der Senat – das muß nun ganz kritisch gesehen und gedacht werden – auf Zeitgewinn setzt, dann muß klar sein, wie diese Zeit genutzt werden soll. Der Senat kann sich nicht darauf beschränken, Gewalttätigkeiten und Blutvergießen zu verhindern. Es muß versucht werden, in der Besetzerszene zu differenzieren und den harten Kern, für den die Wohnungsnot nur ein Aufhänger ist, soweit wie irgend möglich zu isolieren;

Hucklenbroich

- (A) denn bei dieser Debatte darf nicht vergessen werden, daß große Teile der Bevölkerung Sympathie und Verständnis für die Instandsetzer aufbringen. Angesichts der über Jahre leerstehenden Wohnungen steht man auf beiden Seiten, die kein Obdach haben und Wohnungen besetzen, um sie instand zu setzen. Ich betone: Besetzen, um sie instand zu setzen! Die Instandbesetzer verspielen die Sympathie unserer Mitbürger, wenn sie ihr Ziel aus den Augen verlieren. Leider verstärkt sich nicht nur bei mir angesichts der täglichen Meldungen von der Besetzerfront der Eindruck: die Instandbesetzung verkommt zur politischen Provokation.

[Wronski (CDU): Ach nee!]

Wenn acht bis zwölf Personen ein Haus mit mehr als 20 Wohnungen besetzen, dann wird die notwendige Renovierung verhindert und die Nutzung der Wohnungen blockiert;

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Landowsky (CDU):
Es sind ja modernisierte Häuser inzwischen besetzt!]

Wohnungen, die seit längerer Zeit leergestanden haben, stehen weiterhin leer. Wir werden gefragt, worin denn eigentlich der Unterschied liegt, wenn die neuen Herren die gleichen Sünden begehen wie die alten Herren. Durch diese Praktiken verliert die Gesetzesverletzung bei den Instandsetzungen ihre politische Rechtfertigung, weil die Aktivisten sich auch moralisch ins Unrecht setzen. Es muß daher betont werden: Wer die Renovierung von Wohnungen unmöglich macht, wer die Sanierungspolitik prinzipiell blockiert, der behindert die Wohnungsversorgung anderer, die unzureichend untergebracht sind – vornehmlich von Arbeitnehmern und jungen Familien.

[Zuruf: Richtig! – und Beifall des Abg. Landowsky (CDU)]

Die Modernisierung muß deshalb weitergehen. Ich darf einen bekannten Ausspruch zitieren: „Man kann einen Menschen auch mit einer Wohnung erschlagen!“ – und Zille hatte sicher nicht nur künstlerische Ambitionen. Ich glaube, es war ihm mit seiner Sozialkritik bitterernst.

- (B) In diesem Zusammenhang ein Wort zu dem 20-Millionen-Programm des Senats: Ich warne vor einer Begünstigung derjenigen, die ihr vermeintliches Recht mit Gewalt durchsetzen! Die Gesetzestreuer und die Geduldigen dürfen bei der Versorgung mit Wohnraum nicht benachteiligt werden. – Deshalb muß die Selbstverpflichtung zur Instandsetzung die Geschäftsgrundlage aller angestrebten Vereinbarungen mit den Instandbesetzern sein. Alle Beteiligten müssen sich angesichts der wachsenden Polemik darüber im klaren sein, daß die Grenzen des Zumutbaren bei den Bürgern langsam erreicht werden – und, ich füge hinzu: auch bei den gutwilligen Politikern!

Und jetzt darf ich ein Wort an die Opposition richten: Die CDU-Opposition und einige Zeitungen des Springer-Verlages beklagten Tag für Tag die „Abweichung der Autorität des Rechtsstaates“. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Wenn die Autorität des Staates Schaden nimmt, dann dauert dieser Zustand auch für den fiktiven Fall fort, daß die CDU nach dem 10. Mai den neuen Senat stellt. Der Staat sind wir alle, auch die Opposition, und deshalb dürfen eine verantwortungsbewußte Opposition und eine verantwortungsbewußte Presse nicht dazu beitragen, daß der Staat Schaden nimmt. Man kann einen Zustand nämlich auch dadurch herbeiführen, daß man ihn ständig beklagt.

[Landowsky (CDU): Das ist aber nicht logisch!]

Ich möchte meinen Redebeitrag in dieser Debatte über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit mit einer Feststellung abschließen: Auch für die Frage, in welchem Umfang man aus politischem Kalkül die Gefährdung der Autorität des Rechtsstaates zur täglichen Anklage hochstilisiert, gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

[Beifall bei der F.D.P. und der SPD]

Präsident Lummer: Das Wort hat nun Herr Senator Meyer.

Meyer, Senator für Justiz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir hier heute über die konkrete

- (C) Anwendung des Verfassungsgebots der Verhältnismäßigkeit beim Vollzug staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren diskutieren, wird das Ergebnis dieser Anwendung nicht vorab mitgeteilt werden können. Das Ergebnis nämlich ist die Entscheidung, ob, wann und wie welche Ermittlungsverfahren durchgeführt werden. Eine öffentliche Erörterung würde den Sinn dieser Ermittlungsmaßnahmen in Frage stellen. Es war – das ist hier schon von anderer Seite beklagt worden – alles andere als hilfreich, daß konkrete Ermittlungsmaßnahmen öffentlich unter Angabe des Ortes, an dem diese stattfinden sollen, diskutiert worden sind.

[Landowsky (CDU): Von wem ist denn das gekommen? – Ist doch von der Polizei gekommen!]

Herr Landowsky, daß auch gerade die, denen die Durchsetzung des Rechts – nach den eigenen Erklärungen – am Herzen liegt, über die Existenz von Durchsuchungsbeschlüssen und deren Objekte berichtet haben!

Was hier im Parlament offengelegt werden muß und kann, sind die rechtlichen Grundlagen, auf denen über Ermittlungsmaßnahmen zu entscheiden ist. Trotz aller Versuche, einen Gegensatz zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft öffentlich aufzubauen, muß festgestellt werden, daß völlige Einigkeit darüber besteht, daß und wie bei der Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen innerhalb des Legalitätsprinzips der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen ist. Nach dem Legalitätsprinzip sind die Strafverfolgungsbehörden verpflichtet, dem Verdacht von Straftaten nachzugehen – keine Frage. Die Entscheidung über die Mittel der Aufklärung und den Zeitpunkt, zu dem sie eingesetzt werden, steht unter der Geltung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit. Ermittlungsmaßnahmen können auch aufgeschoben werden; doch darf dies natürlich nicht dazu führen, daß sie auf Dauer unterbleiben oder wegen Zeitablaufs sinnlos werden.

[Diepgen (CDU), Schmitz (CDU): So ist es!]

(D) Einigkeit besteht auch darüber, daß die Entscheidungen über die Durchführung oder Zurückstellung von Ermittlungsmaßnahmen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von der Staatsanwaltschaft zu treffen sind. Sie hat dabei die von den Polizeibehörden vorgebrachten Gesichtspunkte selbstverständlich zu berücksichtigen. Und es ist ein ganz normales Mittel des Verwaltungshandelns, daß bei bestimmten Anordnungen einer Behörde gegenüber einer anderen Gegenvorstellungen erhoben werden. Warum also die ganze Aufregung, die hier von Herrn Diepgen angezettelt worden ist?

[Landowsky (CDU): Nun halten Sie sich aber zurück!]

– Sie werden das noch übertreffen, Herr Landowsky, da bin ich sicher!

Es bleibt aber unbestritten, daß die Polizei dann die Entscheidung der Staatsanwaltschaft durchzuführen hat, wenn sie gefallen ist, und sie zu unterstützen hat. Es besteht auch kein Streit darüber, welche Gesichtspunkte bei der Abwägung innerhalb des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen sind. Ich möchte hier die wichtigsten noch einmal – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – aufzählen: Es kommt auf die Schwere der Straftaten und die Stärke des Verdachts an. Es gibt sicherlich Straftaten, die ein sofortiges Einschreiten erforderlich machen ohne Rücksicht auf dadurch eintretende Folgen. Aber ich darf Sie an die Vergangenheit, gerade die Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland in der Terrorismusbekämpfung erinnern. Hier standen – darauf ist das letzte Mal in der Debatte schon hingewiesen worden – sehr hohe Rechtsgüter in Frage.

[Diepgen (CDU): Individualentscheidung!]

– Das waren Individualentscheidungen, in der Tat. Das Bundesverfassungsgericht hat aber zu diesen Individualentscheidungen Grundsätze festgelegt, gerade was das Verhältnismäßigkeitsprinzip betrifft.

Bei anderen Straftaten können die Folgen von Ermittlungsmaßnahmen nicht außer Betracht bleiben. Dabei sind auch mittelbare Folgen zu berücksichtigen, wie möglicherweise ausgelöste Unruhen, Krawalle, andere neue Straftaten. Auch das ist – nebenbeigesagt – die Auffassung der Staatsanwaltschaft.

Sen Meyer

- (A) Es kommt weiterhin darauf an, ob andere, mildere Mittel oder solche mit geringeren schädlichen Nebenwirkungen zur Verfügung stehen, mit denen ein Ermittlungserfolg erzielt werden kann. Es kommt darauf an, wie geeignet Maßnahmen sind, den Verdacht von Straftaten aufzuklären. Wenn schwere Nebenwirkungen zu befürchten sind, werden an die Erfolgsaussichten strengere Anforderungen zu stellen sein. Jede konkrete Ermittlungsmaßnahme muß sich nach dem Strafprozeßrecht durch die Aussicht auf einen Beitrag zur Aufklärung einer Straftat rechtfertigen. Bei manchen öffentlichen Äußerungen habe ich den Eindruck, daß es mehr darauf ankommen soll, ein Zeichen gegen einen angeblichen Autoritätsverfall des Staates zu setzen, als einen konkreten Ermittlungserfolg zu erzielen.

[Zurufe von der SPD: Sehr gut! - Beifall bei der F.D.P. und der SPD]

Die Rechtstreue der Bevölkerung wird aber auch maßgeblich dadurch gesichert, daß der Verdacht von Straftaten durch geeignete Maßnahmen aufgeklärt wird, und nicht durch spektakuläre Polizeiaktionen ohne konkretes Ermittlungsergebnis.

[Beifall bei der SPD]

Nun noch zu einem immer wieder öffentlich geäußerten Vorwurf gegenüber der Staatsanwaltschaft, daß sie hier nicht das Verhältnismäßigkeitsprinzip hinreichend berücksichtigt habe. Meine Damen und Herren, dies ist nun wirklich falsch. Die Staatsanwaltschaft hat dem Verhältnismäßigkeitsprinzip gerade im Zusammenhang mit Hausbesetzungen bereits zu einem Zeitpunkt Rechnung getragen, als es darüber überhaupt noch keine öffentliche Diskussion gab.

[Dieppen (CDU): So ist es! - Landowsky (CDU): Das kommt aber ziemlich spät! Das hätten wir schon vor Wochen von Ihnen erwartet!]

- Offenbar haben Sie bei der Lektüre von Äußerungen, die die Zeitungen von mir wiedergeben, nur eine partielle Wahrnehmungsfähigkeit, Herr Landowsky!

- (B) [Landowsky (CDU): Seien Sie doch nicht so unverschämt! Die letzten zwei Monate überstehen Sie auch noch!]

Sie hat schon in den ersten Fällen von Hausbesetzungen berücksichtigt, daß es dabei zwar zu Rechtsbrüchen gekommen ist, daß diese aber nicht ohne den Gesamtzusammenhang von Mißständen in der Wohnungs- oder Sanierungssituation gesehen werden könne.

[Huckenbroich (F.D.P.): Und die CDU hat das damals kritisiert!]

Wo leerstehende Wohnungen besetzt worden sind, hat die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung der reinen Hausbesetzungen als nicht im öffentlichen Interesse liegend eingestuft. Sie tut das nach wie vor, sofern nicht besondere Gründe, insbesondere bei der Verfolgung von Strafanzeigen vorliegen oder eine Sanierungs- oder Baumaßnahme bevorsteht. Die Staatsanwaltschaft hat die Möglichkeiten der Zurückhaltung bei der Strafverfolgung genutzt, um Problemlösungen zu fördern, die mit den Mitteln des Strafrechts ohnehin nicht zu erzielen sind. Dafür gebührt ihr der Dank! Die Staatsanwaltschaft hat ebenso unmißverständlich deutlich gemacht, daß andere Straftaten, die über die Hausbesetzungen hinausgehen, nicht hingenommen werden. Es ist doch selbstverständlich, daß es auf die Dauer keine Freiräume geben kann für Personen, die sich in besetzten Häusern aufhalten oder in deren Umfeld. Sie unterliegen den gleichen strafrechtlichen Maßstäben wie jeder andere Bürger auch.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr und auch noch Anfang dieses Jahres ist von der Polizei erwogen worden, bestimmte Häuser zu räumen, gegen deren Bewohner der Verdacht weiterer Straftaten bestand. Die Staatsanwaltschaft hatte vor, im Rahmen dieser Räumung Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen. Daß dieses Konzept nicht verwirklicht worden ist, liegt vor allem daran, daß wir alle inzwischen haben erkennen müssen - auch Herr von Weizsäcker -, daß die Räumung besetzter Häuser das Problem nicht löst, solange andere Häuser leerstehen;

[Buwitt (CDU): Darum geht es doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU]

es bleibt aber die Verpflichtung zur Aufklärung des Verdachts von Straftaten. - Hören Sie doch bitte den Satz immer erst zu Ende, bevor Sie dazwischenrufen! - Über die Erfüllung dieser Verpflichtung hat es in der Tat Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei gegeben. Dies kann niemand in Frage stellen. Aber die Gespräche zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei werden natürlich fortgeführt. Es wird zu einer Lösung kommen!

Ich habe Ihnen eben die Gesichtspunkte genannt, die für eine Entscheidung über Zeitpunkt und Art des Vorgehens maßgebend sein müssen. Es hat bei den ersten Abwägungen - ich sagte es schon - unterschiedliche Ergebnisse bei Polizei und Staatsanwaltschaft gegeben. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einschätzung der tatsächlichen Situation auseinanderging. Senator Dahrendorf und ich haben jetzt dafür gesorgt, daß die Staatsanwaltschaft über alle relevanten Informationen verfügt und verfügen wird, so daß sie ihre Abwägungen auf einer breiteren Grundlage vornehmen kann, als dies bisher möglich war.

Meine Damen und Herren! Ich will gar keine Illusionen erwecken. Was auch immer am Ende entschieden werden wird, wird eine sehr schwierige, eine sehr schwierige Entscheidung für die sein, die diese Entscheidung zu treffen haben, denn die Abwägung aller relevanten Fakten, die hier ja nun wirklich nicht im einzelnen ausgebreitet werden können, wird kaum so eindeutig ausfallen, daß man leichten Herzens die eine oder die andere Entscheidung treffen kann. Sie können aber eines sicher sein: Dies wird eine Entscheidung nach rechtlichen Maßstäben sein, eine Entscheidung nach Recht und Gesetz! Wahlpolitische Opportunitäten mögen Sie weiter zu Ihren Angriffen führen, wir werden sie unberücksichtigt lassen.

[Gelächter bei der CDU - Beifall bei der F.D.P. und der SPD - Simon (CDU): Das hat wohl nicht einmal Ihre eigenen Leute überzeugt!]

Präsident Lummer: Das Wort hat Herr Kollege Lange.

Lange (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl in den Debatten der letzten Wochen sowohl durch den Regierenden Bürgermeister als auch durch den Justizsenator Meyer und den Innensenator Dahrendorf und unsere Fraktion nicht nur hier im Hause, sondern auch in der Öffentlichkeit immer wieder auf die Rechtslage hingewiesen worden ist und auf die Situation, in der sich die Staatsanwaltschaft und die Polizei befinden, haben es die Opposition und Teile der Presse nicht unterlassen können, teilweise wider besseres Wissen zu unterstellen, daß hier Strafvereitelung im Amte betrieben werde, daß straffreie Räume zugesichert würden, obwohl sie wissen und hier erklärt bekommen haben, daß dies nicht der Fall ist. Der Gipfel im Bereich dieser Vorwürfe - das muß ich nun allerdings sagen - war dem Herrn Fraktionsführer der Opposition, Herrn Dieppen, vorbehalten mit seinen Äußerungen, die er heute getan hat. Man muß sich das noch einmal vergegenwärtigen, was er hier gesagt hat. Er hat behauptet, die Polizei betreibe Verfolgungsvereitelung, sie mißachte richterliche Durchsuchungsbefehle. Er hat zweitens gesagt, die Polizei weigert sich, Maßnahmen durchzuführen. Und er hat drittens gesagt - und das ist für mich das Gravierendste und Unverständlichste, was hier von einem Parlamentarier gesagt werden kann: Der einfache Polizeibeamte möge sich bitte nicht durch seine Führung verunsichern lassen, die Polizisten sollen selbst handeln!

[Momper (SPD): Das ist ja unglaublich!]

Herr Kollege Dieppen, Sie müssen doch wissen, was Sie mit einem solchen Satz sagen. Sie reden damit der Anarchie und der Rechtsunsicherheit das Wort,

[Widerspruch bei der CDU]

ein unverantwortliches Handeln für einen Parlamentarier!

[Beifall bei der SPD und der F.D.P. - Widerspruch bei der CDU]

Lange

(A) Wer Vollzugsbeamte auffordert, ihren Beamteneid hintanzustellen

[Widerspruch bei der CDU]

und selbst tätig zu werden, der fordert zum Rechtsbruch auf!

[Momper (SPD): Sehr richtig! – Beifall bei der SPD]

Sie, Herr Kollege Dieppen, und viele in Ihrer Fraktion müssen doch wissen,

[Wohlrabe (CDU): Halten Sie hier Ihre Abschiedsrede? –
Rösler (CDU): Sind Sie sicher, daß Sie die Rede überhaupt
gehört haben?]

daß es Pflichten des Beamten gibt. Und dazu gehört auch, abzuwägen, wo sein Handlungsspielraum ist. Und wenn der Beamte Bedenken gegen Anordnungen hat, dann gehört es zu seinem pflichtgemäßen Ermessen, diese Bedenken deutlich zu machen. Nichts anderes hat der oberste Polizeibeamte, nämlich der Herr Polizeipräsident, getan, wie wir, leider, aus der Presse wissen. Solche Dinge könnte man ja normalerweise hier gar nicht besprechen, aber da durch eigenartiges und für mich ungewöhnliches Verhalten die Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Staatsanwaltschaft und der Polizeiführung in der Presse geführt werden

[Oesterlein (CDU): Warum ist das denn so?]

und nicht auf dem internen Dienstweg, wo sie hingehörten, ist das ja inzwischen allgemein öffentlich geworden. Er hat darauf hingewiesen, daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Durchführung eines bestimmten Befehls in einer bestimmten Einrichtung nicht für sinnvoll hält, und ist um Fristverlängerung eingekommen. Darüber ist im übrigen auch noch nicht befunden worden. Wo, bitte schön, konstruieren Sie in einem solchen Zusammenhang die Verweigerung der Polizeiführung, staatsanwaltschaftliche oder richterliche Anordnungen nicht durchführen zu wollen?

(B) [Frau Dr. Besser (CDU): Das ist so!]

Es darf hier kein Mißverständnis übrigbleiben: Für unsere Fraktion gibt es keinen rechtsfreien Raum, auch nicht in dem Bereich der Hausbesetzungen. Auch für uns, das ist unumstritten, kann es keine Straffreiheit geben! Das ist der Vorwurf, der von Ihnen immer wieder erhoben wird. Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung sind Rechtsverletzungen und sind zu verfolgen!

[Wronski (CDU): Aber nicht so doll!]

Aber die Abwägung der Rechtsgüter – wie oft, bitte schön, meine Damen und Herren von der Opposition, soll Ihnen in diesem Hause das noch gesagt werden – ist ein vorrangiges Gut! Und ich sage Ihnen, ich und meine Fraktion, wir sind ausgesprochen dankbar dafür, daß Polizeiführung und Polizei ihre Lektionen gelernt haben aus den Jahren 1967, 1968 und aus den folgenden Jahren. Wir sind dankbar, daß diese Polizei in der Lage ist, diesen, unseren demokratischen Rechtsstaat so mit zu unterstützen, wie er praktiziert werden muß, daß sie nicht haben Wirklichkeit werden lassen, was uns im vorigen Jahr angekündigt worden war, nämlich ein heißer Sommer. Die besonnene Haltung der Polizeiführung und Senat haben dazu beigetragen, daß wir diesen heißen Sommer vermieden haben.

[Glocke des Präsidenten]

Und ich sage Ihnen, und das ist sicherlich kein Geheimnis, es gibt nach wie vor einen militanten Kern bei den Hausbesetzern, die wollen –

[Glocke des Präsidenten]

Präsident Lummer: Herr Lange, Sie müssen Ihren Gedankengang abschließen. Die Redezeit ist zu Ende.

Lange (SPD): Ich bedanke mich, Herr Präsident! – Die sind nach wie vor daran interessiert, daß wir gewaltsame Ausein-

andersetzen auf der Straße haben. Es täte mir unwahrscheinlich leid, und ich möchte das nicht annehmen, daß die Äußerungen der Opposition vielleicht in dem Sinne verstanden werden sollten, daß sie diese Auseinandersetzungen auch will. – Ich bedanke mich!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Lummer: Das Wort hat der Kollege Schmitz.

Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es, Herr Senator Meyer, aber auch Herr Regierender Bürgermeister, für eine blanke Unverfrorenheit, welches Vernebelungsspiel im Moment von der Senatsseite in dieser Stadt betrieben wird.

[Beifall bei der CDU]

Wenn Sie hier argumentieren, es handele sich um die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel, es handele sich um Rechtsgüterabwägungen, dann müßten Sie, wenn Sie der Wahrheit die Ehre geben wollen, und wenn Sie mit schonungsloser Offenheit das sagen würden, was wirklich ist, einräumen, daß Sie sich eigentlich nur hinter der blanken Opportunität verstecken wollen.

[Buwitt (CDU): So ist es! – Beifall bei der CDU]

Berlin erlebt den Versuch einer großen Vernebelung, und es ist bedauerlich, daß sich daran neben einem ehemaligen Justizminister auch der oberste Berliner Polizeibeamte beteiligt.

[Wohlrabe (CDU): Das rächt sich!]

Es geht nicht – ich betone das – um die Furcht vor der großen Straßenschlacht wegen der Räumung besetzter Häuser, sondern es geht um die Furcht vor Dieben und Räubern, die mit ihren Verbündeten androhen, im Falle der Strafverfolgung gebe es Krawall.

(D) Ich verstehe den Zorn junger Berliner, die statt gerechter Ordnung Filz und Funktionärsgehabe angeboten bekommen. Aber ich verstehe auch die Unruhe und die Wut und Enttäuschung in der Stadt bei Berlinern, die in einer Stadt leben wollen, in der die Rechtsordnung nicht nur formal gilt und hier professoral vorgetragen wird, sondern auch praktiziert wird.

Und der Streit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei ist ja nur symptomatisch. Es ist nicht wahr, und Herr Präsident Hübner, der im Raum ist, kann das nachvollziehen, daß die Polizei nicht in der Lage wäre oder nur nach längeren Vorbereitungen, wie es gesagt wird, Aufträge der Staatsanwaltschaft zu befolgen. Und, Herr Kollege Schneider, es ist absolut unsinnig, zu meinen, das wären Schnellverfahren. Mir liegt die Meldung der Berliner Polizeiführung vom 17. November 1980, betreffend Objekt Luckauer Straße 3, Oranienstraße 44 und 45, an den damaligen Innensenator Ulrich vor, in der es wörtlich heißt:

Alle tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten zur Erfüllung des staatsanwaltschaftlichen Durchsuchungsverfahrens im Objekt Luckauer Straße sind erfüllt. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizei nur noch wenig Möglichkeiten habe, unter diesen Voraussetzungen dem staatsanwaltschaftlichen Ersuchen nicht nachzukommen, es sei denn, daß der Senator für Inneres mit dem Senator für Justiz etwas anderes vereinbart.

[Zurufe von der CDU: Hört! Hört!]

Herr Senator Meyer, was haben Sie denn dann vereinbart, wenn Sie sich jetzt beklagen, daß in der Öffentlichkeit nach Monaten des Zauderns und Zögerns dieses Verhalten diskutiert wird?

Das, was hier geschähen ist, ist tatsächlich – der Kollege Hucklenbroich hat es gesagt – das Umkippen des Wie in das Ob. Es ist möglich, daß nach wochenlanger Diskussion Räuber und Diebe samt ihrem Diebesgut verschwinden. Und der Herr Generalstaatsanwalt, dem wir für seinen Mut nur danken können,

[Beifall bei der CDU]

Schmitz

(A) hat ja in einer Pressekonferenz neulich darauf hingewiesen, daß wohl heute kaum noch etwas herauskommen würde.

Und es ist auch nicht richtig, Herr Justizsenator, daß es kein Ermittlungsverfahren gegen den Polizeipräsidenten gibt. Mindestens ist es nicht die volle Wahrheit. Mir liegen Anzeigen in Ablichtungen von Berlinern gegen den Polizeipräsidenten wegen Strafvereitelung im Amt vor. Das sind dieselben Bürger der Stadt, die sich darüber ärgern, daß zwar Parksünder mit aller Energie verfolgt werden, aber Räuber und Diebe, wenn sie politisch argumentieren, nicht.

[Beifall bei der CDU]

Herr Regierender Bürgermeister und ehemaliger Justizminister, der Rechtsstaat in seiner Majestät und die Effektivität der Polizei beweisen sich nicht in der gnadenlosen Bekämpfung von Parksündern!

(Hucklenbroich (F.D.P.): Sehr gut!)

Tatsächlich aber, meine Damen und Herren, ist festzuhalten, daß das Verhalten der Berliner Polizeiführung, das vom Senat befohlen wurde, nicht mehr der Justiz die Verfolgung von Straftätern beläßt, sondern der politischen Zweckmäßigkeit. Damit aber hat dieser Senat unter einem ehemaligen Justizminister die Grenzen des Rechtsstaats überschritten. Und das beklagen wir!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Lummer: Das Wort hat der Kollege Oxfort.

(B) **Oxfort (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist so beschaffen, daß wir versuchen sollten, es mit Sachlichkeit zu behandeln, weil ich glaube, daß wir davon ausgehen können, daß jeder, der sich um dieses Thema bemüht, Ernsthaftigkeit und guten Willen für sich in Anspruch nehmen kann. Gleichwohl haben wir zu sehen, daß in dieser Debatte Probleme auch nicht verniedlicht werden dürfen.

Es geht hier nicht – das ist zu Recht gesagt worden – um das bloße Thema „Hausbesetzungen“, sondern es geht um jene Fälle, in denen schwere Kriminalität vorliegt und in denen es zum Konflikt über die erforderlichen Maßnahmen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten gekommen ist.

[Beifall bei der CDU]

Da wird davon gesprochen, daß nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die eine Seite zu entscheiden habe, ob etwas geschieht, und die andere Seite zu entscheiden habe, wie etwas geschieht. Aber in Wahrheit liegt das Problem beim Wann, denn wann etwas geschieht, das kann zugleich bedeuten, ob überhaupt etwas geschieht, und nicht nur, wie etwas geschieht.

[Beifall bei der CDU und Zurufe: So ist es!]

Nehmen Sie das hier bereits benannte Objekt, wo ein staatsanwaltschaftlicher Auftrag bereits seit Oktober vergangenen Jahres vorliegt. Da ist inzwischen in der Öffentlichkeit zu lesen, daß die Besetzung dieser „Stadtfestung“ – so wird man die ja wohl nennen müssen – inzwischen gewechselt habe. Die Entscheidung darüber, wie und wann etwas geschieht, hat zugleich zur Folge, daß das Ob gar nicht mehr zur Debatte steht.

[So ist es! bei der CDU]

Und da laufen wir Gefahr, meine Damen und Herren, uns einem Opportunitätsdenken hinzugeben, das für die Dauer in diesem Staat, für die Rechtsstaatlichkeit, für das Rechtsempfinden der Bürger außerordentlich gefährlich ist.

[Beifall bei der CDU]

Ich wage, meine Damen und Herren, eine provozierende Frage zu stellen, die weniger zur Provokation als zum Nachdenken gestellt wird: Ist es nicht so, daß wir im Begriffe stehen,

(C) den Primat der Politik gegenüber der Justiz – oder sagen wir besser: den Primat der Politik gegenüber dem Recht zu vertreten? Und ich brauche zwei ehemaligen Hamburger Justizsenatoren und einem früheren Bundesjustizminister nicht zu sagen, daß der Primat der Politik gegenüber dem Recht bedeutet, daß wir die Basis des Rechtsstaates verlassen,

[Beifall bei der CDU]

oder, um es noch schlimmer zu formulieren: Wenn wir allein nach Opportunitätsprinzipien handeln, wird dieser Staat ein Polizeistaat! Denn, meine Damen und Herren, die Polizei wird in diesem Bereiche nicht allein im Rahmen der Gefahrenabwehr nach Polizeirecht tätig, sondern sie wird, worauf hier noch keiner hingewiesen hat, in erster Linie tätig als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft.

[Beifall bei der CDU]

Ich wiederhole es: als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft! Und ich kann mich auf die Dauer nicht damit zufriedengeben, daß schwere Rechtsbrüche in dieser Stadt ungeahndet bleiben, weil ich davon ausgehe, daß es eine gewisse Anzahl von kriminellen Straftätern gibt, die bereit sind, an anderer Stelle Gewalt anzuwenden. Wenn ich ein solches Prinzip anerkenne, heißt das, daß es einen rechtsfreien Raum in dieser Stadt gibt, der auf die Dauer bedeutet, daß wir in Anarchie gelangen.

[Beifall bei der CDU]

Die Probleme, die ich vortrage, sind sehr ernst, und ich beschuldige hier auch niemanden, aber ich möchte Sie alle ersuchen, über diese Probleme nachzudenken. Und ich sage, Herr Regierender Bürgermeister, es wäre in der Tat außerordentlich gefährlich, würde jemand nach dem 10. Mai sagen können, daß der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel dann anders beurteilt wird als heute.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Präsident Lummer: Das Wort hat nun der Innensenator.

(D) **Dahrendorf, Senator für Inneres:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Starke Worte sind hier gefallen,

[Wohlrabe (CDU): Wahre Worte!]

starke Worte an Stellen, wo ich mir schon bei der Darstellung des Sachverhalts und dann auch bei Überlegungen zur Rechtslage zunächst einmal mehr Präzision gewünscht hätte.

[Beifall bei der SPD]

Herr Abgeordneter Schmitz, ich versichere Ihnen von dieser Stelle aus: In den langen Jahren der Zusammenarbeit, die ich mir noch wünsche – wie ich zugebe: von meinem Amte aus –, werde ich hoffentlich niemals zu Ihnen von „blanker Unverfrorenheit“ reden!

[Beifall bei der SPD und der F.D.P. – Landowsky (CDU): Na, das kommt auf die Sache an!]

– Nein! Das ist eine Frage, wie ich mit anderen Menschen umgehe. Völlig egal, welcher Partei sie angehören, ob sie Opposition oder was auch immer sind. Ich werde immer versuchen, Gegensätze in Argumente zu kleiden und nicht in solche Begriffe.

[Zurufe von der CDU: Na, dann mal los! Das hört sich ja sehr schön an!]

Damit es völlig klar ist – und ich glaube, manche Wertung sieht dann anders aus –, einige Hinweise zum Sachverhalt: Es gibt Ermittlungsverfügungen der Staatsanwaltschaft. Diese beziehen sich auf eine Reihe von besetzten Häusern und – es ist schon mehrfach darauf hingewiesen – hierbei geht es nicht um den Hausfriedensbruch und damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Straftaten, sondern um andere.

[Landowsky (CDU): Genau!]

Sen Dahrendorf

(A) Diese Ermittlungsersuchen sind der Polizei zugegangen. Daraufhin ist die Polizei zu dem Ergebnis gekommen, daß, wenn diese Ermittlungsersuchen in bestimmten Häusern durchgeführt werden, es Konsequenzen hat, die weit hinausreichen über die einzelne Ermittlung in einem Haus, mit einem Wort – ich werde darauf noch eingehen –; es zu einer Explosion führen kann. Der Polizeipräsident hat sich deshalb gezwungen gesehen, die Staatsanwaltschaft darauf hinzuweisen, daß es über den bloßen Vollzug einer solchen Ermittlungsverfügung, hinaus Konsequenzen geben kann. Er selbst ist – übrigens in Übereinstimmung mit mir – zu dem Ergebnis gelangt, daß diese Konsequenzen abzuwägen seien mit ihren Nachteilen für den Rechts- und Gemeinschaftsfrieden in dieser Stadt, abzuwägen gegen den Vorteil, jetzt Durchsuchungsverfügungen durchzusetzen. Hier stehen sich jetzt also gegenüber – Sie können ja das Bild einer Waage wählen –: auf der einen Seite Störungen des Rechts- und Gemeinschaftsfriedens durch Krawalle, auf der anderen Seite bei Vollzug oder Nichtvollzug auch da selbstverständlich Störungen des Rechts- und Gemeinschaftsfriedens bei bestimmten Ermittlungshandlungen.

Dies ist die gebotene Abwägung unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Auf dieses sein Vorbringen, was detailliert war, was belegt hat, was dafür spricht, daß es zu Krawallen kommt, hat der Polizeipräsident zunächst einmal nichts gehört. Ich bestreite hier überhaupt nicht, daß es in den letzten Wochen Kommunikationsprobleme gegeben hat zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei; natürlich ist das richtig. Keiner kann glücklich darüber sein, Zeitungskommentare darüber lesen zu müssen, Herr Meyer nicht, ich nicht, niemand. Dieses ist, so hoffen wir, inzwischen in Ordnung gebracht. Und jetzt ist abzuwägen und abzustimmen zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, wie zunächst einmal der Sachverhalt ist. Daraus ergibt sich dann die Rechtslage. Alles, was hier zum „Ob“ oder „Wie“ ausgeführt und diskutiert worden ist, ist nach meiner Auffassung im Augenblick überhaupt nicht einschlägig, spielt hier keine Rolle. Die Staatsanwaltschaft ist ganz zweifelsfrei Herrin des Ermittlungsverfahrens, sie entscheidet ganz zweifelsfrei darüber, ob ein Ermittlungsverfahren durchgeführt wird.

(B) Die Staatsanwaltschaft kann aber – und darauf erlauben Sie mir doch hinzuweisen –, wenn sie ein bestimmtes Ermittlungsverfahren einleitet, nicht in jedem Fall die Gesamtschau haben, welche Nebenfolgen, welche sonstigen Auswirkungen die Durchführung von Ermittlungen haben könnte. Hat die Polizei hier Erkenntnisse, die weiter reichen als die der Staatsanwaltschaft – und, Herr Dieppen, die Polizei hat hier Erkenntnisse –, dann muß sie das der Staatsanwaltschaft mitteilen. Es trifft deshalb zur Zeit nicht zu, daß die Abwägung bei der Staatsanwaltschaft schon in vollem Umfang möglich gewesen wäre. Erst nachdem der Polizeipräsident der Staatsanwaltschaft sein Wissen mitgeteilt hat –

[Landowsky (CDU): Das ist falsch, Herr Senator; das hat Herr Schultz gestern noch bestritten!]

– Ich hoffe, ich enttäusche Sie nicht, wenn ich Ihnen sage, daß das nicht nur nicht falsch ist, sondern daß auch Herr Schultz das gar nicht bestritten hat. Es ist völlig unstrittig, daß es weitere Kenntnisse gibt, die inzwischen der Staatsanwaltschaft vorgelegt worden sind. Was immer Sie sonst wo hineininterpretieren –

[Dieppen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage]

– Darf ich bitte nur diesen Gedanken zu Ende führen, dann sehr gerne. – Es ist bisher nur so gewesen, daß die Polizei weitere Kenntnisse an die Staatsanwaltschaft gegeben hat. Darauf steht nun eine Antwort aus. Das hat überhaupt nichts mit Weigerung zu tun oder mit dem Infragestellen des „Ob“. Es ist die Pflicht jedes Beamten – und ich bin erstaunt, daß dies hier überhaupt Gegenstand der Diskussion ist –, der Tatsachenerkenntnisse mit Auswirkungen auf rechtliche Würdigung hat, dies mitzuteilen; so wie es im Landesbeamtengesetz Berlin in § 22 steht – so steht es in allen Beamtengesetzen –: Hat die Polizei Erkenntnisse und rechtliche Bedenken, dann muß sie es mitteilen. – So, Herr Dieppen!

Präsident Lummer: Herr Kollege Dieppen zu einer Zwischenfrage!

Dieppen (CDU): Herr Senator, beziehen Sie sich bei ihrem Hinweis auf neue mögliche Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft

(C) auf die Folgen der zeitlichen Verzögerung, die natürlich dazu führen können, daß in einem Gebäude nicht mehr das vorhanden ist, womit vor Monaten noch gerechnet werden konnte?

Präsident Lummer: Herr Senator!

Dahrendorf, Senator für Inneres: Herr Abgeordneter Dieppen, nein, überhaupt nicht; das hat damit gar nichts zu tun. Ich beziehe mich darauf – werde darauf aber noch eingehen –, was für Folgen es sonst haben könnte für diese Stadt, für Berlin, für die Berliner, wenn es jetzt in dem – möglicherweise von der Staatsanwaltschaft unterschiedlich richtig gehaltenen – Umfang zu Durchsuchungen und damit Räumungen käme.

Aber – und jetzt ein Punkt, der völlig zu Unrecht in Frage gestellt erscheint: Die Staatsanwaltschaft wird den gesamten Sachverhalt, der ihr jetzt bekannt ist, prüfen, und sie wird dann zu einem Ergebnis kommen. Das Ergebnis, das dann herauskommt, gilt. Daran gibt es überhaupt keine Zweifel. Es mag sein, daß der gleiche Sachverhalt schließlich von Polizei und Staatsanwaltschaft unterschiedlich rechtlich gewürdigt wird. Es kann sogar sein, daß der gleiche Sachverhalt schließlich vom Innensenator und vom Justizsenator unterschiedlich rechtlich gewürdigt wird. Es gibt überhaupt keinen Zweifel: Es gilt dann die rechtliche Würdigung der Staatsanwaltschaft bzw. des Justizsenators. Dies ist völlig eindeutig. Das letzte Wort liegt also insofern beim Justizsenator.

[Bode (CDU): Warum erst dann?]

– Entschuldigung, ich weiß, manchmal gelingt es mir nicht, meine Gedanken ganz deutlich zu machen. Auf Ihre Zwischenfrage: Warum erst dann? – will ich gern noch mal sagen: Die Staatsanwaltschaft gibt eine Ermittlungsverfügung, die Polizei hat dagegen Bedenken, weil sie meint, die Staatsanwaltschaft hat bestimmte Umstände, die hohe rechtliche Qualitäten haben, nicht in ihre Überlegungen einbezogen. Dann ist es die verdampte Pflicht und Schuldigkeit jedes Beamten, auch jedes Polizeibeamten und jedes Polizeipräsidenten, der Staatsanwaltschaft diese Tatsachen mitzuteilen,

[Beifall bei SPD und F.D.P.]

und dann würdigt die Staatsanwaltschaft neu. – Warum erst dann? – Weil es jedem Menschen sehr schwer fällt, Tatsachen zu würdigen, die er nicht kennt.

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

Präsident Lummer: Sie gestatten eine Zwischenfrage, Herr Senator?

Dahrendorf, Senator für Inneres: Ja, sehr gern.

Präsident Lummer: Dann Kollege Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator, wer entscheidet darüber, ob die Staatsanwaltschaft bei einer ihrer Entscheidungen alle Verhältnisse so gekannt hat, daß diese Entscheidung Gültigkeit haben kann?

[Landowsky (CDU): Der Polizeipräsident!]

Dahrendorf, Senator für Inneres: Jeder Beamte – so steht es im Beamtenrecht – der Kenntnisse hat, von denen er weiß, daß die Staatsanwaltschaft in diesem Fall sie nicht zugrunde gelegt hat, muß diese mitteilen.

[Rösler (CDU): Dann ist der aber Hellseher!]

– Ach, wissen Sie, nach dem Beamtenrecht wird doch ein relativ hohes Begabungsniveau von allen Beamten erwartet,

[Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

und es spricht nichts, aber auch gar nichts dagegen, daß dies in Berlin anders wäre als an irgendeiner anderen Stelle. Es ist ja überdies – im Gegensatz zu Ihren Zwischenfragen – völlig unstrittig, daß es hier neue Erkenntnisse gibt – jedenfalls zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft unstrittig. Die Frage ist,

Sen Dahrendorf

- (A) wie es am Ende gewürdigt wird. Und um dies noch mal abschließend zu sagen: Die Würdigung ist Sache der Justiz, Sache der Staatsanwaltschaft – und möglicherweise Sache des Justizsenators –; wenn dort zum Schluß gesagt wird: Egal, wir haben alles gewürdigt und sagen, nun sollen bestimmte Maßnahmen durchgeführt werden!, dann werden sie durchgeführt.

Niemand aber – und das muß ich noch mal mit Nachdruck sagen –, hat sich geweigert, sondern es ist nur das Gegenbringen erfolgt, das geboten ist.

[Schmitz (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Und nun muß ich noch wenige Bemerkungen machen zu dem Punkt – –

Präsident Lummer: Darf ich daraus entnehmen, daß Sie jetzt keine Zwischenfrage gestatten, oder möchten Sie doch?

Dahrendorf, Senator für Inneres: Nein, so wage ich mit Herrn Schmitz nicht umzugehen, Herr Präsident.

Präsident Lummer: Bitte Herr Kollege Schmitz, eine Zwischenfrage!

Schmitz (CDU): Vielen Dank! – Herr Senator, wie oft und wie lange darf nach Ihrer Interpretation der Polizeipräsident der Staatsanwaltschaft neuere Informationen anbieten und gleichzeitig den Vollzug staatsanwaltschaftlicher Aufträge mit diesem Informationsangebot verweigern? Halten Sie einen Zeitraum von über drei Monaten noch für zulässig und vertretbar unter Berücksichtigung der Aufgabe von Strafverfolgung gegenüber Tätern und gestohlener Ware?

[Beifall bei der CDU]

- (B) **Dahrendorf, Senator für Inneres:** Sie treffen, Herr Schmitz, natürlich einen Juristen sofort bei seiner theoretischen Ader, wenn Sie so theoretische Fragen stellen. Nur, diese drei Monate stehen hier ja überhaupt nicht in Rede – auch dazu werde ich gleich noch einige Worte sagen –,

[Landowsky (CDU): Vier inzwischen! – Rösler (CDU): Es werden immer mehr!]

sondern es steht, wie Sie selbst ja am Anfang zitiert haben, eine Woche in Rede. Dazu gleich mehr.

[Rösler (CDU): Das ist doch nun wieder nicht wahr!]

– Ich werde Ihnen weitere Zwischenfragen dadurch erleichtern, daß ich von mir aus gleich darauf eingehe. –

Aber eine Bemerkung vorweg: Die Einschätzung des Polizeipräsidenten, die Einschätzung aller Verantwortlichen, lautet im Moment: Wenn Räumungen von Häusern oder Durchsuchungen, die Räumungen gleichkommen, durchgeführt werden müssen, dann führt das in unserer Stadt zu lang andauernden, zu wochenlangen Krawallen und zur Explosion. Meine Damen und Herren, es ist durchaus denkbar, daß dies schließlich unvermeidlich ist, weil es keinen anderen Weg gibt, den Rechts- und Gemeinschaftsfrieden wiederherzustellen.

[Boroffka (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

– Im Moment würde ich gern den Gedanken weiterführen. – Nur, dies ist doch nicht die Situation. Es ist absolut falsch, zu unterstellen, die Polizei hätte seit Oktober nichts getan. Richtig ist, daß es seit dem Oktober eine ständige Entwicklung in dem gesamten Komplex gegeben hat. Wenn Sie insbesondere auf die letzte Zeit gucken, dann mutet es geradezu kurios an, wenn man Kommentare liest oder hört, die etwa dem Inhalt nach sagen, die Polizei traue sich nicht in irgendwelchen Gegenden in besetzte Häuser, oder wenn so getan wird, als gäbe es Schlupfwinkel für – wie sagte Herr Schmitz? – Räuber und Diebe, von denen aus die dann offenbar regelmäßig über die Stadt ausschwärmen, um ihre Straftaten zu begehen. – Dies ist doch schlicht unwahr.

(C) Wäre es richtig, dann würde ich ja gar nicht bestreiten, daß die Konsequenzen, die Sie daran knüpfen, fast selbstverständlich wären. Aber tatsächlich ist doch die Entwicklung – und jetzt beschränke ich mich mal auf die letzten Wochen, die ich selbst überblicken kann – schrittweise vorangegangen.

[Landowsky (CDU): Es sind immer mehr Häuser geworden!]

– Würden Sie bereit sein, sich zunächst einmal darüber zu einigen, ob Sie jetzt die Frage der Besetzung der Häuser mit mir diskutieren wollen – was ich aus dem Stand bereit bin, mit Ihnen zu machen – oder ob Sie mit mir diskutieren wollen die Frage der sonstigen Straftaten, die von besetzten Häusern ausgehen?

[Wronski (CDU): Letzteres!]

Zu beidem bin ich bereit, aber zur Zeit sind wir bei letzterem.

[Wronski (CDU): Richtig!]

Also: Seit Ende Januar sind die Straftaten, die von besetzten Häusern ausgehen – über diejenigen hinaus, die mit dem eigentlichen Besetzen zusammenhängen, d. h. also Hausfriedensbruch, manchmal Sachbeschädigung und unberechtigte Entnahme von Strom und Wasser –, deutlich weniger geworden.

Der Grund dafür ist, daß auf vielerlei Wegen, und zwar schon bevor ich mein Amt übernommen habe, in die Besetzerszene hinein deutlich gemacht worden ist, daß überhaupt nur an eine allmähliche Beilegung und Lösung der Probleme gedacht werden kann, wenn die Straftaten aufhören. Der erste Schritt war also, daß es keine weiteren Straftaten aus besetzten Häusern geben darf. Dieses Ziel ist, wenn auch noch nicht ganz erreicht, so doch nahe gekommen. Im Dezember waren noch 24 solcher Straftaten zu verzeichnen; dabei handelte es sich vornehmlich um Diebstahl und Sachbeschädigung. Im Januar gab es 34, im Februar insgesamt 10 Straftaten.

(D) Der zweite Schritt – dies ist ein Punkt, der mir in der heutigen Debatte noch zu kurz gekommen scheint –: Jede neue Straftat dieser Art, die im Zusammenhang mit einem besetzten Haus bekannt wird, wird sofort von der Polizei verfolgt, auch in jedes besetzte Haus hinein. Seit dem 1. Februar hat es sieben solcher Fälle gegeben, in denen polizeiliche Maßnahmen dann auch tatsächlich durchgeführt worden sind. Viermal bestand diese Maßnahme in der Durchsuchung besetzter Häuser oder Wohnungen unmittelbar im Anschluß an neue Straftaten. Dabei ist es dreimal zu Festnahmen gekommen.

Ein damit parallel laufender Schritt ist völlig selbstverständlich: Die Polizei patrouilliert mit Streifenwagen und zu Fuß um besetzte Häuser. Das ist schon lange gelaufen und wieder in Ordnung.

Der vierte Schritt, den wir anstreben müssen, wenn wir das Problem ohne große Konfrontation in den Griff bekommen wollen, ist, daß der Aufenthalt „normalisiert“ werden muß. Im Endergebnis wird es mit Hausbesetzern, die sich natürlich in einem Unrechtszustand befinden – da gibt es keinen Zweifel – in einigen Fällen zu Verträgen kommen müssen. In anderen Fällen werden sie bereit sein müssen, schlimmstenfalls auch mit Nachhilfe der Polizei, die Häuser zu räumen, weil andere Verwendungen geboten sind. Ein ganz kleiner Weg der Normalisierung – bitte, diesen Hinweis nicht überbewerten – ist die polizeiliche Anmeldung; dies hat in einzelnen Fällen begonnen.

Wir befinden uns also auf einem Weg der längeren Entwicklung, aber wir sind auf einem Weg mit deutlich sichtbaren Fortschritten. In dieser Entwicklung gibt es auch Rückschläge. Ich bestreite überhaupt nicht, daß die Entwicklung der allerletzten Tage in bezug auf die Luckauer Straße von uns als ein Rückschlag angesehen wird.

[Dieppen (CDU): Winterfeldtstraße!]

Aber ein Rückschlag wird uns doch insgesamt nicht verzweifeln lassen. – Winterfeldtstraße, das Stichwort nehme ich gern auf, Herr Dieppen. Dies ist, glaube ich, kein Beispiel für einen solchen Rückschlag. Es ist immerhin bemerkenswert, daß es hier dazu gekommen ist, daß die Besetzer eines Hauses von sich aus auf die Polizei zugegangen sind und gesagt haben:

Sen Dahrendorf

(A) Hier sind unsere Ausweise, wir wollen gar keinen Konflikt. – In der Zwischenzeit war aber bereits die verhängnisvolle Telefonkette ausgelöst, ohne daß die Besetzer dies deshalb wollten, und es kam dann zu dem Steinhagel der Hinzukommenden, nicht der Besetzer aus den Häusern.

Der fünfte Schritt steht nach meiner Meinung eigentlich im Mittelpunkt der heutigen Diskussion; das ist die Frage, was wir mit den früher begangenen Straftaten machen, wie Sie doch wissen, zumeist im vorigen Jahr begangen. Lassen Sie mich, weil ich von neuem gesprochen habe, die wir sofort verfolgen, von „alten“ Straftaten sprechen. Überhaupt kein Zweifel: Sie müssen verfolgt werden. Aber es stellt sich die Frage: Ist es angesichts der eingetretenen Entwicklung zum Besseren wirklich richtig, sie jetzt und auf jeden Fall zu verfolgen und dabei neue Krawalle in Kauf zu nehmen, möglicherweise das Entstehen neuer Straftaten? Das ist eine Frage, Herr Oxfort, von immensem rechtlichen Gehalt, nämlich, um der Verfolgung von Straftaten aus dem vergangenen Jahr willen jetzt eine Situation in Kauf zu nehmen oder auszulösen, die zu neuen Straftaten führt, obgleich wir jetzt auf dem Weg sind, die Gesamtsituation zu befrieden. Wir stehen in einem wirklich schwierigen Abwägungskomplex, in dem – ich sage noch einmal – die Staatsanwaltschaft bei der Abwägung das letzte Wort haben wird. Aber die Aufgabe, die wir alle haben und die insbesondere die Polizei hat, liegt doch darin, einerseits neue Straftaten zu verhindern und andererseits alte Straftaten aufzuklären. Beim Verhindern gibt es einen gewissen Erfolg, beim Aufklären zur Zeit Probleme.

Lassen Sie mich noch sagen, daß nicht jede Einzelheit in diesem Zusammenhang für die öffentliche Erörterung geeignet ist. Deshalb habe ich es für geboten gehalten, den Ausschuß für Sicherheit und Ordnung ständig und lückenlos zu informieren. Dort habe ich übrigens den Eindruck mitgenommen, daß die Überlegungen der Polizei sehr viel besser nachvollzogen werden konnten und nachvollzogen worden sind, als dies in mancher anschließenden öffentlichen Erörterung klang. Meine Damen und Herren, Sie sollten überlegen, ob Sie jetzt nicht doch die Geduld bewahren sollten, um eine Chance wahrzunehmen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen – den Teufelskreis, daß Krawalle immer wieder ausgelöst werden bei dem Versuch, alte Straftaten aufzuklären. Wenn es diesen Weg gibt – wir haben die Chance, ihn zu gehen –, dann bitte ich Sie doch, mit uns zusammen diesen Weg zu gehen, um den Versuch zu machen, Berlin und die Berliner vor Krawallen zu bewahren, die sonst unausweichlich wären. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

Präsident Lummer: Das Wort hat der Regierende Bürgermeister.

Dr. Vogel, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir der Spielregeln einer Aktuellen Stunde durchaus bewußt und werde mich deswegen mit größter Kürze äußern. Ich tue es nur, weil ich mehrfach persönlich angesprochen worden bin.

Wir müssen auseinander halten, wozu es eigentlich geht – um die Räumung besetzter Häuser oder um den Vollzug von Durchsuchungsanordnungen der Staatsanwaltschaft.

1. Zur Räumungsfrage stelle ich wiederum alternative Meinungen fest. Herr von Weizsäcker empfiehlt uns, nicht zu räumen, weil es keinen Sinn habe. Viele andere tun es auch. Herr Diepgen hat – was sein gutes Recht ist – eine alternative Meinung; er wirft uns vor, daß nicht geräumt werde. Ich fordere gar nicht auf, daß Sie eine einheitliche Meinung haben, aber ich stelle fest, daß es selbst in Ihrem Lager zu dieser Frage unterschiedliche Meinungen gibt, ohne daß ich die eine oder andere als rechtswidrig kritisieren oder angreifen würde.

2. Eine andere Frage ist der Vollzug staatsanwaltschaftlicher Anordnungen, Durchsuchungen vorzunehmen. Ich wiederhole: Es ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht – und ich sehe diejenigen an, die selbst Beamte sind – des Beamten, Gegenvorstellungen zu erheben, wenn er glaubt, daß seine Argumente rechtliche Qualität haben. Er macht sich sogar dienstrechtlich verantwortlich und als Demokrat überdies, wenn er dies nicht tut. Ich bitte insbesondere die anwesenden Beamten um Widerspruch, wenn diese Darlegung dem Grundverständnis des demokratischen Beamtenrechts nicht entspricht. Die Entscheidung

ist Sache der Staatsanwaltschaft, keiner bezweifelt dies. Sie muß über die Gegenvorstellung befinden – so sagt das Gesetz. Die Entscheidung ist letzten Endes – das hat Herr Kollege Meyer dargelegt – in der politischen Verantwortung des Justizsenators. Ich meine, niemand sollte dieser Entscheidung vorgreifen. Wir können nur Argumente und Gesichtspunkte beisteuern. Nur dies ist unsere Aufgabe.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Trotz der Lautstärke und der Schärfe Ihrer Äußerungen ist mir nicht klar geworden, ob Sie nun eigentlich den Grundgedanken der Güter- und Pflichtenabwägung bejahen oder ob Sie ihn nicht bejahen. Darf ich dazu mit Erlaubnis des Präsidenten einen Text verlesen? Da heißt es in einem interessanten und auch allgemein zugänglichen Stück Papier:

Ergeben sich bei einem einheitlichen Lebenssachverhalt gleichzeitig und unmittelbar Aufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr, so sind die Staatsanwaltschaft und die Polizei zuständig, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Das gilt auch dann, wenn die Situation die gleichzeitige angemessene Wahrnehmung beider Aufgaben nicht zuläßt. In diesem Falle ist nach dem Grundsatz der Güter- und Pflichtenabwägung jeweils für die konkrete Lage vorher zu entscheiden, ob die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr das höherwertige Rechtsgut ist.

So unterschrieben im Amtsblatt für Berlin 1974 vom damaligen Innensenator, Herrn Neubauer, und vom damaligen Justizsenator, Herrn Korber. Kein Nachfolger, und – dies füge ich hinzu – auch nicht Sie, Herr Kollege Oxfort, hat etwa diesen vernünftigen Grundsatz aufgehoben oder jemals in Zweifel gezogen. Es hat auch gegen diesen Grundsatz niemals einen Widerspruch gegeben.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Abwägung vorzunehmen, die Darlegungen der Polizei sind erwägenswert. Auch Ihnen ist es nicht gelungen, das Gewicht und die Erwägungsbedürftigkeit dieser Darlegungen zu mindern. Im übrigen, auch andere wägen ab. Ihr Parteikollege, der Innenminister von Baden-Württemberg, Herr Möcklinghoff, tut es. Um ein aktuelles Beispiel zu wählen: Auch Herr Ministerpräsident Stoltenberg und der Innenminister von Schleswig-Holstein haben abgewogen. Ein Gericht hat ein Demonstrationsverbot bestätigt, sogar das Bundesverfassungsgericht, trotzdem hat die Polizei die Übertretung dieses Verbots, die massenhafte Übertretung durch 50 000 Personen, geduldet und hat erst den Kernbereich geschützt, weil sie damit größeres Unheil und somit eine Schlicht abgewendet hat. Das ist genau dieselbe Güterabwägung, vor der hier die Staatsanwaltschaft steht und die sie in ihrer Verantwortung zu treffen hat.

[Beifall bei der SPD]

Und nun kann ich Ihnen eines nicht ersparen, meine sehr verehrten Damen und Herren. In einer Wochenzeitung, deren Gewicht für die öffentliche Meinungsbildung gerade unter den demokratischen Parteien aller Couleur unbestritten ist, von einer Verfasserin, die – so glaube ich – sich wundern würde, mit welchen Vokabeln und Argumenten Sie, Herr Kollege Diepgen, und insbesondere Sie, Herr Kollege Schmitz, ihre Auffassung bekämpfen, ist in der heutigen Ausgabe – ich stelle sie gern zur Verfügung – folgendes zu lesen:

Die Frage, was aus dem Rechtsstaat wird, wenn Verbote nicht mehr geachtet, Straftaten nicht mehr geahndet werden, ist natürlich berechtigt. Nur muß man sich darüber klar sein, daß der Rechtsstaat auf vielfältige Weise auf das Spiel gesetzt werden kann. Er kann an einem Mangel an Ordnung, Gesetzestreue und Disziplin zugrunde gehen, er kann aber auch zu Tode exerziert werden durch das Verabsolutieren von Paragraphen und Verordnungen sowie durch starres Festhalten an Kompetenzen.

[Beifall bei der SPD]

Dies ist die Auffassung der Gräfin Dönhoff in der heutigen Ausgabe der „Zeit“.

Und, Herr Kollege Diepgen, ich frage Sie vor diesem Hintergrund, sehr ruhig und nicht mit erhobener Stimme, ob Sie wirklich glauben, daß wir unserem Gemeinwesen einen Dienst leisten, wenn Sie solche Auffassungen, wie ich sie verlesen habe,

RBm Dr. Vogel

- (A) wie sie von Mitgliedern des Senats und von mir und in diesem Haus vertreten werden, als eine Erschütterung des Rechtsstaats, als ein „Auf-das-Spiel-setzen“ des Rechtsfriedens oder Sie, Herr Kollege Schmitz, als eine blanke Unverfrorenheit bezeichnen, der die Polizeibeamten dadurch begegnen müssen, daß sie ihnen in der Tragweite nicht ganz klaren Aufforderungen Folge leisten, und ob sie in Einklang mit ihren Pflichten der Gemeinschaft gegenüber handeln, wenn sie aus diesem Anlaß die Frage von Strafverfahren im Amt aufwerfen. Sie reiben sich doch nicht nur an uns, Sie reiben sich an einer Meinung, die in der Demokratie rechtens vertreten wird und vertreten können werden muß.

Herr Kollege Dieppen, noch ein persönliches Wort an Sie. Sie schreiben mir am 20. Februar 1981, ich möge doch im Interesse eines fairen Wahlkampfes eine Karikatur in einer sozialdemokratischen Zeitung beanstanden, eine Karikatur, die mit umgekehrter Zielrichtung wegen ihrer Milde vom „Bayernkurier“ immer abgelehnt werden würde, und fordern mich auf, aus Fairneßgründen dagegen einzuschreiten. Derselbe Herr Dieppen wählt hier Worte, die ich noch einmal zitiere: „Wir hier würden den Rechtsstaat auf das Spiel setzen, wir hier würden dem Rechtsbruch Vorschub leisten, wir hier müßten durch Aufforderungen an die Polizeibeamten zur Raison und zur Pflicht gebracht werden.“ Da frage ich, Herr Kollege Dieppen, ob Sie auf dieser Grundlage noch Fairneßappelle an andere in diesem Haus richten können.

[Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

Ich schließe einmal mehr mit der Bitte, auf diesem Weg nicht fortzuschreiten, ich schließe mit der Bitte, daß wir uns auch in der kritischen Auseinandersetzung der gemeinsamen Verantwortung bewußt werden.

Herr Kollege Schmitz, Sie haben das alles noch ein bißchen gesteigert, und zwar in der Ihnen gemäßen Art. Ich habe bei der letzten Debatte hier gesagt, ich wüßte nicht genau, ob Sie wieder in der Mannschaft von Herrn von Weizsäcker sind oder ob Sie nicht in der Mannschaft sind. Nach Ihrer heutigen Äußerung kann ich es ein bißchen besser verstehen, daß Sie dieser Mannschaft nicht angehören.

(B)

[Beifall bei der SPD und des Abg. Vetter (F.D.P.)]

Präsident Lummer: Das Wort hat der Kollege Dr. Gerl.

Dr. Gerl (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man einmal alle starken Worte beiseite läßt, die an dieser Stelle bisher gebraucht worden sind, dann haben wir nur einen Streit um den richtigen Zeitpunkt für eine einzelne Ermittlungshandlung für bestimmte, länger zurückliegende Straftaten. Es ist schon deutlich geworden, welche schwierige rechtsstaatliche Abwägung für diese Frage des Zeitpunkts notwendig ist. Abwägung bedeutet, daß man die beiden sich alternativ gegenüberstehenden Übel prüft und dabei untersucht, welches davon das kleinere ist, das man - wenigstens vorübergehend - in Kauf zu nehmen hat. Bei den Beiträgen der Opposition ist nun bezeichnend, daß sie sich dieses eine der beiden, welches nach Auffassung des Polizeipräsidenten das kleinere Übel ist, herausgreift und enorm dramatisiert, während sie das andere, um das es im wesentlichen geht, nämlich die zu erwartenden schweren Störungen des Gemeinfriedens mit der erheblichen Gefährdung einer Vielzahl von Personen und Sachen, einfach übergeht oder bagatellisiert.

Meine Damen und Herren, wer so debattiert, der zeigt, daß er eben zu dieser notwendigen rechtsstaatlichen Abwägung nicht fähig ist, daß ihm eine wichtige Voraussetzung für eine richtige und sachgemäße Entscheidung fehlt.

Nun sagt Herr Kollege Dieppen: Die Staatsanwaltschaft hat den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Anordnung der Vollstreckungshandlung schon geprüft, dann hat die Polizei dieses nicht noch einmal zu untersuchen. Das ist nicht zu Ende gedacht. - Ich weiß nicht, wo er jetzt ist, vielleicht sagt es ihm nachher jemand. - Die Staatsanwaltschaft prüft sicherlich, aber die Abwägung, die bei der Entscheidung über das „Ob“ vorzunehmen ist, ist unter Umständen eine andere als die rechtsstaatliche Abwägung, die die Polizei über die taktische Frage des „Wie“ und „Wann“ zu treffen hat, denn gerade bei

der Frage des Zeitpunkts können Gesichtspunkte in den Vordergrund treten - - (C)

[Glocke des Präsidenten]

Präsident Lummer: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe, für Gespräche ist in der Wandelhalle ausreichend Platz. - Bitte, Herr Dr. Gerl.

Dr. Gerl (SPD): Schönen Dank, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Bei der Frage des Zeitpunkts einer Ermittlungshandlung können eben Gesichtspunkte eine Rolle spielen, insbesondere nämlich die momentane sicherheitspolitische Gesamtlage, die bei der Frage des „Ob“ zunächst keine Rolle gespielt haben. Der Herr Innensenator hat deutlich gemacht, daß bei derartigen Bedenken des Vollzugs diese der Staatsanwaltschaft mitzuteilen sind, daß dann rückzukoppeln ist, daß dann die Staatsanwaltschaft diese Bedenken erneut in ihre Überlegungen über das „Ob“ einzubeziehen hat. Darum geht es hier, dieses ist der ganze Konflikt, der das Thema so brisant gemacht hat, ein Konflikt, der durch die Staatsanwaltschaft in die Öffentlichkeit getragen worden ist.

Aber nun möchte ich auch einmal ein kritisches Wort an die Adresse der Staatsanwaltschaft sagen, weil es notwendig ist, einmal die Relationen herzustellen. Die einzige Relation, die in der Debatte zu anderen Deliktsbereichen hergestellt wurde, ist die des Parksünder. Ich möchte einmal ein anderes Beispiel herausgreifen. Im Haus der Berliner Staatsanwaltschaft werden gegen Täter schwerer Wirtschaftskriminalität Großverfahren geführt, die schon seit Jahren völlig unbearbeitet liegen. Da handelt es sich nicht wie hier um die Verzögerung einer polizeilichen Einzelmaßnahme, da geht es um die Vernachlässigung der gesamten Ermittlungen über Jahre hinweg, da geht es nicht wie hier um Taten wie Gebrauchsentwendungen, Stromdiebstahl o. ä., sondern da geht es um Schadenssummen in Millionenhöhe. Wir haben gerade im Untersuchungsausschuß Garski gehört, daß es Steuerstrafverfahren gibt, die seit 1978 zwei Jahre lang unbearbeitet geblieben sind; und da spricht niemand von Rechtsverweigerung, da spricht niemand von Suspendierung des Rechtsstaats, (D)

[Beifall bei der SPD]

da ist niemand von Ihnen auf die Idee gekommen, auch einmal die Frage aufzuwerfen, ob etwa Strafvereitelung im Amt im Spiel ist. Ich nenne diese Beispiele nur deshalb, um die Fragen, um die es hier geht, in die richtigen Relationen zu rücken.

[Wronski (CDU): Ganz miese Advokatenmasche!]

Ich frage Sie, warum ist dieses für Sie bisher kein Thema? - Meines Erachtens deshalb, weil der politische Hintergrund fehlt, vor dem sich die Sache dramatisieren läßt.

[Glocke des Präsidenten]

Präsident Lummer: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluß kommen.

Dr. Gerl (SPD): Ich schließe ab, schönen Dank! - Und deshalb findet sich da auch kein hochgestellter Richter, der darüber in einer Tageszeitung ein Sonntagsinterview gibt.

Ich begrüße es, daß vorhin vom Senator für Inneres mitgeteilt worden ist, daß die Strafverfolgungsbehörden wieder zu einer gemeinsamen Linie zurückgefunden haben. Dieses ist in der Tat notwendig, damit die Irritationen, die es in der Öffentlichkeit durch den Konflikt gegeben hat, abgebaut werden können. - Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Lummer: Herr Senator Meyer!

Meyer, Senator für Justiz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren. Ich habe möglicherweise Herrn Abgeordneten Dr. Gerl akustisch nicht ganz richtig verstanden.

[Landowsky (CDU): Doch, Sie haben ihn richtig verstanden, das ist es ja!]

Sen Meyer

- (A) Aber er hat, wenn ich das richtig verstanden habe, ausgeführt, die Meinungsverschiedenheiten, die Differenzen zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei oder vice versa seien durch die Staatsanwaltschaft an die Öffentlichkeit gebracht worden. Verehrter Herr Abgeordneter Dr. Gerl, dafür gibt es keinerlei Anzeichen. Wenn Sie dafür irgendwelche Anzeichen haben, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das mitteilen. Denn, wenn das so ist, insbesondere unter Nennung von konkreten Objekten - und das hat ja in den Zeitungen gestanden -, ist ja in der Tat die Frage der Strafvereitelung im Amt zu prüfen, wenn das etwa Staatsanwälte selbst getan hätten. Ich glaube, Herr Dr. Gerl, daß dieser Vorwurf hier nicht so stehenbleiben kann, wie Sie ihn erhoben haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie entweder mir klarmachen würden, worauf Sie ihn stützen, oder ihn jedenfalls erläutern dahin gehend, daß er so nicht aufrechterhalten werden kann.

- Wenn Sie jetzt von Wirtschaftskriminalität sprechen, Herr Abgeordneter Dr. Gerl, dann ist zuzugeben, daß es da natürlich sehr schwierige, sehr zeitraubende, sehr zeitaufwendige Ermittlungsverfahren gibt. Und es ist ja auch schon gelegentlich Kritik daran geäußert worden, daß beispielsweise nicht genügend Personal für die Ermittlungsverfahren zur Verfügung steht. Natürlich könnten noch mehr Staatsanwälte diese außerordentlich schwierige und komplexe Materie bearbeiten; natürlich wäre es möglich, daß es dann einen schnelleren Fortschritt bei den Ermittlungshandlungen geben würde. Aber Sie haben von der Vernachlässigung von Ermittlungshandlungen gesprochen, Herr Abgeordneter Dr. Gerl. Und diese Vernachlässigung müßte ja beim einzelnen Staatsanwalt liegen. Auch hier - muß ich Ihnen sagen - ist bisher nicht das geringste Anzeichen vorgetragen worden. Und ich erinnere mich an eine Kontroverse, die wir beide - zum Teil auch über Medien - zu diesem Problem ausgefochten haben. Auch in diesem Zusammenhang haben Sie allenfalls moniert, daß der Justizsenator nicht genug Personal zur Verfügung gestellt hat. Ich will diesen Vorwurf gar nicht dem Abgeordnetenhaus zurückgeben, daß nicht genug Personal zur Verfügung gestellt wurde. Aber wenn hier Vorwürfe erhoben werden, die nach meiner Ansicht überhaupt nicht begründet sind, dann bedauere ich, auch Ihnen sagen zu müssen, daß ich es nicht sehr konstruktiv finde, hier die Staatsanwaltschaft in eine Ecke stellen zu wollen, in der sie nun wirklich überhaupt nichts zu suchen hat. - Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der F.D.P. - Landowsky (CDU):
Jetzt müßte ich sogar klatschen!]

Präsident Lummer: Das Wort hat der Kollege Rösler.

Rösler (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Dr. Gerl hat offenbar nicht gewußt, welches Thema heute Gegenstand dieser Aktuelle Stunde ist. Aber seine Ausführungen, sein Verhalten sind typisch für die Argumente und das Verhalten vieler. Wenn das richtig wäre, was Sie hier vorgebracht haben, den schweren Vorwurf von Strafvereitelung im Falle von Wirtschaftskriminalität, dann, Herr Dr. Gerl, hätten Sie doch das berücksichtigen müssen bei Ihrer Stimmabgabe vor zwei Stunden, als wir dem dafür verantwortlichen Senator das Mißtrauen aussprechen wollten.

[Beifall bei der CDU]

Der Herr Innensenator hat eine bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat hier gesagt, wenn man jetzt den Gerichtsbeschlüssen nachkäme, dann gäbe es einen ganz furchtbaren, unvorstellbaren Aufruhr in dieser Stadt, etwas, was wir noch nie erlebt haben. Er zeichnet ein Horrorgemälde und macht in Angst-psychose. Genau das, Herr Kollege Hucklenbroich, was Sie vorhin gesagt haben, daß man nämlich auch Dinge herbeireden kann. Wenn das aber dennoch Ihre Überzeugung ist, Herr Innensenator Dahrendorf, dann ist es Ihre Pflicht als Innensenator, durch Politik dieses Horrorgemälde nicht entstehen zu lassen.

[Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD -
Lange (SPD): Genau das macht er!]

Indem Sie aber nichts tun und dies damit bemänteln, daß es sonst schlimmer käme, verzichten Sie auf Politik. Das ist das Ende von Politik.

- (C) Auch Herr Dr. Vogel macht es sich zu einfach, wenn er die Dinge, die wir hier erleben - Nichtausführung gerichtlicher Beschlüsse -, vergleichen will mit den Ereignissen vom Wochenende in Brokdorf. Da ging es um zwei einander widersprechende Gerichtsbeschlüsse, die in kurzer Zeitabfolge kamen, um ein Ereignis, das überschaubar sich in Stunden abzuspielen hatte. Hier geht es um Vorgänge, die seit vier Monaten bekannt sind und von denen der Polizeipräsident am 17. November gesagt hat: Jetzt können wir einschreiten; der Zeitpunkt ist da; es kann nur schlechter werden! - Dennoch ist aber nichts veranlaßt worden. Warum ist denn nichts veranlaßt worden?

Und Ihre Definition des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ist ja auch sehr merkwürdig, Herr Innensenator. Sie sagten, wenn sich die Polizei und der Justizsenator einig sind, jetzt solle dennoch eingeschritten werden, dann würde dies geschehen. Gilt denn dann plötzlich dieser Grundsatz nicht? Wie soll denn die Bevölkerung an die Verfassungsgrundsätze der Gleichbehandlung und der Gewaltenteilung glauben, wenn sie erlebt, daß der Polizeipräsident glaubt, erst Nachfrage halten zu müssen. Er will sich bei den Hausbesetzern erkundigen, ob eine Durchsuchung stattfinden kann. Wo leben wir denn, in welchem Land? Wie naiv ist denn der Polizeipräsident, wenn er glaubt, so vorgehen zu dürfen, oder, was noch schlimmer ist, für wie naiv hält er die Bevölkerung? - Herr Dr. Vogel, ich glaube, mit dieser Politik des Zuwartens, des Nichtstuns werden Sie - und ich sage das ohne Härte, um Ihre Vokabel zu benutzen - diese Tumulte nicht verhindern können. Sie werden aber gleichzeitig erleben, daß das Rechtsbewußtsein unserer Bevölkerung Schaden genommen hat.

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Sickert: Herr Abgeordneter Dr. Dittberner!

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem bisherigen Verlauf der Debatte bin ich in meinem Vorurteil bestärkt, daß die Aktuelle Stunde nicht das geeignete Instrument ist, um diese schwierige rechtspolitische und politische Frage zu diskutieren.

[Beifall bei der F.D.P.]

Bei aller Bescheidenheit, es ist nicht möglich, in Fünf-Minuten-Beiträgen auf die komplexen und sehr differenzierten Darstellungen des Senats einzugehen. Es ist vielleicht auch nicht sinnvoll, in der eigentlich flott zu führenden Debatte, in der eigentlich Rede und Widerrede herausfordernden Debatte dieses Komplexität durch die Fraktionen voll darzustellen. In diesem Zusammenhang bedauere ich es auch, daß der Kollege Dieppen wieder den Hinweis auf die Wahlen in Zusammenhang mit diesem Thema gebracht hat. Ich bedauere das und betone, wir jedenfalls werden von uns aus nicht behaupten, daß sich Herr Dieppen zu diesem Thema nur wegen der bevorstehenden Wahlen so einläßt, wie er es eben tut. Ich finde, das sollten wir in der Tat herauslassen.

Ich muß auch dem widersprechen, was hier gesagt worden ist von einem Vorredner meiner eigenen Fraktion hinsichtlich der Einschätzung der Gesamtsituation. Es ist gesagt worden, wir hätten es mit einem Primat der Politik vor dem Recht zu tun. Ich sehe das nicht so. Ich sehe alles, was im Augenblick vom Senat als eine Orientierung der Politik an der Wiederherstellung des Rechtsfriedens in der Stadt getan wird. Man kann aber auch darüber diskutieren, ob der Weg, wie er im einzelnen eingeschlagen wird, tatsächlich der richtige ist. Hier gibt es sicherlich nicht schwarz oder weiß.

Eine weitere Bemerkung: Aus der bisherigen Debatte habe ich gelernt als einer, der mit diesen engeren juristischen Dingen - vielleicht Gott sei Dank - nichts zu tun hat, daß es eine merkwürdige Angelegenheit ist, daß die Staatsanwaltschaft zwar - wie es so schön heißt - „Herr des Verfahrens“ ist, auf der anderen Seite aber die vollen und aktuellen Informationen bei der Polizei sind. Für mich ist dies jedenfalls, was auch in der heutigen Debatte gesagt worden ist, ein Strukturangel. Dieser kommt zum Ausdruck als ein Nebenprodukt dieser Debatte. Dies ist eine wichtige Sache, über die man immerhin einmal nachdenken sollte: Der Herr des Verfahrens muß doch zuallererst wissen, worum es eigentlich geht.

Dr Dittberner

- (A) Nun, meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen, daß wir bei der Frage der Hausdurchsuchungen – nicht bei Hausbesetzungen – schwere Straftaten, wie Diebstahl, Raub, verfolgen müssen. Das ist in der Tat eine sehr schwierige rechtliche und politische Abwägung, um die es hier bei dem aktuell hervorgekommenen Konflikt geht. Ich sage: Wir sollten überlegen, ob es der richtige Weg ist, daß wir weitere Straftaten möglicherweise dadurch verhindern, daß wir das Legalitätsprinzip nicht in jedem Fall strikt und sozusagen für sich punktuell auf einen Vorgang hin auslegen. Ich meine, daß ist das, worum wir diskutieren müssen. Das ist der Punkt, um den es hier geht. Der Weg des Senats, die soziale Isolierung der Rechtsbrecher durch geeignete Maßnahmen herbeizuführen, um den Rechtsfrieden herbeizuführen, ist mir in der Tat der sympathischere. Aber wir müssen auch sehen, daß dieser Weg scheitern kann. Wir sollten es ganz klar sagen: Dieser Weg kann scheitern, und dann bleibt allerdings keine andere Alternative als die ultima ratio: die strikte Auslegung des Legalitätsprinzips. Wir sind – so glaube ich – alle daran interessiert, daß der Rechtsstaat aufrecht erhalten und auch weiterentwickelt wird. Gerade über diesen letzten Punkt sollten einige in diesem Haus noch nachdenken. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der F.D.P. und der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Vom Zeitablauf her ist der Abgeordnete Lorenz der letzte Redner.

Lorenz, Hans-Georg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer der letzten Wochen gab es im Fernsehen einen Western, in dem ein Sheriff in Verfolgung einer fahrlässigen Tötung mutmaßliche Täter vorführen soll. Dabei rettet er ein halbes Dorf aus. Dieser Film, in dem der Sheriff als eine positive Gestalt – von Burt Lancaster – dargestellt wird, hinterließ ein sehr ungutes Gefühl, weil nicht klar wurde, ob es tatsächlich richtig sei, richterliche Verfügungen so extensiv durchzusetzen, daß dabei rundherum alles in die Brüche geht.

- (B) [Rzepka (CDU): Wir sind aber hier nicht im Wilden Westen!]

– Ja, das ist richtig. Es ist gut, daß Sie das sagen. – Dieser ganze Film war nur deshalb überhaupt noch erträglich, weil dort eine Alternative aufgezeigt wurde, die heute auch in diesem Haus wieder dargestellt wird: die Alternative, daß man einen rechtlosen Zustand schafft und Recht überhaupt nicht verfolgen kann, wenn man nicht hier und jetzt mit aller Härte richterliche Verfügungen durchsetzt.

Das ist im Augenblick genau das, was die CDU auch für Berlin suggeriert. Sie suggeriert, daß wir einen rechtlosen Zustand haben werden, wenn nicht staatsanwaltliche Verfügungen – sei es um die Gefahr der Verletzung höherwertiger Rechtsgüter – durchgesetzt werden. Wir sollen angeblich Rechtsunsicherheit in diesem Land haben, wenn nicht staatsanwaltliche Anordnungen auch dann durchgesetzt werden, wenn es zu Straßentumulten kommt und es dabei Verletzte, Tote und Millionen-Sachschäden gibt.

Das ist genau die Alternative, die wir heute in unserem Rechtsstaat so nicht kennen, weil wir andere Möglichkeiten haben, unsere Rechtsordnung durchzusetzen, um zu verdeutlichen, daß der Bürger dem Rechtsstaat vertrauen kann, ohne daß es zu Verhältnissen kommen muß, die an eine Chaotisierung des gesamten Staatswesens erinnern. Wir verwahren uns dagegen, daß die Erwägung, die Verfolgung einer Straftat zeitweilig zurückzustellen, als eine Rechtswidrigkeit bezeichnet werden.

Das Gegenteil ist der Fall: Eine Polizei, die kritiklos und ohne Beachtung aller der Umstände, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, staatsanwaltliche Verfügungen durchsetzt, würde rechtswidrig handeln. Eine Polizei, die nicht in der Lage ist, Erwägungen, die nur sie aufgrund ihrer Sachkenntnis anstellen kann, der Staatsanwaltschaft mitzuteilen, um ihr deutlich zu machen, welche Gefahren entstehen, wenn man solche Anordnungen durchsetzt, würde rechtswidrig und unverantwortlich handeln. Eine Polizei, die demonstriert, um der Staatsanwaltschaft deutlich zu machen, daß es in ihrem Zuständigkeitsbereich Erwägungen gibt, die es angeraten sein lassen, Maßnahmen zurückzustellen, sie zu einem anderen Zeitpunkt durchzusetzen, oder andere Mittel zu wählen, die handelt rechtmäßig. Das muß in das Bewußtsein der Bevölkerung dringen.

Wenn Sie, Herr Rösler, hier davon geredet haben, daß dramatisiert worden ist, daß wir Horrorgemälde gemalt haben, dann kann ich nur sagen, das Horrorgemälde haben Sie gemalt,

[Boroffka (CDU): Wer hat denn von Explosionspotential gesprochen?]

– ja, das Horrorgemälde, daß unsere Bürger diesem Rechtsstaat nicht mehr vertrauen können, wenn wir nicht jede staatsanwaltliche Verfügung zu einem ganz konkreten und festgelegten Zeitpunkt durchsetzen. – So ist es nicht, und so darf es auch nicht sein. So darf unser Rechtsstaat nicht dargestellt und verstanden sein. Ich fordere Sie auf, von solchen Darstellungen Abstand zu nehmen!

[Beifall bei der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit hat die Aktuelle Stunde ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2, Drucksache 8/697:

Große Anfrage der Fraktion der CDU über die S-Bahnplanung

1. Welche verkehrspolitischen Schlußfolgerungen zieht der Senat aus der prognostizierten Entwicklung des Personennahverkehrs und den umwelt- und energiepolitischen Erfordernissen in Berlin, und welche konkreten Pläne hat der Senat für eine Gesamtverkehrsplanung?
2. Was hat der Senat bisher unternommen, um auf eine Integration der S-Bahn in den öffentlichen Personennahverkehr vorbereitet zu sein; welche Untersuchungen liegen dazu bisher vor, und welche Leistungen hat das Land Berlin bisher für den S-Bahnbetrieb aufgewandt?

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Bitte schön, Herr Abgeordneter Wronski!

Wronski (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Begründung und die Aktualität, sich mit S-Bahnplanung und ein wenig mehr zu beschäftigen, liegt allein schon in der Tatsache, daß man an allen Orten in dieser Stadt und seit vier bis fünf Monaten intensiv die S-Bahn wiederentdeckt hat. Der Umstand, daß wir erst mit zweifacher Verzögerung zur Behandlung dieser Großen Anfrage kommen und in die Diskussion einsteigen, wird noch aktualisiert durch die verkehrspolitischen Aussagen, die der Herr Regierende Bürgermeister in seiner Rede am 12. 2. gemacht hat. Und ich darf sozusagen prophylaktisch Ihr Augenmerk auf den Text unserer Anfrage lenken, insbesondere auf den Absatz 1, wo wir überdeckend von einer „Gesamtverkehrsplanung“ sprechen. Das ist in der Tat die Frage, die wir immer im Hintergrund zum partiellen Bereich S-Bahn sehen wollen.

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig – und ich möchte sagen: ein Glücksumstand –, daß sich die Kollegen hier im Haus, die sich seit Jahren mit Verkehrsplanung befassen, leiten lassen von wenigen Prinzipien und immer Übereinstimmung in diesen Prinzipien gefunden haben, als da sind: Alle Mühe ist darauf gerichtet, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern! Alle Mühe ist darauf gerichtet, eine integrierte Verkehrsplanung in Berlin zu betreiben und sie auswirken zu lassen in konkreten Einzelmaßnahmen, die darauf abzielen, Belastungen durch den Verkehr zu minimieren! – Das sind zugegebenermaßen zwei sehr pauschale Aussagen, aber immerhin Orientierungspunkte für uns im Ausschuß gewesen, auf die wir uns verständigt haben. Und es gibt kaum – das sage ich besonders an die, gestatten Sie mir: neuen Herren recht und links – einen Punkt in den zurückliegenden Jahren, wo etwa Streit in Verkehrsfragen in dieser Stadt unter den Sach- und Fachkollegen gewesen ist. Ich muß allerdings ein wenig klagend darauf hinweisen, daß wir, die wir „in Verkehr machen“ und uns darüber den Kopf zerbrechen, nicht

Wronski

(A) immer die größte Aufmerksamkeit im Haus gefunden haben - auch nicht die größte Aufmerksamkeit auf den Regierungsbänken. - Das ist natürlich kein Kommentar zu der notwendigen Pause, die jetzt verschiedene Herren hier machen müssen, das ist ganz klar. -

[Striek (SPD): Kann das rechts von Ihnen sein?]

Wir sind ja alle sehr zufrieden, daß der zuständige Senator für Wirtschaft und Verkehr hier aufmerksam lauscht und sich sogar der Regierende Bürgermeister angesprochen fühlt - nolens volens -; er hat ja einen sehr wesentlichen Diskussionsbeitrag mit in die Stadt gebracht - dafür sind wir ihm auch dankbar.

[Hauff (SPD): Das ist fair von Ihnen! - Longolius (SPD): Der Umweltsenator im übrigen auch!]

Wir können immer wieder darauf verweisen, daß wir auch so etwas wie gemeinsam fixierte, schriftlich niedergelegte Grundlagen haben für unsere Übereinstimmung. Ich will damit nicht sagen, daß diese fixierten Grundlagen von den aktiven Politikern, die die Verantwortung haben, immer akzeptiert und befolgt wurden - aber immerhin, es gibt ein Gerippe, es gibt ein Verkehrskonzept, das diesem Haus im Jahr 1975 von Planern - nicht von Senatoren -, von fachkundigen Planern im Senatsbereich, angeboten wurde, und das in seinem Grundprinzip heute noch respektabel ist, so daß es sich lohnt, immer wieder darauf zurückzukommen und zu vergleichen: Wie ist der aktuelle Stand? Wie kann diese Verkehrsplanung - das ist damals immer wieder betont worden und findet unseren Beifall -, der kontinuierliche Prozeß der Verkehrsentwicklung am Leben erhalten bleiben? Denn darüber sind wir uns auch einig: Verkehrsplanung ist nichts Statisches, sondern ein dynamischer Vorgang, der nie aufhört und der einer ständigen - na, also nicht täglichen, aber immerhin in angemessenen Zeiträumen abzuhaltenden - Überprüfung ausgesetzt werden muß.

Wir haben auch - jetzt komme ich auf Umwegen zum Thema S-Bahn, das ich aber wieder aus notwendigen Gründen ganz kurz verlassen werde - in dieser General-Verkehrsplanung, dieser Gesamtverkehrsplanung, einen Teilaspekt, der sich mit der S-Bahn befaßt. Und wir dürfen hier wiederholen - wir von der CDU-Fraktion -, was wir 1975 schon gesagt haben und bei der nachgehenden Besprechung, die dann 1978 anhand des Verkehrsentwicklungsplans 1978 unter Bezug auf diese Verkehrskonzeption stattgefunden hat, wiederholt haben: Es ist richtig - so, wie es die Verkehrsplaner schon vor fünf, acht Jahren erkannt haben -, das Potential der S-Bahn in Berlin in eine Gesamtverkehrskonzeption mit einzubinden, zumindest aber - und das ist die politische Forderung, die ich heute zum wiederholten Mal stelle - keine Fakten in anderen planerischen Verkehrsbereichen zu schaffen, die eine Reaktivierung dieses brachliegenden Verkehrspotentials auf Dauer verhindern oder obsolet machen. Das ist eine ganz wichtige kommunalpolitische Bremse, die wir immer dann bedienen müssen, wenn wir den Eindruck haben mit unserer begrenzten Einsichtsfähigkeit, daß sich Entwicklungen, Anlagen -, Investitionsentwicklungen, breitmachen, die - ich sagte es schon - eine spätere Reaktivierung des Potentials praktisch erübrigen.

Wir haben damals den Senat kritisiert, daß er sich bei der Diskussion nicht expressis verbis zu dieser Grundarbeit seiner Planer bekannt hat und auf wiederholtes Befragen: Wie hältst Du es denn nun eigentlich mit einer derartigen vorgelegten Planung? die politische Aussage verweigert hat. Wir haben das um so mehr bedauert - bitte verstehen Sie mich nicht falsch, Herr Regierender Bürgermeister, oder wer auch immer, es geht jetzt nicht um Urheberrechte, sondern es geht um den Nachweis einer gewissen Kontinuität und Logik, die seitens der Opposition in Sachen S-Bahn seit Jahren nachweisbar ist - -

[Beifall bei der CDU]

- Vielen Dank! - Wir haben - und gerade in diesen Tagen wird zu Recht, jedenfalls in unseren Kreisen, darauf verwiesen - bereits im Jahr 1972 in unserer fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit bestehenden Zeitung, am 31. August 1972 die Forderung gestellt, verbunden mit dem Namen unseres Landesvorsitzenden Peter Lorenz, die S-Bahn zu reaktivieren. Und zwar sind dort schon, erstaunlicherweise bevor praktische Einzelheiten später in der Senatsplanung ihren Niederschlag gefunden hatten, konkrete Einzelmaßnahmen vorgeschlagen worden, die

in ähnlicher Form dann von den Senatsplanern auch erkannt wurden. Insofern war es uns auch gar nicht schwer, diesen Part in unser Wahlprogramm mit einzubeziehen - nachzulesen: 1978, 1979 im sogenannten Lorenz-Plan. Insofern also waren es geradezu freundliche Töne in unseren Ohren, hier heute erstmalig nach jahrzehntelanger Abstinenz des Senats, der Führungstruppe dieser Stadt, zu hören, „und sind wir dafür, daß die S-Bahn in die Verkehrsplanung mit einbezogen wird“. Es wird uns nicht schwerfallen, Ihnen unsere volle Unterstützung - wenn Sie Gelegenheit haben sollten, dieses Geschäft länger zu betreiben - -

[Landowsky (CDU): Na, Herr Dr. Brunner wird bleiben!]

Aber wer auch immer später Senat sein wird, fest steht nunmehr: Die S-Bahn wird in die Verkehrsplanung künftiger Jahre mit einbezogen sein!, und das ist immerhin schon eine feststehende Tatsache, die wir heute hier einmal registrieren wollen.

Die Verkehrsentwicklungsplanung insgesamt - und ich darf bei dieser Gelegenheit ein wenig ausweiten, was neulich wegen der Kürze der Zeit bei der Besprechung Ihrer Erklärung vom 12. Februar zu kurz kam - darf aber auch umfassender sein und sich nicht nur auf ein Teilinstrument, nämlich S-Bahn, beschränken, sondern ich darf vielleicht auch einmal daran erinnern: Verkehr, Verkehrsplanung setzt sich aus sehr vielen Komponenten zusammen. Eine Komponente, zu der Sie auch eine Aussage gemacht haben, Herr Regierender Bürgermeister - besser gesagt: die Ihnen nahegelegt wurde, darf ich wohl vermuten -, ist ja die Straßenverkehrsplanung. Ich muß Sie hier in aller Ruhe und mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß Sie sich da von sogenannten klassischen Lehrmeinungen entfernen. Wenn Sie sagen - Stichwort Westtangente -: Schluß, Ende, aus, gibt es nicht mehr! Dieses Ziel wird weiter verfolgt!, dann übersehen Sie, daß wir damit, nämlich mit dem Verzicht auf die Installierung eines weiträumig organisierten Ringstraßensystems, den besonderen Berliner Weg gehen - so möchte ich ihn einmal nennen. Alle Großräume, alle Großstädte, nicht nur Deutschlands, sondern auch anderswo, trachten danach, verkehrsberuhigte Zonen im inneren Bereich, Kernstadtbereich, zu schaffen, indem sie unter anderem sich des Instruments von Ringstraßensystemen bedienen - der innere Ring, der äußere Ring, na, wem sage ich das. Sie wissen es längst, und Sie sind viel mehr noch darauf angewiesen gewesen in München, weil Sie dort noch zusätzlichen Durchgangsverkehr zu bewältigen und abzuleiten haben. Dennoch bleibt auch für den Verkehr von München-Nord nach München-Süd oder von Nürnberg und so weiter das Prinzip der Ringstraße gültig. Ich wiederhole: Was für andere Großstädte richtig ist, kann für Berlin nicht völlig falsch sein!

[Beifall bei der CDU]

Sie betreten hier gegen die Lehrmeinung aller Stadtplaner und Verkehrsplaner einen Weg, und ich möchte für die, die hier sind, auf Buchanon verweisen, der wirklich einer der Kenner, der Interpreten und der Mentoren moderner Verkehrsplanung ist.

Wir machen also jetzt die Berliner Variante der Flächenbelastung, und das ist falsch. Einige Faktoren mögen das belegen: Gebündelte Straßensysteme haben den Effekt, die Belastung durch Emissionen, durch Lärm zu minimieren, sie haben den Effekt, durch kontinuierliche Fahrt, was heute besonders wichtig ist, Traktionsenergie sparen zu helfen. Das sind die wesentlichsten Punkte. Wenn man heute die Berliner Situation betrachtet: auf der einen Seite Funkturm-Dreieck mit der höchsten Flächenbelastung in Europa, 120 000 bis 125 000 Fahrzeuge in beiden Richtungen innerhalb von 24 Stunden, die Entlastungsstraße auf der anderen Seite, heute tatsächlich 60 000, 70 000 Fahrzeuge in 24 Stunden als tägliche Belastung, dann sieht man schon von diesen Werten her, wo unsere Probleme, was den Oberflächenverkehr betrifft, liegen. Diese sind zu lösen, wie auch immer. Wenn man der Meinung ist - und das wäre ja die logische Folge, wenn man auf die Westtangente, in welcher Bauform auch immer, verzichten will -, die ist verzichtbar, dann bedeutet das: Man drängt diesen außerordentlich beunruhigenden Verkehr - für die Betroffenen, für das Naherholungsgebiet - in andere parallele Verkehrswege ab. Das bedeutet wieder Belegung in Bereichen, die man ruhig halten will. Das ist in der Tat eine schwierige Lösung. Das haben die, die das seit Jahren anbieten - seit Jahren

Wronski

- (A) nämlich, das geschlossene, überörtliche Ringstraßensystem -, ja auch erkannt und sicher nicht leichtfertig dafür plädiert. Deswegen hat ja auch die bisherige Regierungskoalition 1979 wieder zusammengefunden, die heute ja auch noch existiert, sich in vertraglicher Verbindung ganz ausdrücklich zu dieser Lösung bekannt. Soll ich der F.D.P. etwa nun noch mal vorlesen, was sie vereinbart hat?

[Zuruf: Ja!]

- O ja, wird gesagt, also: Da hat also in der „Berliner Stimme“ --

[Dr. Kunze (F.D.P.): Das ist natürlich eine „getürkte“ Ausgabe!]

- wörtlicher Text. Ich nehme die „Berliner Stimme“ sehr ernst, und sie ist mir gut und nützlich, wenn sie Fakten bringt, über die man diskutieren kann, über die es keinen Streit gibt. Sie wollen ja zu dem, was Sie vor zwei Jahren vereinbart haben, gar nicht mehr stehen - das ist ja das Peinliche an dieser Situation!

[Beifall bei der CDU - Zurufe von der F.D.P.: Weiterlesen!]

Also in der „Berliner Stimme“ stand am 9. 4. 1969, dokumentiert im Wortlaut die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und F.D.P., auch verschiedenes zur Autobahn-Planung, hier Punkt 5, Punkt 3, Absatz 3:

Zwischen Sachsendamm und Tiergartenstraße wird eine Stadtautobahn, Planungsstand 1979, vorgesehen. Die Ausführung muß unter Beachtung der Ergebnisse der laufenden Normenkontrollverfahren erfolgen.

Wollen Sie das bestreiten? - Doch wohl nicht ernsthaft, das haben Sie doch vereinbart. Sie haben sich hier mit der Regierung zusammengetan.

[Zuruf]

- (B) Der Tiergarten bleibt danach weiterhin autobahnfrei und soll besser als bisher als Naherholungsgebiet zur Verfügung stehen. - Das ist doch kein Dissens über die Frage, daß das Naherholungsgebiet sein soll. Nun kommt es:

Deshalb vereinbaren die Parteien, der Tiergarten soll von der Tiergartenstraße bis Höhe Invalidenstraße, dem Verkehrsaufkommen entsprechend, als Stadtautobahn untertunnelt werden.

Deutlicher kann man das doch nicht sagen, was Sie vor knapp zwei Jahren miteinander vereinbart haben. Das ist auch gar nicht so falsch gewesen; man kann sich darüber nicht streiten.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

- Richtig, der nervus rerum! - Ich hätte gewünscht, Herr Dr. Vogel, daß die Diskutanten, die sich heute mit allen möglichen Argumenten aus ihrer damaligen Einsicht und Erkenntnis und Verpflichtung rauszumogeln suchen, klipp und klar gesagt hätten: Freunde, wir möchten das gerne, aber wir können nicht mehr, weil die Kassen leer sind! - Das wäre nämlich ein Argument,

[Beifall bei der CDU]

das von jedem verstanden wird, über das es zu reden gibt und das vor allem einen Vorteil hat: Es ist wahr.

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU]

Alles andere ist nämlich - ich möchte das schlimme Wort nicht sagen - unredlich; wenn Sie heute mit Argumenten, die Sie vor zwei Jahren abgelehnt haben, das Gegenteil beweisen, dann ist das unredlich, meine Herren von der F.D.P.

[Beifall bei der CDU]

Das peinliche Schweigen der Leute in der SPD, die genau wissen, was hier gemacht wurde, welcher Umfall, bestätigt mir das. Daß Sie - die F.D.P. -, das so machen, dafür haben wir sogar Verständnis, denn Sie sind eine Partei, die immer Sorge haben muß, über die 5 Prozent zu kommen - zur richtigen Zeit, und die ist wieder da, wo Sie über die Dörfer gehen, um

einzu kaufen, was Sie meinen bekommen zu können. Das ist das logische Argument für Ihren Umfall in dieser Geschichte! - Nun lassen wir das einmal; ich glaube, ich habe Ihnen nachgewiesen, was Sie vor zwei Jahren gesagt haben, wieder in Erinnerung gebracht - was Sie vor zwei Jahren gewollt haben.

Das Prinzip der Funktionstrennung ist richtig. Funktionstrennung des Verkehrs bringt mehr Gewinn, vermag überörtlichen Verkehr zu bündeln - man kann das ausweiten und belegen - und dadurch fast automatisch die Voraussetzungen dafür schaffen, was wir alle wollen, nämlich verkehrsberuhigte Zonen. - Das als Nachschlag im nachhinein zu dem Komplex Straßenverkehr, der aber auch - das habe ich angekündigt - zum Komplex Gesamtverkehrsplanung zu rechnen ist.

Eine Einschlebung sei mir hier erlaubt, weil es für uns wichtig ist: Berichten Sie bitte dem Herrn Wissenschaftssenator, er ist in seiner früheren Tätigkeit als Beauftragter der Bundesregierung in dieser Sache aktiv tätig gewesen. Ein Problem - das sagte ich neulich schon - haben Sie in der Diskussion und in Ihrer Erklärung vom 12. Februar nicht angesprochen, nämlich die uns bevorstehende Verkehrsanbindung der ins Haus stehenden Autobahn in den Nordwest-Raum.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Hier möchte ich Ihnen noch einmal die Position unserer Fraktion wiederholen; und auch hier kann ich Ihnen belegen, daß wir seit 1977/78 nicht anders geredet haben, als ich es hier wiederhole: Es muß erreicht werden in den nächsten zwei Jahren, daß die Öffnung für den Transitverkehr ins übrige Bundesgebiet, Staaken, offenbleibt.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es darf nicht dazu kommen, was zur Zeit Vertragstext ist, daß nur eine Verlagerung von bisher Staaken auf nunmehr Heiligensee erfolgt mit - zugegeben - Vorteilen für die, die drauf sind auf der Bahn, aber auch, - ich bitte das zu berücksichtigen - mit den vielen Nachteilen, die sich durch die Installierung des Zubringers zur Grenzkontrollstation Heiligensee ergeben.

Und bevor dieser Verhandlungsspielraum - wir brauchen übrigens, das sei Ihnen hier einmal gesagt, ganze zehnmal bis elf Kilometer neue Straße zwischen Staaken/Heerstraße und Düratz um auf den seit über einem Jahr geschlossenen Autobahnring Berlin zu kommen - nicht abgelaufen ist, muß auch seitens des Senats über die Bundesregierung und mit notwendigem finanziellen Engagement diese Lösung erreicht werden.

[Beifall bei der CDU]

Und wenn das erreicht wird, Herr Senator Dr. Brunner, dann können wir beide zusammen mit allen anderen Berlinern die schönen Bäume im Tegeler Forst bewundern und brauchen nicht traurig zu sein, daß sie abgeschlagen werden sollen. Dann können wir nämlich auf einen zusätzlichen Ausbau und auf einen Kahlschlag im Tegeler Forst verzichten. Ich bin nämlich der Meinung, der dann ankommende zusätzliche Verkehr - heute geschätzt von 10 000 auf 15 000 Wagen in 24 Stunden in beiden Fahrtrichtungen auf dem Reststück Ruppiner Chaussee - wird dann nicht den jetzt erwarteten Umfang annehmen, denn ein gewisser Teil der Verkehrsteilnehmer wird sich der bisherigen Gepflogenheit erinnern und über die Heerstraße fahren - und viele werden diesen Weg nehmen -, und die tatsächliche Belastung in dem unmittelbar betroffenen Raum wäre so minimal, daß wir auf jeden Kahlschlag im Tegeler Forst verzichten können. Dieses zur Erinnerung.

Und, Herr Bausenator, Sie wissen, wie ernst wir das meinen, und Sie kennen auch die Meinung Ihrer Verkehrsplaner in dieser Sache, sie vertreten eine andere Meinung. Sie vertreten übrigens auch eine andere Meinung über die West-Tangente. Heute Abend könnten wir uns dazu in der Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag dazu von Herrn Limann anhören, wenn wir wollen. Wir sind der Meinung, Sie sollten wirklich helfen, den Verhandlungsspielraum auszuschöpfen.

Kommen wir nun zur Komponente S-Bahn im Konzept des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich sage, das schienengebundene Schnellverkehrsnetz ist das Rückgrat des Berliner öffentlichen Personennahverkehrs, das steht - nicht weil ich

Wronski

- (A) das meine, ich habe es auch gelesen – in Übereinstimmung mit gängiger Lehrmeinung; alles andere hat dienende Funktion, Zubringerfunktion und ist dem unterzuordnen. Die BVG wird sich daran gewöhnen müssen, diesen Grundsatz künftig mehr zu beachten als bisher. Und wir alle werden uns daran gewöhnen müssen – wenn wir das wollen, was wir seit acht/neun Jahren hier sagen, was der Herr Regierende Bürgermeister kürzlich zum ersten Mal für seine Partei und für den Senat hier gesagt hat –, die derzeitige Planung des Schnellverkehrsmittels U-Bahn zu überprüfen, abzustimmen mit dem, was nur im Verbund mit dem anderen möglicherweise zu schaffenden Verkehrspotential S-Bahn zu sehen ist. Mit meiner Anmerkung deutete ich schon an, welche Probleme sich dahinter verbergen.

Der Herr Regierende Bürgermeister hat so pauschal von Implikationen gesprochen, das war sehr freundlich gesagt. Der Komplex S-Bahn ist in der Verknüpfung dem Gordischen Knoten ähnlich, der aber leider nicht mit dem Schwert – Alexander des Großen – zu durchschneiden ist. Dieser „gordische“ Verkehrsknoten unserer Stadt erfordert es, sorgfältig Fäden für Fäden aufgefusselt zu werden. Und es nutzt uns überhaupt nicht, wenn wir bedarfsweise, und zwar nur deshalb, weil wir an sie herankommen, weil sie unsere unmittelbaren Gesprächspartner sind etwa – wie ich das gestern in einer öffentlichen Versammlung in Zehlendorf von einem Kollegen dieses Hauses gehört habe – munter auf unsere alliierten Besatzungsfreunde eindreschen. Ich sage aus gutem Grund „Besatzungsfreunde“, denn in dem Begriff Besatzung liegt unser Recht und der Raum unserer relativen Freiheit. Aber wem sage ich das, das wissen wir doch alle. Es nutzt überhaupt nichts, wenn ein Kollege dieses Hauses munter auf die Schutzmächte eindrischt, weil er meint –

[Landowsky (CDU): Wer war denn das?]

– Fragen Sie Herrn Wahl selber, dann wissen Sie, wer gemeint ist. –

[Zuruf: Wer war es denn?]

- (B) – Lassen wir das, es war keiner von der CDU und auch keiner von der SPD. – Man kann eine Lösung, so man sie will und so man ein Konzept dafür hat, natürlich nur in totaler Harmonie und Synchronisation mit den wichtigen Schutzmächten Hand in Hand lösen. Aber die Schutzmächte dürfen natürlich auch erwarten können, einmal zu hören, welche Vorstellungen die Berliner Kommunalpolitiker dazu eigentlich haben.

[Beifall bei der CDU]

Bisher ist doch der Standpunkt der Schutzmächte: Von uns aus vielleicht nicht unbedingt, unsere Transportmittel funktionieren; wenn der Senat, wenn die Berliner Lokalpolitiker etwas haben wollen, dann müssen sie mal kommen, dann müssen sie Vorstellungen entwickeln und sie uns vortragen. Bis das nicht passiert ist, sollte man sich nicht ein Alibi von den Schutzmächten besorgen, so wie es jahrelang gemacht wurde.

[Beifall bei der CDU]

Wir müssen uns in Erinnerung bringen – ich habe es an anderer Stelle gesagt, und ich vertrete das heute noch –: In 1961, als diese Stadt – wenige haben ja eine Ahnung, worüber manchmal geredet wird – in einer Ohnmachtsituation mit den Zähnen knirschte, hat sich das in einer politischen Ersatzhandlung entladen, das muß man klar sagen, und dazu darf man sich heute noch bekennen, das ist doch nicht schlimm. Aber dann ist diese politische Ersatzhandlung in Berlin zur heiligen Kuh gemacht worden, und dann hatte ich manchmal den Eindruck, daß hier die Fronten völlig verschoben waren. Während man im Zuge der Koalitionspolitik in Bonn 1969/1971 Entwicklungen registrieren mußte, von denen ich als alter konservativer CDU-Mann gar nicht zu träumen wagte, die mich erfreuten und deren Nutzen ich genieße – wir sind doch so weit, locker darüber zu reden –, hat man in dem Bereich des Verkehrs, speziell im S-Bahn-Bereich, den Eindruck gehabt, bei der SPD in Berlin sitzen in Sachen S-Bahn die letzten „kalten Krieger“.

[Beifall bei der CDU]

Das habe ich nie verstanden. Und ich sage Ihnen, es gibt immer noch einige bei Ihnen, die so denken. Zu der Zeit, als der

Regierende Bürgermeister seinen bemerkenswerten Vorschlag der Berliner Öffentlichkeit machte, faßte zeitgleich der Kreisverband Reinickendorf der SPD einen Beschluß und sagte: Heben wir doch die S-Bahn-Trasse von Tegel nach Heiligensee auf, und bauen wir darauf eine Autobahn.

[Heiterkeit bei der CDU]

Das haben die getan, Sie hier können dafür nichts. Aber hier stellt sich die Frage nach dem verkehrspolitischen Verständnis Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren. Herr Kollege Thomas, Herr Kollege Dr. Rüter, es war so; ich habe es in der „Berliner Stimme“ gelesen.

[Thomas (SPD): Bei der Delegiertenkonferenz in Reinickendorf sind alle ein bißchen chaotisch! – Heiterkeit – Rheinländer (SPD): „Ich trinke Jägermeister, weil ich aus Reinickendorf komme“!]

Was auch immer der Hintergrund dieser bemerkenswerten Äußerung einer politischen Gruppierung Ihrer Partei gewesen sein mag, es ist die Frage berechtigt, wie Sie eigentlich zu dem stehen, was der Regierende Bürgermeister hier als Verkehrsakzent gesetzt hat. Dazu sollten Sie einmal etwas sagen, damit wir wissen, ob der Regierende Bürgermeister hier frei im Raum turnt oder ob er in dem Punkt die volle Zustimmung der Fraktion hinter sich hat. Das ist eine wichtige Arbeitsvoraussetzung für dieses Haus und für die Kollegen im Ausschuß für Verkehr und Betriebe.

[Longolius (SPD): Wenn Sie uns endlich mal ans Rednerpult ließen, würden wir Ihnen das schon erklären!]

– Ich genieße die Freiheit der Geschäftsordnung, um alles das in Ruhe und Ausführlichkeit zu sagen, was ich für notwendig halte.

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU]

Ich fühle mich hier sozusagen ungebunden – zeitlich ungebunden – wie jeder Senator, der reden kann, was und wie lange er will. Das tue ich jetzt hier auch.

[Simon (CDU): Im Vorgriff! Gute Übung! – Heiterkeit und Beifall bei der CDU]

Ich glaube, diese lockere Art, miteinander zu diskutieren, ist die richtige, um voranzukommen im Gespräch und sich nicht gegenseitig Vorhaltungen zu machen. Ich habe da einen Zuruf gehört, ich möchte dem widersprechen: Ich habe das hier in Sachen Verkehrsdiskussion nicht erst zu lernen brauchen, das ist etwas, was ich in dieser Sache immer mitgebracht habe. – Eine ganz andere Sache ist meine Leidenschaft für Zwischenrufe; aber darüber ist jetzt nicht zu reden. –

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Striek (SPD): Da haben Sie recht! – Heiterkeit]

Ich repliziere: Die S-Bahn wurde jahrelang ignoriert; die U-Bahn entwickelte sich unter Duldung vieler und vielleicht unbeachtet zu einem Konkurrenzsystem und steht – das ist unsere Chance, meine Damen und Herren – gerade in einem Entwicklungsstadium, wo man noch eingreifen kann, ich sagte das eingangs schon, an einem Punkt, in dem man noch Korrekturen der U-Bahn-Schnellverkehrsplanung vornehmen kann, ohne nennenswerte finanzielle Spuren hinterlassen zu müssen. Der Bus wiederum – auch das muß einfach mal registriert werden – ist innerhalb des Systems BVG in den Jahren zu einer Konkurrenz der U-Bahn geworden. Die BVG hat alle Mühe, betriebswirtschaftlich richtige Schnitte zu machen. Stellt sie zum Beispiel den 66er ein, dann schreien alle bedeutenden Politiker im Süden: Der muß aber weiter auf der Avus fahren! – Bloß um mal zu zeigen, wie es konkret aussieht. – Wir müssen Abschied nehmen von solchem Luxus – auch im öffentlichen Nahverkehr,

[Beifall]

auch Abschied von solchem Luxus – ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. – Auch öffentlicher Personennahverkehr muß sich einer gewissen begrenzten betriebswirtschaftlichen Betrachtung unterziehen. Wenn wir hier in Berlin mit Genehmigung des geschätzten Finanzministers – wer es auch immer

Wronski

- (A) sei – die Vorgabe von 40 % Kostendeckungsgrad haben, dann weichen wir damit immerhin um 50 % von dem Kostendeckungsgrad ab, den der VÖV – Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe – sich selbst zur Norm gesetzt hat, nämlich 60 %. Da sind wir also schon gut bedient. Wir sollten uns alle in der nächsten Legislaturperiode anstrengen, um diesem hehren Ziel der 40 % näherzukommen.

[Beifall des Abg. Thomas (SPD)]

Wenn dann die Kollegen, die es einbringen müssen – wahrscheinlich wir –, es richtig begründen, dann können wir wohl auch sicher sein, daß wir eine einvernehmliche Regelung dafür bekommen.

- Die Leitlinie kann also, wenn man über die S-Bahn redet, nur sein, eine sinnvolle, abgestimmte Aufgabenverteilung der Verkehrsträger zu erreichen: S-Bahn – schnell, U-Bahn – ziemlich schnell, Bus – relativ langsam. 50 km/h Reisegeschwindigkeit prädestinieren ein Verkehrsmittel für bestimmte Aufgaben, 32 km/h mittlere Reisegeschwindigkeit ein anderes, 15 bis 18 km/h mittlere Reisegeschwindigkeit bleiben für ein Verkehrsmittel übrig, und dieser Aufgabe muß sich dieses Verkehrsmittel bewußt stellen, dem muß es sich einordnen. Wenn ich eine solche Aufgabenverteilung hier andeute, bedeutet das natürlich gleichzeitig, eine gewisse Vorstellung davon zu haben, was man mit einer möglicherweise reaktivierten S-Bahn denn eigentlich machen sollte. Aus meiner begrenzten Sicht, die ich heute habe, darf ich mal notieren: Es wird nicht dazu kommen können, pauschal alle 145 Kilometer existentes S-Bahn-Gleisnetz zu reaktivieren; einmal, weil es andere Verkehrsträger gibt, die da schon eine Partie spielen, andererseits, weil natürlich die finanziellen Mittel begrenzt sind, schließlich aber, weil die Bedürfnisse ganz offensichtlich bei diesem Schnellverkehrsmittel – S-Bahn – schon rein optisch sichtbar beim Blick auf die Karte anders gruppiert sind. Der Charakter des klassischen S-Bahn-Systems hat stark gelitten durch die Zäsur 1961 – das wissen wir alle. Von einem Ring kann nicht mehr gesprochen werden; heute müssen die Bemühungen darauf abgestellt sein, die Rumpfstücke des Ringes mit den Rumpfstücken der Magistralen, der Radialen nach Nord und Süd und nach West so sinnvoll miteinander zu verknüpfen, daß daraus ein System werden kann, daß das bei gleichzeitiger Einbindung des übrigen Schnellverkehrssystems, des sehr modernen U-Bahn-Systems, zu einem insgesamt integrierten schienengebundenen Schnellverkehrsnetz werden kann. Es besteht die realistische Möglichkeit, an 30 Punkten diese beiden Schnellverkehrssysteme miteinander zu verknüpfen. In diese Richtung müssen – so es etwas wird – die planerischen Ansätze gemacht werden.
- (B) Nicht zuletzt fordern ja auch ökonomische Überlegungen zu einer solchen Betrachtung heraus: Wer erschrickt nicht, wenn er registrieren muß, daß allein die 7,8 Kilometer U-Bahn, die jetzt auf der Linie 8 gebaut werden, nach dem Stand 14. 10. 1980 laut Bausenator 1 030 000 000 DM kosten werden. Das sind doch Größenordnungen, die man erst wahrnimmt, wenn man sie in der Gesamtbetrachtung aufgelistet bekommt. Wenn wir Jahr für Jahr für 200 Mio DM U-Bahn bauen, dann ist das eine Größenordnung, mit der man sich hier schon abgefunden hat. Wenn man aber sieht, auf welches Ziel das hinausläuft, ist die Frage notwendig: Wo ist das Ende der klassischen 200 Kilometer-Planung für die U-Bahn in dieser Stadt? Können wir sie noch weiter betreiben? – Und den Naturschützern sage ich: Denken Sie einmal ein bißchen darüber nach: Damit dort im Zug der Linie 8 eine alte Baumallee im Bereich dieser U-Bahnbaustrecke, ich glaube, von 23 Jahre alten Bäumen geschont wird, sollen zusätzlich 50 Mio DM für einen Schildvortrieb aufgewendet werden, damit man unter den Wurzeln dieser Bäume, dieser 23, 24 Bäume, durchmarschieren kann. Können uns diese Bäume, diese Wurzeln so wertvoll sein, daß wir einen so hohen Anteil an Investitionsmitteln dafür aufwenden? Könnte man nicht auch bei sorgfältiger Abwägung sagen: Hier machen wir es mit dem notwendigen Aufwand, wenn es denn schon sein muß? – Das nur einmal zum Nachdenken in diesem Zusammenhang.

Was aber unabhängig von den bestehenden Planungsunterlagen aus unserer Sicht erforderlich ist – und damit meine ich die Nahverkehrskonzeption der Senatsplaner –, wäre eine ergänzende integrierende Verkehrsplanung von Nichtsenatsplanern – womit ich aber kein Mißtrauen gegen dieselben im nachhinein hier vortragen will. Wir halten es schon für sinnvoll,

- daß ähnlich wie in anderen Bereichen – wir haben eine Anregung zum Komplex Recycling gegeben – potente, auf dem einschlägigen Markt vorhandene Andere – so möchte ich sie einmal nennen, ohne hier irgend jemand präferenzieren zu wollen –, andere Verkehrsteilnehmer, uns einmal ein integriertes Verkehrsnetz für die Stadt Berlin (West) mit der – wenn auch ganz weiten – Perspektive einer künftigen Einbindung des gesamten Areals Groß-Berlin erstellen, und zwar unter wirklich integrierenden Gesichtspunkten, sowohl öffentlicher Personennahverkehr wie auch Individualverkehr. Daß eine derartige Betrachtung nicht ganz überflüssig wäre, ist uns ja erst kürzlich wieder durch das DIW vorgehalten worden.
- (C)

Unbeirrt durch die finanziellen Belastungen, die auf die Individualisten in Deutschland zukommen – das Ende ist ja nicht abzusehen, mal greift der Staat zu, mal greifen die Multis zu, mal greifen andere zu, irgendeiner greift immer zu –, ist offenbar der deutsche Individualist immer noch bereit, ganz gegen jede ökonomische Vernunft über sein Vehikel einen immensen Beitrag an Steueraufkommen beizubringen. Wehe dem Finanzminister, er müßte das registrieren, was der Energieminister erhofft von dem Preis, dann würde er also einen Einbruch in seine Steuereinnahmen erleben. Übrigens auch eine sehr gegensätzliche Argumentation, aber das ist eine Sache für den Bundestag, nicht für uns. Aber auch in Berlin merkt man, daß man nicht gegensätzliche Interessen in gleiche Verpackungen tun kann.

Also ein solches integriertes Gesamtverkehrskonzept für diese Stadt ist nötig. Dazu gehören – und das ist mein Lieblingsthema, und ich wiederhole es, und zwar deswegen, weil hier seit Jahren ständig penetrant, hartnäckig gesündigt wird – die letzten 3,50 DM für die Anlage von Park-and-Ride-Plätzen. Wir leisten uns in unserer Stadt mit einem Mords-Milliarden-Aufwand – ich habe die Linie 8 eben zitiert, die ins Märkische Viertel geht – ein Schnellverkehrsmittel, und bei den letzten paar Mark, an denen sparen wir und verplumpern damit die Chance, einen Wechsel vom individuellen aufs öffentliche Nahverkehrsmittel zu erzielen und anzulocken. Nach jahrelangem Reden darüber haben wir jetzt sage und schreibe in Berlin (West) 500 Stellplätze, die es einem Autofahrer ermöglichen, auf die U-Bahn umzusteigen. Hamburg hat derzeit 7500 Stellplätze, München – wie gern sage ich das hier in diesem Zusammenhang – hat zur Zeit 8500 im Einzugsbereich seiner U-Bahn und steuert die 14 500 an. Das ist Musik für Verkehrsplaner.

(D)

[Dr. Waller (SPD): Das kann man nicht vergleichen!]

Wie dörflich ist unser Niveau in diesem Punkt hier in Berlin! Herr Bausenator, wenn Sie Gelegenheit haben sollten, da in den nächsten Jahren einwirken zu können, das ist wichtig! Ich kann Ihnen sagen, der nächste Bausenator muß das machen. Denn wenn wir die Verkehrsprobleme auch von dieser Seite her anpacken wollen, ist einfach nicht zu verstehen, warum man die offen zutage liegenden Möglichkeiten nicht nutzt.

Eine weitere Überlegung sollte natürlich ein solcher integrierter Verkehrsplan, und das wird er ja dann auch, berücksichtigen: Im öffentlichen Verkehrsbereich verzeichnen wir, anders als in den prognostizierten und bisher immer eingetretenen Zuwachsraten im Individualverkehr, eine gewisse Stagnation. Seit Jahren registrieren die öffentlichen Verkehrsmittel in unserer Stadt eine jährliche Personenbeförderungszahl, die in einer Größenordnung von 550 bis 560 Millionen liegt, alle beide zusammengerechnet. Man kann die S-Bahn vernachlässigen, weil sie aus den bekannten Gründen wenig Fahrgäste befördert. Zu gut Deutsch: Es stellt sich hier die Frage, und die muß geprüft und beantwortet werden, ist denn möglicherweise das Verkehrspotential, genauer gesagt der Kundenkreis, für den öffentlichen Personenverkehr schon ausgeschöpft? Werden künftige und seien es noch so gewaltige Anstrengungen überhaupt neue Kundenkreise für den öffentlichen Personennahverkehr aufschließen können? Eine wichtige und notwendige Betrachtung, die vorher anzustellen ist, bevor man weitere U-Bahn-Planungen und bevor man S-Bahn-Reaktivierung und bevor man Schnellverkehrseinbindung in einen Verbund hinein in Angriff nimmt.

Wir haben diese Große Anfrage unter die Überschrift „S-Bahn-Planung“ gestellt, und ich möchte jetzt zu diesem außerordentlich schwierigen –

[Frau Renner (SPD): Zum Thema!
– Rheinländer (SPD): Waren das die
Eingangsbemerkungen?]

Wronski

- (A) - Ich habe Sie nicht verstanden! - Nein, ich komme jetzt ganz langsam zum Schluß.

[Vetter (F.D.P.): Aber schön langsam!

- Thomas (SPD): Wir sind auf 18 Uhr eingerichtet!

- Landowsky (CDU): Dann erkläre ihnen das doch mal!]

Wir wollen hier also festhalten, daß zu dem von keinem bestrittenen Ziel einer S-Bahn-Reaktivierung, einer Einbindung in ein gesamtes Netz, der erste Schritt gemacht ist. Der erste Schritt ist die Absichtserklärung, die ist notwendig. Bevor diese Äußerung nicht gemacht wurde, und zwar nicht von der kopfmäßig unterlegenen Opposition - -

[Zuruf von der SPD]

- Ja, ich sage ja, stückzahlmäßig! - Wir sagen das ja seit Jahren. Ich hoffe, wir sind uns darüber einig, das ist das Problem in der Demokratie. Zwei Halbtoren haben mit ihrer Stimme mehr Gewicht als ein politischer Weiser! Ein ernstes Problem, meine Damen und Herren!

[Dr. Meisner (SPD): Was folgern Sie daraus?]

Womit ich nicht behaupten will, daß bei Ihnen die Halbtoren und bei uns die politischen Weisen sitzen, wahrscheinlich ist die Mischung sehr heterogen. Aber das ist in der Tat ein demokratisches Problem, und deswegen werben wir ja so sehr und sind ja so dankbar, daß wir bei so wenigen Gelegenheiten, wie zum Beispiel der hier heute, mal in ein Gespräch kommen,

[Beifall bei der CDU]

und nicht nur in eine Konfrontation und eine Aufzählung von Positionen. Da sind wir dann zufrieden, daß wir das zum Fenster hinaus gesagt haben, gehen befriedigt nach Hause und sind in der Sache kein Stück weitergekommen.

[Frau Renner (SPD): Das Gespräch ist bisher sehr einseitig!]

- (B) - Na ja, gut, wie auch immer! - Der erste Schritt, das erkennen wir mit Genugtuung an, steht in voller Übereinstimmung mit unserem jahrelangen Bemühen, ist gemacht. Es gibt eine Erklärung der Stadtregierung, wir wollen die S-Bahn reaktivieren. Aber der zweite und der dritte und der vierte Schritt bringen die Probleme. Wie wäre es denn - ich sage das mal so für mich, für den Abgeordneten Wronski, bloß mal so als Gedankenspieler und aus gutem Grund sage ich das für mich, um nämlich niemanden zu binden, weder Sie noch uns noch sonst jemand -, der Senat würde einmal in geeigneter Weise eine Offerte zur Zusammenarbeit an die Reichsbahn abgeben? Es ist eine alte Lebensweisheit, wer rein will durch die Tür, der muß anknöpfen.

[Landowsky (CDU): Oder es sind Hausbesetzer, die klopfen nicht an!]

Bevor das nicht der Fall ist, bevor das nicht gemacht ist, kann man nicht ein Echo kritisieren oder ablehnen, was überhaupt nicht da ist. Ich empfehle eine geeignete Offerte.

[Momper (SPD): Er will Eintrittsgeld bezahlen!]

- Kollege Momper, lassen Sie das sein, Sie gehen unter, sage ich Ihnen, wenn Sie mit mir in Sachen Verkehr anfangen wollen!

[Heiterkeit - Frau Renner (SPD): Das geht zu weit!]

Wenn dann der Senat, so möchte ich mal generalisierend sagen, auf ein entsprechendes Schreiben an die Reichsbahndirektion in Ost etwa eine Antwort kriegen sollte „und haben wir zuständigkeitshalber Ihr Schreiben an das Verkehrsministerium der Deutschen Demokratischen Republik weitergeleitet“, dann wäre aus meiner Sicht zunächst einmal der erste Versuch gescheitert. Immerhin wäre eine solche Feststellung auch ein politisches Faktum. Ich rechne mit der ökonomischen Interessiertheit der dialektischen Materialisten. Und da unterstelle ich gleichzeitig, daß etwa auf dieser Ebene Interessenausgleiche denkbar sind - Interessenausgleiche, meine Damen und Herren, Geben und Nehmen gehören zusammen, besonders der kann es fordern, der es bezahlt!

(C) Gegen diesen Grundsatz ist in der zurückliegenden Zeit aus unserer Sicht manches Mal verstoßen worden; hier dürfen wir das im wahrsten Sinne des Wortes teure Lehrgeld einmal nicht in Ansatz bringen, das braucht hier nicht bezahlt zu werden.

Wie wäre es mit einer Offerte für

- gegenseitige Informationen, daß also aufmerksam gemacht wird auf bestehende Umsteigemöglichkeiten;
- Fahrplanabstimmungen
- Übergangsberechtigung infolge des gelösten Fahrscheins

Das muß ja noch kein Verbund sein, das kann eine gegenseitige Anerkennung und Akzeptierung sein. Der Verbund selbst ist ein besonderes Problem; es hat in Hamburg sechs oder sieben Jahre gedauert, bis sich die Hamburger Verkehrs AG und die Bundesbahn dort geeinigt haben, in München hat es, glaube ich, auch so drei/vier Jahre gedauert; das ist also selbst unter Gutwilligen, die beide ein gleiches kommerzielles und verkehrspolitisches Ziel haben, eine schwierige Sache gewesen. Wieviel schwieriger wird das wohl hier sein?! Dafür haben wir Verständnis, wofür wir kein Verständnis hätten, wäre ein „weiteres Treten auf der Stelle“.

Meine Damen und Herren, drittens - ich habe das eingangs schon erwähnt -: Lückenlose Information, Konsultation - und bitte, meine Damen und Herren Kollegen, nicht Konfrontation - mit den Schutzmächten, ist dabei selbstverständliche Voraussetzung für alle Vorhaben, die sich in diesem Bereich bewegen.

Schließlich, sage ich mal, wären auch Sondierungen interessant, ob und unter welchen Randbedingungen sich die Reichsbahn von Ihrer Betriebspflicht in Berlin (West) entbinden lassen würde. Sondierungen natürlich mit dem Ziel, dieses Verkehrsmittel dann in geeignet organisierte Eigenregie zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, was hier unter Punkt 2 von uns erfragt wird, soll das Bild abrunden. Damit Sie sich nicht irritiert fühlen: Wir sehen auch die baulichen Maßnahmen, die Nebenmaßnahmen, Folgemaßnahmen, die im Zuge von Autobahn- und Straßenbau an den Objekten der Reichsbahn, der S-Bahn mitgemacht wurden, als eine Leistung an, die, wenn man sie reaktiviert, der S-Bahn auch wieder praktisch zugute kommen. So wollen Sie also bitte unsere Frage 2 verstehen, und ich schätze, daß wir uns da auch über zwei- oder gar dreistellige Millionenbeträge werden unterhalten müssen.

Abschließend eine Bemerkung, und dann verlasse ich das Podium: Verkehrspolitik ist eine - gottlob, sage ich immer - Sache, die man durch Fakten und Sachorientiertheit fast leidenschaftslos betreiben kann. Sie wird eben im wesentlichen durch objektive Fakten und meßbare Werte bestimmt. Auch jahrelanges Ignorieren dieser Grundtatsachen kann auf Dauer das sachlich Richtige nicht verhindern, wie wir ja gesehen haben am Einschwenken des Senats auf eine sachlich richtige Aussage unserer Fraktion, die wir seit Jahren hier im Hause gepflegt haben. Und wir sind sogar ziemlich sicher, daß nach dem 10. Mai diese von mir getroffene Aussage auch für den übrigen Verkehrsbereich, den der überörtlichen Straßenplanung, wieder Geltung haben wird, meine Damen und Herren. - Ich danke für Ihre wirklich strapazierte Aufmerksamkeit!

[Anhaltender Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat nun Herr Senator Dr. Brunner.

Dr. Brunner, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für einen Augenblick, lieber Herr Kollege Wronski, hatte ich das Gefühl, daß wir zur Kategorie der Hausbesetzer in Berlin auch eine neue Kategorie der Podiumsbesetzer hätten.

[Heiterkeit]

Aber ich danke Ihnen sehr für ihren Beitrag; er war sehr lehrreich, sehr objektiv, und er zeigte, daß über die Jahre alle Parteien immer wieder auch ihre Positionen gewechselt haben, mit Ausnahme vielleicht einer einzigen Partei; ich überlasse es Ihnen zu raten, um welche es sich dabei handelt.

Bm Dr. Brunner

- (A) Wir haben am 11. Februar die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters zu den Fragen der Verkehrsplanung gehört; sie hat einen Teil der Antwort auf Ihre Große Anfrage vorweggenommen.

Sie befassen sich in Ihrer Großen Anfrage mit zwei Aspekten, mit der Fortentwicklung der Gesamtverkehrsplanung und mit der besonderen, alle Berliner interessierenden Frage der S-Bahn. Ich möchte versuchen, auf die beiden Aspekte einzugehen.

Am 18. Februar hat bereits der Senator für Bau- und Wohnungswesen eine Antwort gegeben zu der Planung von Projekten, die weiterlaufen sollen, im Gegensatz zu denen, die er einzustellen gedenkt, und zu den Projekten, die er beschleunigen will. Auch diese Antwort bezieht sich teilweise auf Ihre Anfrage.

Ich komme nun spezifisch zu den Punkten, die Sie aufgeworfen haben. Wir gehen bei der Entwicklung der Verkehrsplanung von dem aus, was 1977 festgelegt worden ist, was aber immer angepaßt werden muß an neue Umweltbedingungen, angepaßt werden muß an die Verkehrsdichte, an die Verkehrsnachfrage. Insoweit ergibt sich auf der Basis dessen, was vereinbart war zwischen den Koalitionsfraktionen, eine gewisse Anpassung. Und hierzu gehört in erster Linie bei gebührender Beachtung des Prinzips, daß wir den Personennahverkehr besonders fördern wollen, ein Punkt, nämlich, daß wir in Zukunft die S-Bahn stärker einbeziehen wollen. Wir haben im Senat hierzu eine Kommission gebildet; sie steht unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters. Diese Kommission hat zwei Arbeitsgruppen, die eine befaßt sich mit den rechtlichen und politischen Aspekten - und sie wird von dem Regierenden Bürgermeister präsiert -, die andere Kommission - deren Vorsitz ich habe - befaßt sich mit den verkehrstechnischen und planerischen Aspekten.

Wir müssen von Anfang an darauf hinweisen, daß dieser Komplex S-Bahn etwas ist, was über lange Zeit Anstrengungen erfordern wird. Wir wollen niemandem in Berlin vormachen, daß dies eine leichte Aufgabe oder daß dies schnell zu lösen sei; aber wir mußten diese Frage endlich anpacken, und das haben wir jetzt getan.

- (B) Wir gehen davon aus, daß die U-Bahn-Bauten der Linie 7 nach Spandau und der Linie 8 ins Märkische Viertel fortgesetzt werden; wir werden die Linie 10 hingegen nicht mit der gleichen Priorität versehen wie bisher, sondern wir werden die Priorität auf die Verlängerungslinie nach Lankwitz legen. Dies zum U-Bahn-Bau.

Wir werden uns gleichzeitig bemühen, den Bus-Verkehr zu verbessern, ihn durch weitere Sonderfahrstreifen zu fördern. Wir werden uns auch darauf konzentrieren, alles das, was wir an Bemühungen auf dem Sektor neuer technischer Systeme begonnen haben, wie etwa der M-Bahn, fortzusetzen. Dies erfordert in einer Zeit leerer Kassen schwierige Verhandlungen. Ich werde nächste Woche mit dem Bundesforschungsminister über diesen besonderen Aspekt noch einmal sprechen. Wir in Berlin haben ein besonderes Interesse, daß dies fortgesetzt wird, und Berlin ist ein besonders günstiger Standort für dieses Experiment. Wir werden also daran festhalten.

Nun ist es so, daß wir gleichzeitig nicht außer acht lassen können, daß aus Energiespargründen und aus ökologischen Gründen eine Reihe von anderen Experimenten fortgesetzt werden muß. Hierzu gehört die Fortsetzung des „Hybridbusses“ hierzu gehört auch, daß wir weiter mit Methanol experimentieren werden. Sie haben ja in den letzten Tagen vielleicht gelesen, daß wir hier einige Fortschritte zu verzeichnen haben. Wir werden also diese umweltgünstigen Experimente nach Kräften fortsetzen.

Wir gehen bei der Gesamtverkehrsplanung ja nicht von einem Fachwissensstand Null aus, sondern hierzu gibt es eine zahlreiche Literatur. Es hat hier in Berlin, wie Sie wissen, Herr Kollege Wronski, mehrere Erhebungen gegeben. Es gibt eine Studie über den detaillierten Nahverkehr von 1974. Wir haben außerdem die Erhebungen über die S-Bahn von 1976, und wir haben jetzt die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Januar dieses Jahres. Dies sollte eine gute Grundlage für die weiteren Überlegungen sein. Wir werden zu gebührender Zeit mehr Fachverstand noch mobilisieren und werden versuchen, diese Erkenntnisse fortzusetzen.

Sie fragen nach der Verkehrsentwicklungsplanung, und hierzu möchten wir Ihnen sagen:

1. Über die bereits im Bau befindlichen Autobahnen hinaus und über die Anbindung der Autobahn nach Hamburg hinaus ist nicht vorgesehen, weitere Autobahnen zu bauen. (C)

2. Was den überregionalen Verkehr angeht, so werden wir auch im wesentlichen mit dem auskommen müssen, was wir haben. Wir werden punktuell diesen Verkehr zu verbessern suchen. Wir werden insbesondere versuchen, zur Verkehrsberuhigung beizutragen.

3. Dies führt mich zu dem dritten Punkt: Verkehrsberuhigung in sich selbst. Er hat große Bedeutung. Diese Stadt Berlin muß auch im Verkehr eine humane, freundliche Stadt werden.

Es ist immer wieder bedrückend, festzustellen, daß Berlin die Stadt mit den meisten toten Kindern durch Verkehrsunfälle ist. Es ist bedrückend, festzustellen, daß ein Teil unserer Mitbürger - ältere Menschen - durch den Verkehr in erheblichem Maße belastet und gefährdet werden. Wir müssen hier versuchen, zusammen etwas zu unternehmen. Hierzu gehören auch die Überlegungen, die ich in eigener Verantwortung anstelle, über Experimente in Wohnstraßen mit Tempo 30. Wir wollen sehen, daß wir dies gedeihlich fortentwickeln, und dazu brauchen wir die Unterstützung aller.

[Beifall bei der F.D.P.]

- Das war mal Applaus von der richtigen Seite.

4. Wir müssen darüber hinaus - und da sind wir uns ja auch einig, Herr Kollege Wronski - als Fahrradfan kann ich das sicherlich unterstellen -, daß wir mehr Fahrradwege brauchen, daß wir das Park + Ride-System weiter entwickeln wollen. Hierauf wollen wir auch unsere Bemühungen in nächster Zeit konzentrieren. Hierzu ist auch in der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters etwas gesagt worden.

Wir kommen nun zu der Frage, die Sie besonders angeschnitten haben: S-Bahn. Hier muß man zunächst einmal eines festhalten: Wir haben bisher weder direkt noch indirekt die Reichsbahn in West-Berlin subventioniert.

Zweitens: Wir wissen, wir stehen am Anfang von schwierigen Verhandlungen, und wir wissen, es ist nicht gut, wenn wir diese schwierigen Verhandlungen, die noch nicht einmal recht über die Sondierungsphase hinaus gedeihen konnten - das kann ja niemand erwarten -, durch öffentliche Bekundungen mit einer präzisen Festlegung über die genaue Bedürfnislage nach S-Bahn-Verbindungen in West-Berlin belasten. Dies wollen wir vermeiden. (D)

Wir können aber sagen: Dieses S-Bahn-System wäre, wenn es in gebührender Weise eingesetzt werden könnte in ein integriertes System, etwas, was uns außerordentlich entlasten würde. Allein wenn wir eine Wannsee-Bahn hätten, hätten wir für viele Berliner eine erhebliche Zeitverkürzung, hätten wir sehr viel bessere Transportmöglichkeiten.

Und wir können darauf hinweisen: Wir haben in den letzten Jahren auch einiges getan, um die S-Bahnhöfe instandzuhalten. Wir haben die Bahnhofshallen verbessert, wir haben die Treppen verbessert, wir haben gelegentlich auch Arbeiten an den Fahrkartenschaltern gemacht. Diese Ausgaben belaufen sich auf 12 674 000 DM. Das ist eine erheblich große Summe. Und wenn man die einzelnen Stationen durchgeht, in denen in Berlin etwas geschehen ist, dann sieht man: Es ist eine ganze Menge geschehen. Denn wenn Sie sich ansehen, was geschehen ist in den Stationen Steglitz, Wittenau, Innsbrucker Platz, Putlitzstraße, Eichbornstraße, Hermannstraße, dann ist das doch bemerkenswert und eine große Good-will-Bemühung seitens des Senats. Ich glaube, dies sollten wir nicht unterschlagen.

Bei den Überlegungen, die wir in Zukunft anzustellen haben, müssen wir ein wenig einfallsreich sein. Wir haben manches noch nicht untereinander besprechen können. Aber vielleicht wäre es doch nicht so töricht, einmal daran zu denken, ob wir nicht in der nächsten Zukunft schon eine gewisse Erleichterung für S-Bahn-Benutzer, die dann das BVG-System anschließend benutzen, vorsehen könnten. Dies sind Dinge, die sorgfältig überlegt werden müssen. Aber wenn wir es fertigbrächten, daß wir diesen S-Bahn-Benutzern eine gewisse Ermäßigung besorgen, dann könnten wir schon ein wenig eine auf eine Erneuerung unseres Verkehrssystems gerichtete Geste machen. Wir könnten damit zugleich kundtun, daß wir in der Tat, so wie es das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vorsieht, unsere Vorstellungen über ein zukünftiges,

Bm Dr. Brunner

- (A) einige S-Bahn-Strecken einschließendes Verkehrssystem schon zu einem konkreten Punkt geführt haben.

Weiter zu gehen, wäre in der jetzigen Situation nicht klug. Wir müssen in den Arbeitsgruppen unsere Bemühungen voranbringen. Wir werden Ihnen von Zeit zu Zeit darüber berichten. Ich hoffe, daß wir in absehbarer Zeit dann auch in der Lage sind, ein wenig Licht in dem Tunnel zu sehen, um den Punkt zu erreichen, wo wir in der Tat eine begründete Aussicht hätten, mit den Jahren die S-Bahn in einigen Strecken, die jetzt nicht benutzt werden, in ein integriertes Berliner Verkehrssystem einfügen zu können. - Vielen Dank, Herr Präsident!

[Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Giesel.

Giesel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben eben eine verhältnismäßig kurze und knappe Antwort auf unsere Große Anfrage

[Heß (SPD): Unverhältnismäßig große Anfrage!]

gehört, die der Kollege Wronski mit der Einladung zum unvoreingenommenen Gespräch sehr ausführlich begründet hatte. Ich muß sagen, Herr Senator, ohne jetzt allzu kritisch sein zu wollen, wir sind aus verschiedenen Gründen recht enttäuscht.

- (B) In der ersten Frage hatten wir darauf abgehoben, welches die verkehrspolitischen Schlußfolgerungen des Senats aus der Prognose der Entwicklung des Personennahverkehrs sind. Darauf sind Sie leider überhaupt nicht eingegangen. Sie haben lediglich gesagt, der Senat beabsichtige, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern, Sie hätten Kommissionen gebildet usw. Sie sind nicht darauf eingegangen - dazu empfehle ich Ihnen die Lektüre des DIW-Gutachtens -, daß wir in der Zukunft erhebliche Verschiebungen auf dem gesamten Verkehrssektor zu erwarten haben. Ich darf bloß darauf hinweisen, daß auf der Grundlage von Zahlen, die bedauerlicherweise auch schon wieder aus dem Jahre 1976 stammen, in dem Gutachten prognostiziert worden ist, daß bei einer abnehmenden Bevölkerungszahl die Zahl der Fußwege bis zum Jahr 2000 entsprechend proportional zur Bevölkerungszahl abnimmt, daß die Beförderungszahlen im öffentlichen Verkehr um etwa ein Drittel zurückgehen und daß die Pkw-Fahrten in dieser Stadt um etwa 8 % steigen. Das sind Dinge, die man wenigstens in der Tendenz berücksichtigen muß, wenn man vernünftige, integrale Verkehrsplanung betreiben will. Aufgrund Ihrer Antwort haben wir leider nicht den Eindruck, daß Sie diese Dinge mit einbezogen haben.

Sie haben von den Vorstellungen zur U-Bahnplanung berichtet. Diese litt eben gerade daran, daß die gegenseitige Verknüpfbarkeit U-Bahn/S-Bahn nie berücksichtigt worden ist. Wenn man den U-Bahnausbau für die nächsten Jahre plant, muß man aber in Alternativen denken, muß man prüfen, welche Einsparungsmöglichkeiten man beispielsweise beim U-Bahnbau erreichen kann, wenn - unter all den Schwierigkeiten, die wir kennen; darüber wollten wir im Grunde auch nicht diskutieren - die S-Bahn reaktiviert wird. Das muß heute einfach alternativ diskutiert werden; das habe ich bei Ihnen leider völlig vermißt.

Auf der gleichen Linie liegt Ihre Aussage, der Busverkehr muß verbessert werden. Wenn es wirklich gelingt - was wir wünschen -, daß es zu einer Verknüpfung von U-Bahn und S-Bahnssystem zu einem Verbund kommt, dann muß die gesamte Konzeption des Autobusverkehrs in unserer Stadt geändert werden. Dann hat er nämlich weitgehend andere Aufgaben zu erfüllen, dann kann man nicht sagen, daß der Busverkehr wie bisher weiterentwickelt werden soll.

Wenn ich höre, daß Sie sich um ein neues Verkehrssystem bemühen wollen - Sie nannten die M-Bahn -, dann frage ich mich, wer eigentlich das schnelle Zugreifen Berlins zu einer Referenzanlage für die Erprobung eines Kabinenbahnsystems verhindert hat. Mit Sicherheit doch nicht die Opposition. Wir bedauern heute noch, daß es so gekommen ist.

[Beifall bei der CDU]

Sie haben uns einige Stichworte gegeben, welche Schlußfolgerungen die Senatspolitik aus umwelt- und energiepolitischen Erfordernissen zieht. Das war etwas dünn; allein mit Hybridbussen und mit Methanolantrieb wird man den Notwen-

- (C) digkeiten des Umweltschutzes im Verkehrsbereich nicht gerecht, und ich greife in diesem Zusammenhang Ihren offensichtlich eher persönlichen Vorschlag der 30-Stundenkilometer-Begrenzung auf. Lesen Sie mal bei Professor Sukopp nach, was dies zur Folge hat: Der Schadstoffausstoß erhöht sich ungefähr um 50 %, wenn die Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 Stundenkilometer beschränkt wird. Das muß man berücksichtigen, ehe man solche Dinge in die Welt setzt; aber die Diskussion darüber ist mit Sicherheit noch offen.

Sie haben sich dann zum zweiten Fragenkomplex, der S-Bahnproblematik, geäußert. Dabei fiel mir etwas auf, was ich hier kurz ansprechen muß. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Senat auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Bislich zur weggefallenen Wannseebahn geantwortet: Das fange die BVG völlig auf; irgendwelche Störungen und Engpässe seien nicht bekannt. Heute stellt sich der Senator her und sagt - was ich für richtig halte -:

Ach hätten wir doch die Wannseebahn, wie wäre das sehr viel einfacher. Die BVG schafft es doch im Grunde nicht. - Das ist ein Widerspruch; bedauerlich, daß so etwas vorkommt, aber Sie hatten in diesem Fall völlig recht, Herr Senator.

Wir hatten gefragt, wie der Senat auf eine mögliche Integration der S-Bahn in den öffentlichen Personennahverkehr vorbereitet ist. Der Kollege Wronski hatte es schon in der Begründung angedeutet, aber nach Ihrer Antwort, Herr Senator, muß ich es wiederholen. Wir hatten, wenn man von senatsseitigen Äußerungen ausgeht, im Januar 1975 in diesem Hause den Bericht des Planungsteams Nahverkehr zu diskutieren. In diesem Bericht war zu lesen, daß man trotz der politischen und rechtlichen Komplikationen in bezug auf die S-Bahn das Verbunddenken unbedingt aufrechterhalten solle und es nicht erst in die Planung einfließen lassen dürfe, wenn es zu spät ist. Im Jahre 1978 ist dann der Bericht zur Verkehrsentwicklungsplanung vorgelegt worden, dem kiloschwere Materialien beigelegt waren. Wir haben erstaunt feststellen müssen, daß die Problematik S-Bahnverkehr völlig ausgeklammert war. Das heißt also, der Senat hat sich über Jahre hin überhaupt nicht darum gekümmert, hat diese Frage bewußt beiseite gelassen. Deshalb ist es zwar im Grunde erfreulich, daß der Senat jetzt eine Kommission gebildet hat und sich auch um den S-Bahnverkehr kümmert, aber wir müssen leider feststellen, daß bisher der Senat nichts unternommen hatte, um auf einen eventuellen Einbezug der S-Bahn in das gesamte Verkehrssystem unserer Stadt vorbereitet zu sein.

(D) Dann hatten wir gefragt, welche Untersuchungen zu diesem Komplex vorliegen. Sie haben selbst auf die Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hingewiesen. Ich muß noch einmal auf meine vorherigen Ausführungen zurückkommen: Die Zahlen, die dieser Untersuchung zugrunde liegen, stammen aus dem Jahr 1976, sind also nicht ganz taurisch. Es sind damals 29 500 Haushalte befragt worden. Es stellt sich die Frage, ob das ein ausreichendes Zahlenmaterial ist, um Verkehrsentwicklungsplanung mit Blick auf die S-Bahn betreiben zu können. Ich glaube, der Senat müßte noch auf andere Dinge zurückgreifen, und im übrigen gibt es auch anderes Material. Beispielsweise gibt es die Nahverkehrsstudie Schnellbahn der Interessengemeinschaft Eisenbahn Berlin, die hochinteressant zu lesen ist. Ein Kreis von Interessierten außerhalb jeder Verwaltung legt da einen geschlossenen Plan vor, wie man die S-Bahn in das Verkehrsnetz West-Berlins integrieren könnte. Das sollten Sie lesen, da finden Sie Anregungen. Und Sie sollten natürlich auch zurückgreifen auf die Arbeiten, die am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU gefertigt werden. Meines Wissens ist das neueste Gutachten, das dort erstellt wird, noch nicht fertig. Es kommt wohl erst in ein, zwei Monaten, aber benutzen Sie auch die dort erarbeiteten Dinge, um eine vernünftige Planung auf diesem Sektor betreiben zu können.

Kurz, Herr Senator: Was Sie auf die Große Anfrage der CDU geantwortet haben, war nicht befriedigend. Aber - Herr Wronski hatte in seiner Begründung darauf hingewiesen - uns ist es um die Sache zu tun, und deshalb wollen wir mit dieser Großen Anfrage die sachliche Diskussion zwischen den Fraktionen dieses Hauses in Gang setzen bzw. beschleunigen. Wir wissen um die Schwierigkeiten gerade von der politischen Seite, die für das Spezialproblem der Einbeziehung der S-Bahn in das Verkehrssystem West-Berlins bestehen. Um so vorsichtiger müssen wir vorgehen. Lassen Sie uns gemeinsam diskutieren; wir hoffen, daß wir einen Anfang gesetzt haben.

[Beifall bei der CDU]

(A) **Stellv. Präsident Sickert:** Das Wort hat der Abgeordnete Rheinländer.

Rheinländer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt die Beantwortung der Großen Anfrage durch den Senat. Und da wir danach gefragt worden sind, möchten wir auch diese Gelegenheit benutzen, die verkehrspolitischen Entscheidungen des Senats von Berlin, die in der Regierungserklärung eine große Rolle gespielt haben, noch einmal ausdrücklich zu begrüßen. Für uns ist die Entscheidung, die S-Bahn in ein neues Nahverkehrskonzept für unsere Stadt zu integrieren, eine strategische Entscheidung. Strategische Entscheidungen haben es an sich, daß sie lange Zeit brauchen, bis sie verwirklicht werden und bis sie greifen. Wir sind sehr dankbar, daß sowohl in den Worten des Senats durch Herrn Dr. Brunner wie auch schon durch andere Äußerungen des Senats und auch heute durch die Opposition ein wenig Wasser in den Wein der Euphorie, die in Sachen S-Bahn in den letzten Wochen entstanden ist, gegossen worden ist. Es hat in den letzten Wochen kaum noch Tage gegeben, in denen keine neuen Vorschläge für S-Bahn-Planung und S-Bahn-Integration zu Tage gekommen sind. Wir sind sehr dankbar für dieses Interesse; sicherlich hat sich ein jahrelanges Desinteresse hier aufgestaut. Wir begrüßen, daß sich das nunmehr ändert.

Der Oppositionssprecher hat auch schon sehr deutlich gemacht, daß er keinen großen Wert auf die Erhebung des Prioritätsanspruchs zu legen beabsichtigt. Wir begrüßen auch das, da wir sonst gezwungen gewesen wären, auf das Jahr 1961 zurückzugehen, wo der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt vorgeschlagen hat, daß die sich in Berlin (West) befindliche S-Bahn in ein System integriert oder in eine besondere Organisation aufgenommen werden solle. Die Erfahrungen, die er in der Öffentlichkeit und auch in der Diskussion mit den Alliierten gemacht hat, haben über viele Jahre dazu geführt, daß es zum Beispiel zwar in meiner Fraktion relativ regelmäßig Debatten über die S-Bahn gegeben hat, wir aber bis vor kurzem der Meinung waren, daß wir den Weg versuchen sollten, mit unseren Schutzmächten in der dafür geeigneten Form zu sprechen. Wir begrüßen die neue Situation, und ich glaube, die zehn Jahre Spannungspolitik und die zehn Jahre Viernächte-Abkommen erlauben es heute, daß der Senat von Berlin das deutsche Interesse an der S-Bahn deutlich machen kann. Wir unterstützen und begrüßen auch, daß es zwei Senatskommissionen gibt, die sich im einzelnen damit beschäftigen. Ich will jetzt gar nicht auf die Vorarbeiten im Verkehrsentwicklungsplan und die entsprechenden Konzeptionen des damaligen Planungsteams eingehen; da gab es jedenfalls die ersten Vorbereitungen dafür.

(B) Für uns ist die Frage, was sich aus dieser strategischen Entscheidung kurzfristig machen läßt, ohne daß man Geld investiert, ohne daß die berühmten „Implikationen“ in irgendeiner Weise berührt werden, und was es weiter für Schlußfolgerungen gibt, von denen der Senat durch Senator Ulrich vor einigen Tagen schon einige bekanntgemacht hat.

Was gibt es an weiteren Entscheidungen? Wir empfehlen dem Senat, daß er möglichst sofort alle Maßnahmen, die sozusagen die Information über die noch betriebenen S-Bahnstrecken bringen, verbessert. Ich rufe hier auch ausdrücklich auf, daß z. B. die BVG beim nächsten Fahrplanwechsel ihren Beitrag insofern leisten sollte, als sie bei dem entsprechenden Liniennetzplan wie auch beim Fahrplan auf die bestehenden S-Bahnverbindungen hinweisen sollte. Dies ist ein erster Schritt, um das zu tun, was notwendig ist und was auch möglich ist, ohne daß man andere Beratungen abwarten muß. Gleichzeitig ist natürlich auch zu prüfen, ob bei weiteren Baumaßnahmen die entsprechenden Übergänge zwischen U- und S-Bahn entweder verbessert oder neue Übergänge mit eingeplant oder gebaut werden. Darüber hinaus gibt es natürlich auch Auswirkungen auf den U-Bahnbau und die -planung. Wir sind uns einig, daß die Strecke nach Spandau fristgemäß weitergebaut wird, wir freuen uns sehr, wenn - wie geplant - am 1. Oktober 1984 auch die Spandauer als letzter der zwölf Berliner Bezirke endlich einen U-Bahnanschluß haben werden. Über die U 8 nach Reinickendorf kann es keine Debatten geben, jedenfalls nicht bis zum Bahnhof Alt-Reinickendorf. Aber darüber hinaus würde ich schon fragen wollen, ob sich nicht - immer unter der Voraussetzung, daß die Bürger des Märkischen Viertels einen Anspruch auf ein schienengebundenes Schnellverkehrssystem haben - aus der strategischen Entscheidung S-Bahn

auch Auswirkungen auf den weiteren Bau nördlich des S-Bahnhofs Reinickendorf ergeben. Schon in der Planung von 1974 gibt es mit einer Schleife im Bereich des Lehrter Bahnhofs einen Vorschlag, die entsprechende S-Bahnlinie zum Bahnhof Zoo zu leiten, so daß der Bürger aus dem Märkischen Viertel innerhalb kürzester Zeit - rund 20 Minuten - im Zentrum von Berlin sein könnte.

Senator Ulrich hat bekanntgegeben, daß sich auch eine Verschiebung der Prioritäten zwischen U 9 und U 10 ergeben hat. Uns erscheint es völlig vernünftig, daß wegen der Wannseebahn, die hoffentlich bald wieder betrieben werden kann, überlegt werden muß, welche Auswirkungen sich auf die U-Bahn im Bereich der Potsdamer Straße, Hauptstraße usw. ergibt. Die Streichung der B 101, damit bin ich bei den Auswirkungen auf die Straßenplanung und den -bau, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls logisch.

Herr Dr. Brunner, Sie haben gesagt, und da Sie es negativ formuliert haben, würde ich es gern für meine Fraktion positiv formulieren, über die geplanten Autobahnbauten hinaus gibt es keine weiteren Bauten. Wir freuen uns, daß wir Sie im Mai dabei erleben werden, wenn Sie am Kurt-Schumacher-Platz den entsprechenden Autobahnabschnitt eröffnen werden. Wir gehen weiter davon aus, daß im Oktober die Bereiche Gottlieb-Dunkele-Straße und Gradestraße eröffnet werden. Wir gehen davon aus, daß auch die Neuköllner Bevölkerung ihre Chance behält, daß insbesondere der Schwerlastverkehr aus dem Neuköllner Industriegebiet eine Möglichkeit erhält, durch einen Autobahnanschluß die dort wohnende Bevölkerung zu entlasten. Der größte oder zweitgrößte Bezirk in Berlin (West) - je nachdem, wie man es sieht - hat ebenfalls den Anspruch auf Nutzung aller sich aus Autobahnen ergebende Vorteile.

Darüber hinaus halten wir es für selbstverständlich, daß der Autobahnbau nach Hamburg weiterhin betrieben wird. Ein nicht unbekannter Politiker hat gesagt, daß die Deutschen weniger von der Nation reden sollten. Ich halte das für ein gutes Wort und ein richtiges Wort. Im 19. Jahrhundert hat ein französischer Politiker sinngemäß gesagt, daß Nation sozusagen das tägliche Plebiszit sei. Deswegen kann es jetzt nicht darauf ankommen, immer nur darüber zu reden, aber es kann darauf ankommen, daß man einfach als Nation handelt. Dazu gehört zum Beispiel auch, daß die beiden größten Städte Deutschlands, Berlin und Hamburg, durch eine Autobahn miteinander verbunden werden und daß die jeweiligen Verbindungsstellen vernünftig in das Straßennetz eingebaut werden. Und was bei der CDU für die Westtangente gilt, das muß erst recht für den Autobahnbau und den innerstädtischen Anschluß gelten, daß der Autobahnverkehr nach Hamburg gebündelt und konzentriert werden muß, um alle vernünftigen Auswirkungen auf diesem Wege zu erzielen. Ich empfehle einigen Vertretern der CDU-Opposition, daß sie einmal mit den Menschen in Staaken reden sollten, was die darüber denken, daß auf lange Zeit ein erheblicher Verkehr - Transitverkehr, Wechselverkehr und Schwerlastverkehr - durch ihren Wohnbereich führen soll. Selbstverständlich bleibt davon unbenommen, daß dieses Haus - und wir unterstützen das - einstimmig beschlossen hat, den Senat zu beauftragen, daß Staaken als ein weiterer Zugang von und nach Berlin erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, das waren einige kurze Bemerkungen zu dem, was die Große Anfrage erbracht hat. Wir möchten aber noch einmal ausdrücklich betonen, weil es heute eine Art verkehrlicher Abgesang sein wird, da wir uns wenige Tage vor dem 16. März befinden, daß wir alle Beschlüsse unterstützen und auch weiterhin unterstützen werden, die zur Vermehrung von Busspuren in Berlin führen, - hier sind insbesondere die Bezirke gefragt -, daß wir „Park and Ride“ und Fußgängerzonen fördern werden. Ich möchte gern diese Gelegenheit benutzen, mich als verkehrspolitischer Sprecher meiner Fraktion beim Hauptausschuß dafür zu bedanken, daß er - auch mit seinen Sperrern - konsequent dafür sorgt, daß man aus den zur Verfügung gestellten Geldern durch einen einfachen und vernünftigen Ausbau noch mehr für die Errichtung von Fahrradwegen machen kann. Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Wahl.

Wahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Wronski! Ich habe nichts gegen die Form der Debatte, die

Wahl

- 1) Sie hier gewählt haben, nur ist das nicht mein Stil. Ich habe aber sehr wohl etwas dagegen, daß Sie die Punkte, zu denen wir uns im Fachausschuß immer noch zusammengerauft haben, hier noch einmal in extensiver Form ausgebreitet haben; dieses ist, wie schon gesagt, nicht mein Stil, und ich werde versuchen, mich ein bißchen kurz zu fassen. Demzufolge werde ich nur auf einen Teil der Dinge eingehen, die hier Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen sind.

Lassen Sie mich aber zuvor den Punkt, der gerade uns beide betrifft, und die dazu gehörigen Zitate ansprechen. Sie haben schon in der Debatte über die Regierungserklärung diese Behauptung aufgestellt; sie war damals nicht wahr, und sie ist auch heute durch die Wiederholung nicht wahr geworden. Ich werde versuchen, Ihnen das zu beweisen. Sie haben einen wesentlichen Fehler gemacht, als Sie bei der von Ihnen zitierten Koalitionsvereinbarung einige wichtige Punkte, die für die Aussage von Bedeutung waren, unterschlagen haben. Und nur dadurch, daß Sie sie unterschlagen haben, ist Ihre Aussage überhaupt möglich gewesen. Die Koalitionsvereinbarung fängt nämlich mit folgender Aussage an:

Beide Parteien haben ihre Wahlprogramme gemeinsam erörtert. Diese sind Grundlagen ihrer Arbeit in der 8. Legislaturperiode.

Dieses ist eine sehr wichtige Aussage. In diesem Zusammenhang ist dann die zweite Aussage zu sehen, und Sie haben nur den ersten Teil eines Satzes zitiert; Sie haben ihn allerdings zugebenmaßen richtig zitiert. Der Satz fängt folgendermaßen an:

Der Tiergarten soll... untertunnelt werden, und geht so weiter: sofern das Ergebnis von ökologischen, städtebaulichen, verkehrstechnischen und bautechnischen Gutachten nicht entgegensteht.

Genau diesen, sehr entscheidenden Teil des Satzes haben Sie unterschlagen. Genau ist das aber eine Kompromißformel. Und Sie werden mir ja zugestehen müssen, daß man in solchen Vereinbarungen auch Kompromisse eingehen muß. Und Sie werden mir auch zugestehen müssen, daß wir als F.D.P. zumindest jetzt Befriedigung äußern können. Wir sind nicht konzeptionslos, denn in unserem Wahlprogramm steht eben drin, daß wir es nicht für notwendig halten, den Tiergarten zu untertunneln. Wir halten es auch nicht für notwendig, daß eine Stadtautobahn durch Wedding und Moabit zur Zerschneidung von weiteren Stadtgebieten führt. Dieses ist ein Bestandteil unserer Wahlaussage; daß es in der Koalitionsvereinbarung etwas anders steht, das mag Sie verwirren, Herr Wronski, Sie können uns aber nicht einreden, daß wir konzeptionslos sind.

B)

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Wahl?

Wahl (F.D.P.): Bitte schön!

Wronski (CDU): Herr Kollege Wahl, ist es richtig, was ich hier lese, daß es Teil der Vereinbarung ist, „zwischen Sachsen-damm und Tiergartenstraße wird eine Stadtautobahn – Planungsstand April 78 – vorgesehen. Die Ausführung muß unter Beachtung des Ergebnisses des laufenden Normenkontrollverfahrens erfolgen“. Haben Sie das vereinbart oder nicht?

[Wahl (F.D.P.): So ist es vereinbart, natürlich.]

Würden Sie daraus – gleich mir – folgern, daß Sie die Absicht hatten – denn anders ist ja eine solche Vereinbarung nicht zu verstehen –, vom Sachsen-damm bis zur Tiergartenstraße eine Stadtautobahn zu bauen, und dies vor anderthalb Jahren?

Wahl (F.D.P.): Ich selbst habe diesen Teil der Koalitionsvereinbarungen zähneknirschend akzeptiert.

[Zemla (CDU): Sie haben schlechte Zähne! – Weitere Zurufe von der CDU]

– Nein, Herr Wronski, es geht um etwas anderes. Sie haben uns als F.D.P. unterstellt, daß wir konzeptionslos seien. Und Sie

wissen genau, daß man in einer Koalitionsvereinbarung auch gegebenenfalls einmal einen Kompromiß eingehen muß; und ein solcher Kompromiß ist die Zustimmung zu diesem Stück der Stadtautobahn vom Sachsen-damm bis da oben hin gewesen. Wobei wir die Hoffnung hatten, daß es zur Durchführung dieses Kompromisses – denn im Hintergrund stand ja noch das Normenkontrollverfahren – nicht unbedingt kommen würde. Sie können mit Sicherheit davon ausgehen, daß wir jetzt unsere Befriedigung darüber äußern, daß unserer damaligen Vorstellung entsprechend es auch wirklich so gekommen ist.

[Beifall bei der F.D.P.]

Sie, Herr Wronski, haben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen. Ich führe das jetzt aus, weil ich ein bißchen mehr darauf eingehen will und vielleicht noch einmal deutlich machen will, daß wir einerseits sehr wohl ein Konzept haben, daß aber nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen ist, was wir auch miteinander im Verkehrsausschuß zu verhackstücken hatten. Alle Parteien – und darin stimme ich zu – haben in ihren Erklärungen der Vergangenheit mehr oder weniger deutlich zu erkennen gegeben, daß dem öffentlichen Personennahverkehr eine Vorrangstellung zukommt. An dieser Elle sind dann natürlich alle weiteren Dinge, alle Planungen oder konkreten Vorhaben zu messen.

Zum zweiten besteht, glaube ich, Einigkeit darüber, daß Gesichtspunkte des Umweltschutzes seit 1977 zumindest ein stärkeres Gewicht bekommen haben und daß Energiefragen vor noch nicht einmal vier Jahren noch längst nicht die Rolle gespielt haben, die sie heute spielen. Auch diese veränderte Situation ist also Grundlage heutiger Beschlüsse.

Zum dritten sind Ansprüche des Bürgers an die Lebensqualität zumindest bivalent, unter zwei Forderungen, zu berücksichtigen: unter den Forderungen einerseits nach ruhigerem und sicherem Wohnen und andererseits unter dem Gesichtspunkt der Mobilität und der persönlichen Bequemlichkeit. Daraus ergeben sich mit Sicherheit nun Folgerungen für die Verkehrsplanung. Und Sie haben ja auch ausgeführt, daß Verkehrsplanung nichts Statisches ist, was man sich nun einmal vornimmt und dann festschreibt und nie mehr verändern muß. Verkehrsplanung ist eben wie Verkehr selbst ständig mobil, ständig beweglich und muß den Gegebenheiten und Einflußfaktoren ständig angepaßt werden.

(D)

Ich habe drei Punkte, die bestimmt nicht alle Einflußfaktoren auf die Verkehrsplanung darstellen, kurz anskizziert. Ich bin mir darüber im klaren, daß es wesentlich mehr Punkte gibt; aber aus Zeitgründen möchte ich es eigentlich mit diesen drei Punkten belassen.

Einen Punkt allerdings, Herr Wronski, haben auch Sie angesprochen. Ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen, selbstverständlich steht bei der heutigen Diskussion und bei der Fortschreibung der Verkehrsplanung, mit der wir es im Augenblick zu tun haben, auch das liebe Geld im Hintergrund, wenn es nicht sogar ganz ausgesprochen im Vordergrund steht. Das liebe Geld ist ja die Bremse für viele Wunschvorstellungen, die in der Vergangenheit geäußert worden sind.

Sie Herr Wronski, haben in Ihren Ausführungen – und auch der Kollege Giesel – schon ein wenig Stellung genommen zu den prognostizierten Entwicklungen, zu dem Verhältnis zwischen dem öffentlichen Personennahverkehr und den anderen Verkehrsträgern. Die von Ihnen genannten Zahlen, die also auf Material von 1976 basieren und mit den Prognosen bis ins Jahr 2 000 reichen, stellen mit Sicherheit – glaube ich – keine besorgniserregende Entwicklung dar; zumal wenn man das im Vergleich zu anderen Großstädten gute und ausreichende Berliner Straßennetz dabei im Auge hat. Daß also die Abnahme des öffentlichen Personennahverkehrs scheinbar – nach diesem Gutachten – unausweichlich ist und eine weitere Zunahme des Individualverkehrs in Form des Pkw-Verkehrs zu erwarten ist, halte ich im großen und ganzen für keine besorgniserregende Entwicklung. Es ist aber mit Sicherheit eine unerwünschte Entwicklung, die wir nach diesem Gutachten erwarten haben. Da muß ich Sie – die beiden Redner von der CDU-Fraktion – fragen: Tuen Sie als CDU nicht etwas, um zumindest verbal diese unerwünschte Entwicklung zu verstärken? Ich habe schon einmal jemanden einen Autonarren genannt und möchte dies jetzt in Ihre Richtung nicht wieder tun. Ich möchte Ihnen nicht unterstellen, daß Sie dieses sein wollen; zumal Sie sich, Herr Wronski, gerade auf der ITB kürzlich als „Schienenfreund“ bezeichnet haben. Ich möchte

Wahl

- (A) aber doch unterstellen, daß Sie in Ihrer Verhaltensweise noch sehr deutlich eigentlich eine Bevorzugung des Pkw-Verkehrs erkennen lassen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch einmal bei Herrn Senator Dr. Brunner bedanken. Und zwar möchte ich mich bei ihm nur deswegen bedanken, weil er mit dem Gedanken eines „Tempo 30 in Wohnstraßen“ einen Anstoß gegeben hat; für mehr halte ich es nicht. Selbstverständlich kann man nicht in allen Gebieten sofort Tempo 30 dekretieren. Es gibt sehr viele Überlegungen, Randbedingungen, die eingehalten werden müssen.

Aber eines Herr Giesel, glaube ich nicht, daß die Frage der erhöhten Abgasbelastung in Zusammenhang steht mit dem Tempo 30, obwohl ich glaube, daß gewisse prozentuale Erhöhungen bei der Zusammensetzung vorhanden sind. Man sollte auf diese Frage aber nicht gleich so ein Gewicht legen. Das größere Gewicht hat nach unserer Meinung die Frage der erhöhten Sicherheit, die Qualitätsanforderungen des Bürgers an sein Wohngebiet und das ruhige Wohnen. Der Gedanke, daß die Kinder auch einmal ungefährdet auf der Straße spielen können, muß abgewogen werden mit den anderen Fragen. Man kann nicht von vornherein und global – wie Sie es in Ihren Äußerungen getan haben – Gedanken und Anstöße, die hier gegeben worden sind, ad absurdum führen oder für überflüssig halten. Ich glaube, daß dies ein Anstoß war für möglicherweise sehr weitgehende Vorstellungen. Er war aber auch sehr notwendig.

Damit ist schon ein wesentlicher Teil des dritten Einflußfaktors, den ich vorhin erwähnt habe, ich meine die Stellungnahme des Bürgers zu den Verkehrsfragen, aufgeführt worden. Ich will hinsichtlich des restlichen Punktes noch einmal ganz klar sagen, daß ich der Meinung bin, daß der Bürger sehr wohl bereit sein wird, Einschränkungen für seine Person in Kauf zu nehmen, wenn er dafür Ruhe in der Nähe seiner Wohnung und mehr Sicherheit für seine Kinder erhält.

[Beifall bei der F.D.P.]

- (B) Der letzte Einflußfaktor, den ich auch vorhin genannt habe, war der des gestiegenen Umweltbewußtseins. Es erstaunt mich immer wieder, wenn Sie in Ihrer Argumentation in Zusammenhang mit dem Autobahnbau immer nur von der verringerten Abgasbelastung sprechen. Heute haben Sie erstaunlicherweise auch noch den Lärm erwähnt. Wenn Sie sich die bis heute vorliegenden Gutachten ansehen, dann können Sie feststellen, daß es im Bereich des Lärms eine Menge von Vorschriften über den Lärm und die durchzuführende Lärmschutzmaßnahmen gibt. Man muß aber auch davon ausgehen, daß eine Autobahn am Anfang und am Ende durch die Bündelung, die zwangsläufig mit dem Bau von Autobahnen verbunden ist, Erschwernisse und Kümmernisse für die Bürger mit sich bringt, die in diesen Bereichen wohnen. Die Berücksichtigung aller dieser Punkte hat zu den Einschränkungen geführt, die der neue Bausenator verkündet hat. Wir sind darüber sehr befriedigt und fast zufrieden, weil dies langjährige Forderungen im Sachprogramm unserer Partei sind. Ich habe deshalb „fast“ gesagt, weil wir zur Abrundung des Ganzen wünschen, daß diese Maßnahmen auch durch Änderungen bei den öffentlichen Nutzungsplänen abgesichert werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Wronski.

Wronski (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wahl! Ich finde es nicht gut, daß sie in dieser Diskussion mit Unterstellungen arbeiten. Sie haben sogar wörtlich die Vokabel „Unterstellung“ benutzt. Ich finde das schlecht, weil Sie nicht bei mir noch bei anderen etwas schlecht finden dürfen. Sie sollten sich an dem orientieren, was gesagt worden ist. Es kommt kein Gespräch zustande, wenn Sie mit Unterstellungen arbeiten. Das wäre gerade in dieser Sache bedauerlich.

Ich verbitte mir also zunächst die Unterstellung, daß Sie mir irgend etwas unterstellen, was Ihnen zu Ihrem Konzept und zu Ihrer Meinung paßt. Mehr braucht man wohl zu Ihrem Beitrag nicht zu sagen.

[Wahl (F.D.P.): Das muß aber doch getroffen haben!]

Es scheint offenbar zu einem Streit zu werden, daß Sie das, was Sie gezeugt haben, nicht mehr großziehen. Sie sind aber dabei

gewesen. Zu Ihrer Beruhigung sage ich Ihnen aus meiner Sicht, daß Sie auch einige Dinge richtig gemacht haben. Da Sie das, was die Vereinbarungen hergeben, immer noch nicht wahrhaben wollen, muß ich Ihnen wenigstens einiges aus der Regierungserklärung vom 31. 5. 1979 zitieren: Der frühere Regierende Bürgermeister Stobbe hat gesagt: Die Umweltdiskussion hat sich neben der Kraftwerkplanung besonders an der Autobahnplanung entzündet. Dann sagt er: Der möglichst reibungslose und sichere Transport von Menschen und Gütern – es kommen ein paar Selbstverständlichkeiten – bleibt aber einer der wichtigsten Lebensgrundlagen von Großstädten wie Berlin. Daher bleibt der Senat – ich zitiere aus der Regierungserklärung – bei seiner Konzeption, den innerstädtischen überregionalen Verkehr auf wenigen Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen zu bündeln.

Ich zitiere das deshalb besonders gern, weil der Herr Regierende Bürgermeister Dr. Vogel kürzlich in seiner Erklärung vom 12. 2. gesagt hat: Unter Bezug auf die Vereinbarung, die wir 1979 geschlossen haben, setzt er seine Politik fort. Hier ist aber genau das Gegenteil der Fall.

[Beifall bei der CDU]

Vereinbart worden ist jedoch, daß die Autobahn weitergebaut werden soll. Ich habe es Ihnen eben vorgelesen. Der Regierende Bürgermeister Stobbe hätte es Ihnen ja sonst auch hier nicht anbieten können.

Nun möchte ich aber zur Sache kommen. Herr Dr. Brunner, ich glaube, Sie haben unsere Frage 2 nicht ganz verstanden. Es ist unmöglich, daß elf Brückenbauwerke im Zuge von Straßenbauten, neun Bahnanlagen, sechs Bahnhöfe und Bahnhofsanlagen, insgesamt also 26 Objekte, die in den vergangenen Jahren zu Lasten des Landes Berlin gebaut worden sind, nicht mehr als 12 Millionen Mark gekostet haben sollen. Ich bitte sie sehr herzlich, dies einmal nachzuprüfen. Wir möchten hier Klarheit über die sogenannten Vorleistungen haben. Ich kann aber auch eine leise Enttäuschung nicht verbergen. Wir haben in Frage 1 Sie nach konkreten Plänen für eine Gesamtverkehrsplanung gefragt. Vielleicht haben Sie das mißverstanden, aber wir meinen wirklich eine Gesamtverkehrsplanung. Mein in epischer Breite vorgetragener Beitrag hat Sie sicherlich spüren lassen, was wir damit meinen. Diese Antwort sind Sie uns leider schuldig geblieben. Auch ist der Senat einer Pflichtübung nicht nachgekommen. Er hätte bis spätestens Ende 1980 – jetzt sind wir schon im Jahre 1981 – die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans nachliefern müssen. Wo bleibt dieser eigentlich? Macht er Probleme? Sind Sie sich über die Fortschreibung von Verkehrsplänen nicht im klaren? Sind Sie nicht in der Lage, uns dies alles rechtzeitig bis zur Beendigung dieser verkürzten Legislaturperiode zu liefern?

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Baetge: Die Große Anfrage ist damit erledigt. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 3, Drucksache 8/700:**Große Anfrage der Fraktion der CDU über stationäre Krankenversorgung**

Die anfragende Fraktion bittet, die Große Anfrage auf die nächste Sitzung zu vertagen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, werden wir so verfahren. – Wollen Sie trotzdem reden? – Sie wollen nicht! Dann ist dies so erledigt.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 4, Drucksache 8/706:**Große Anfrage der Fraktion der SPD über Politik für Behinderte in Berlin**

1. Welche Ziele verfolgt der Senat mit seiner Politik für Behinderte?

Stellv. Präsident Baetge

- 1)

2. Welches sind die wichtigsten Maßnahmen, die der Senat seit der Vorlage des Berichts über die Situation der Behinderten in Berlin (West) eingeleitet hat, um diesen Zielen näherzukommen? 3. Welche Maßnahmen, die auf diese Ziele gerichtet sind, hat der Senat weiter vorgesehen? 4. Welche Erwartungen knüpft der Senat an die Politik für Behinderte der Bundesregierung? 5. Wie hat sich die Arbeitsmarktlage für Behinderte entwickelt und welche Ansätze sieht der Senat für Verbesserungen?
--

von Arbeitsplätzen, und zwar unabhängig von der Ursache der Behinderung, die Vereinheitlichung der Leistungen bei der Eingliederung Behinderter in Beruf und Gesellschaft und ihre Erweiterung auf alle Schwerbeschädigten und - das scheint mir wesentlich zu sein - die Einbeziehung der Behinderten, die in Behinderten-Werkstätten, in Anstalten, Heimen oder Kliniken arbeiten, in den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, - und damit will ich die beispielhaft gemeinte Aufzählung abschließen -, auch die Eröffnung der Möglichkeit für Schwerbeschädigte, früher als andere Erwerbstätige in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen. Mit Stolz können die Sozialdemokraten auf diese gesetzgeberischen Maßnahmen hinweisen, die in ihrem Zusammenwirken, in ihrer Kompaktheit großes Gewicht für alle Behinderten haben. Das ist von uns durchgesetzt worden, und dieser Gesetzgebung vor allem - das füge ich hinzu - liegt auch im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten ein neuer Ansatz, ein neues Konzept zugrunde: Sie - die Politik für Behinderte - orientiert sich nicht mehr an der Ursache, zum Beispiel einer Kriegsbeschädigung oder Arbeitsverletzung, sondern an der Art und der Schwere der Behinderung. (C)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Bitte schön, Herr Kollege Mertsch!

Mertsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich recht erinnere, hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus zuletzt in der vergangenen Legislaturperiode mit der Situation der Behinderten in Berlin ganz allgemein befaßt; unsere Aussprache ging damals auf eine Anregung aus dem Jahr 1976 zurück. Seitdem - und das empfinde ich als bemerkenswert - haben die Behinderten in diesem Haus, von Randgebieten einmal abgesehen, wenig Gehör gefunden. Für uns ist dies ein Anlaß, ein lange vorbereiteter Anlaß, um heute den Senat danach zu fragen, welche seiner Vorstellungen, die er vor nunmehr mehr als drei Jahre entwickelt hat, von ihm inzwischen in die Tat umgesetzt wurden. Wir erinnern uns, daß es eine Vielzahl von Aussagen darüber gab, wie man künftig den behinderten Menschen in Berlin zur Seite stehen will. Nicht nur die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, nein, auch der Senator für Bau- und Wohnungswesen, der Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Familie, Jugend und Sport, Schulen, Wissenschaft, praktisch das ganze Spektrum der öffentlichen Verwaltung war aufgerufen und hat sich auch dazu bekannt, sich zu den Zielen, die im Zusammenhang mit den Behinderten stehen, zu äußern. Wir halten dies für um so wichtiger und um so bedeutsamer, als unwidersprochen ist, daß in Berlin heute - genaue Zahlen kenne ich nicht, sie sind wohl auch nicht zu bekommen - mehr als 200 000 Menschen leben, die in irgendeiner Weise behindert sind. 3)

[Zuruf: 250 000!]

Jeder achte dürfte es in etwa sein. Und - wir beklagen das Verhältnis unserer Gesellschaft zu den Behinderten noch immer als ein angespanntes, ein nicht voll in Ordnung gebrachtes. Das kann man schon an der - wie mir scheint, typisch deutschen, perfektionistischen - Begründung dafür erkennen, was man unter Behinderten versteht - ich darf das einmal zitieren:

Behinderte sind Personen, die aufgrund körperlicher, geistiger oder seelischer Schäden und deren wechselseitigen Auswirkungen in einem existenzwichtigen, sozialen Beziehungsfeld, insbesondere in den Bereichen Erziehung, Schulbildung, Berufsbildung, Erwerbstätigkeit, Kommunikation, Wohnen und Freizeitgestaltung, durch wesentliche Funktionsausfälle nicht nur vorübergehend erheblich beeinträchtigt sind und deshalb besonderer Hilfe durch die Gesellschaft bedürfen.

- Eine Definition, die - ich sagte es - dem Hang wohl insbesondere von uns Deutschen nach perfekten Aussagen in hervorragender Weise entgegenkommt. -

Meine Damen und Herren, wenn man über Behinderte spricht, sollte man mit Sicherheit nicht polemisieren, man sollte über die Menschen reden. Dennoch - und das werden Sie mir nicht übel nehmen - ist es meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß es zu einem erheblichen Teil das Verdienst der sozial-liberalen Koalition in Bonn ist, die sich erstmals - ich glaube, im Jahr 1969 in einer Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt - mit den Behinderten beschäftigt und zu den Behinderten bekannt hat. Walter Ahrendt, der damals der Bundesregierung angehörte, hat ein Konzept über ein Aktionsprogramm für Behinderte ausgearbeitet, das - sehr stichwortartig - enthielt: Die Dynamisierung der Kriegsgopferrenten, eine Verbesserung der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege für Sozialhilfeempfänger, eine Ausdehnung der Hilfen zur Beschaffung

Nun gibt es - damit sage ich Ihnen sicher nichts Neues - eine Vielzahl von Behinderungen: körperliche, seelische, psychische. Was wird getan, und welchen Aufgaben, wie wir sie hier in diesem Haus vor drei Jahren gemeinsam gesehen haben, hat sich der Senat in der Zwischenzeit unterzogen? - Ich fange an, einfach der Logik und der Reihe nach, mit den Vorsorgeuntersuchungen bei Neugeborenen. Dann komme ich zu einem Thema, das mir immer besonders am Herzen lag - Anfragen, Debatten hier im Haus haben das bewiesen -, das Schicksal der ehemaligen Kinderklinik Charlottenburg nämlich, die ja inzwischen zu einem Institut für die Untersuchung, Betreuung und Versorgung von mehrfach behinderten Kindern umgewandelt worden ist. Wie sieht das mit dieser Einrichtung aus? Was ist in den Kindertagesstätten, was in der Schule geschehen? - Wobei ich diesen kritischen Satz einfach einmal einfügen möchte, daß ich manchmal den Eindruck habe, als wenn im Zusammenhang mit der Eingliederung von Behinderten in die Gesellschaft zu viel von Modellen, von Versuchen gesprochen wird, obwohl es doch eigentlich mehr, als das heute noch der Fall ist, eine Selbstverständlichkeit sein sollte, daß Behinderte zu uns gehören und auch mit uns zu leben haben. - (D)

Ich denke gerade bei der Betrachtung junger behinderter Menschen an ein Teilgebiet, das ebenfalls in der Vergangenheit - wie ich finde, sehr zu Recht - der kritischen Betrachtung bedurfte, das ist die Möglichkeit, Sprachgeschädigte jeder Altersstufe, insbesondere aber sprachgeschädigte Kinder, angemessen medizinisch zu betreuen. Hier muß in Berlin noch eine Lücke geschlossen werden. Ich meine insbesondere, daß die Ausbildung von Sprachheilkundlern - oder Logopäden im Fachdeutsch - sehr im argen liegt,

[Vetter (CDU): Die Maßnahme ist 1967 vom Schulsenator abgelehnt worden!]

die entsprechende Erweiterung von Ausbildungsplätzen unerlässlich ist und so schnell wie irgend möglich vorgenommen werden muß.

[Vetter (CDU): Da bin ich völlig Ihrer Meinung, das ist Sache Ihres Schulsenators!]

- Das ist keine Sache des Schulsenators, Herr Vetter, sondern das ist eine Frage der Ausbildungskapazität für Medizinalfachberufe überhaupt. Sie wissen auch, daß eine weitere Schule für Logopäden seit langem in der Planung ist; und wenn alles gut geht, besteht ja auch die Hoffnung, daß diese zweite Schule für Logopäden noch im Verlauf dieses Jahres ihre Pforten öffnen kann. -

Wir müßten, meine Damen und Herren - obwohl das die Begründung und den Zeitumfang, der hierfür zur Verfügung steht, sprengen würde -, auch über Behinderte und deren Freizeit, über Behinderte und Sport reden. Ich gehe aber davon aus, daß Herr Senator Sund hierzu einiges sagen wird, und nicht zuletzt - das sind wohl die beiden wesentlichen Gesichtspunkte, auf die einzugehen ich im Rahmen dieser Begründung verzichten und das der Diskussion überlassen möchte - zu den Kapiteln „Behinderte und Wohnen“ und „Behinderte und Arbeit“.

Mertsch

- (A) Ich könnte, da es wohl nicht korrekt und redlich ist, hier nur zu fragen und auf Verdienste und Absichten hinzuweisen, auf einen weiteren - wichtigen kritischen Punkt kommen - von dem ich hoffe, daß Herr Senator Sund auf ihn eingehen wird - das ist das oft beklagte und nicht immer glückliche Antragsverfahren für den Erhalt des Schwerbehinderten-Ausweises.

Der Senat soll heute sagen, was geschehen ist, der Senat soll vor allem auch berichten, was unter Beachtung der Finanzen - der erste Nachtragshaushalt für 1981 steht ja noch ins Haus - für Behinderte in diesem Jahr geschieht und darüber hinaus noch getan werden kann. Wir erwarten insbesondere, daß er Auskunft gibt über den Behinderten-Beauftragten, über das allgemein gelobte und beispielhafte Projekt „Telebus“.

Ich habe zum Anfang meiner Begründung mit Bedacht auf die Gesetzgebungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen, und von da her bitte ich Sie auch den Zusammenhang zu verstehen zwischen der Behinderten-Politik im Bund und in Berlin.

Aber hiervon unabhängig lassen Sie mich drängend darauf hinweisen, daß wir alle überprüfen müssen, was in der Vergangenheit erreicht worden ist, daß wir natürlich aber auch aufgerufen sind, festzustellen, wo weitergehende Entwicklungen denkbar sind. Jedenfalls werden wir Sozialdemokraten versuchen, hierzu unseren Beitrag zu leisten. Wir wissen, daß die Behinderten-Politik vom Staat, vom Bund, von Ländern und Gemeinden, von den Regierungen und Parlamenten schließlich nicht allein entworfen und durchgesetzt werden kann. Die Behinderten-Politik wird und - ich vermute, wir sind uns dessen bewußt - nur dann Erfolg haben, wenn die Rehabilitationsträger, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt, die Behinderten-Organisationen, die Gewerkschaften, die Kirchen und Arbeitgeber - alle dabei helfen. Aber - und das soll schon meine Schlußbemerkung sein - nicht nur die Verbände und Organisationen der mannigfaltigsten Art sind aufgerufen, sondern wir alle, den Behinderten und ihren Familien zu helfen. Das heißt natürlich auch, daß die Hilfe des Staates, die Hilfe, die wir leisten können, vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein soll.

- (B) Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich habe gesagt, für uns ist die Beschäftigung mit den Behinderten eine ständige Aufgabe. Wir wollen das Jahr der Behinderten auf gar keinen Fall als Anlaß für diese Große Anfrage verstanden wissen. Das wäre ein Widerspruch zu dem, was ich sonst gesagt habe. Der Umgang mit den Behinderten, die Hilfe für die Behinderten, ist für uns alle wirklich eine ständige Herausforderung. Ich glaube, daß die Antwort des Senats dazu beiträgt und uns dabei hilft, diese Aufgabe auch in Zukunft zu erfüllen. - Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Baetge: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Sund.

Sund, Senator für Arbeit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat begrüßt es, daß die SPD-Fraktion ihre Große Anfrage gestellt hat und damit den Anstoß gibt, im Abgeordnetenhaus gemeinsam - ich betone es, gemeinsam - eine Zwischenbilanz der Politik für die rd. 130 000 Behinderten in unserer Stadt zu ziehen.

Ich will unmittelbar zur Beantwortung der Fragen kommen und zur ersten sagen: Der Senat bemüht sich darum, den Berlinerinnen und Berlinern zu helfen, die körperlich, seelisch oder geistig beeinträchtigt sind, die eine Behinderung belastet. Je nach ihrer Behinderung brauchen sie Hilfen, zum Beispiel in der Schule, in der Vorschule, in der Hochschule, in der Berufsausbildung, im Beruf, im Wohnbereich, in der Freizeit. Die Hilfen sind darauf gerichtet, den Behinderten eine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen, sie in die Gesellschaft einzugliedern oder wieder einzugliedern. Der Senat will die Integrationsmaßnahmen allen Behinderten zugute kommen lassen, und zwar unabhängig von der Ursache der jeweiligen Behinderung; diese Frage ist hier sehr grundsätzlich in der Begründung erörtert worden. Demgemäß orientiert der Senat auch seine Maßnahmen nicht an der Behinderungsursache, sondern an der Art und an der Schwere der Behinderung.

Der Senat unterstützt daher mit allem Nachdruck das Ziel, die Behinderten in medizinischer, in beruflicher und in sozialer Hinsicht gleichzustellen. Das bedeutet, ob jemand durch einen Arbeitsunfall eine Behinderung erleidet oder ob er von Geburt an mit einer Behinderung fertigwerden muß - in jedem Fall hat er Anspruch auf unsere solidarische Hilfe.

Der Senat verfolgt das Ziel, wo immer es möglich ist, keine behindertengerechte Nebenwelt mit isolierenden Behinderteneinrichtungen zu schaffen. Integration heißt Eingliederung und nicht Ausgliederung.

[Beifall der Abgn. Vetter (CDU) und Hucklenbroich (F.D.P.)]

Nicht im Widerspruch dazu steht es, daß sich der Senat immer dort, wo besondere Angebote erforderlich sind, um den Behinderten überhaupt eine Teilnahme am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen, dafür einsetzt, daß solche Angebote auch vorgehalten werden. Es ist daher kein Widerspruch, sondern Bestandteil einer konsequenten Eingliederungspolitik, wenn wir zum Beispiel einerseits Behinderte auf öffentliche Nahverkehrsmittel verweisen, andererseits aber für Rollstuhlfahrer mit dem Telebus einen besonderen Fahrdienst geschaffen haben, der zusammen mit personeller Hilfe erst deren Mobilität herstellt.

Der Senat tritt für die materielle Sicherung der Behinderten ein; er unterstützt eine Politik, die der beruflichen Habilitation und Rehabilitation den Vorrang einräumt. Der Versuch der Eingliederung oder Wiedereingliederung muß unsere erste sozialpolitische Antwort auf einen Behinderungstatbestand sein! Führt dieser Versuch nicht zum Ziel, dann muß eine Rente oder eine andere Geldleistung erfolgen. Aber dieser Vorrang der Rehabilitation, glaube ich, muß in der Behindertenpolitik stets oberstes Gebot sein.

Für den Vorrang beruflicher Eingliederung spricht nicht nur, daß eine Berufstätigkeit Einkommensquelle ist, sondern daß die Menschen ihre Teilnahme am Erwerbsleben um ihrer selbst willen schätzen. Sie ist auch ein Stück Selbstverwirklichung. Das heißt: Ein Behinderter, der einen Beruf ausüben kann, erhält ein Arbeitsentgelt und fühlt sich stärker in die Gemeinschaft einbezogen, als jemand, der diese Möglichkeit nicht hat. Wer jedoch trotz aller Förderung nicht berufstätig zu sein vermag, der muß angemessene Leistungen erhalten.

Der Senat strebt an, die Umwelt möglichst behindertenfreundlich zu gestalten. Dazu gehört es, bauliche Hindernisse zu beseitigen. Der Senat setzt sich dafür ein, das gegenseitige Verständnis zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu verbessern. Sie sollen als gleichwertige und als gleichberechtigte Bürger einander begegnen. Dies - Herr Abgeordneter Mertsch hat darauf hingewiesen - ist nicht durch Gesetze und Verordnungen zu regeln; hier kommt es auf die Haltung und die Einstellung jedes Einzelnen an. Informationen und Aufklärung können helfen, Schwierigkeiten zu überwinden, Vorurteile abzubauen und Veränderungen zu erreichen.

Der Senat weiß, daß es immer wieder zu prüfen gilt, wo Ansätze zu ändern und wo neue Ansätze erforderlich sind. Die Behindertenpolitik kann nicht vom Staat, vom Bund, von den Ländern und Gemeinden, von Regierungen und Parlamenten allein entworfen und durchgesetzt werden. Die Politik für Behinderte hat nur Erfolg, wenn die Rehabilitationsträger, wenn Behindertenorganisationen, wenn die Behindertengruppen, die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände dabei mitwirken. Deshalb fördert der Senat verbandliche Arbeit.

Zur 2. Frage: Wichtige Ziele und Teilziele wurden erreicht. Ich bitte um Verständnis, wenn ich mich für eine sehr konkrete Aufzählung entschieden habe, weil mir die praktischen Beispiele zur Markierung solcher Ziele und Teilziele als am besten geeignet erscheinen.

- Auf Landesebene wurde ein Beirat für Behindertenfragen gebildet; dieser Beirat erweist sich als ein lebendiger Ort eines freimütigen Informations- und Meinungsaustauschs. Er gibt Anregungen, die in der Behindertenpolitik ihren Niederschlag finden.
- Der 1978 berufene Landesbeauftragte für Behinderte ist Anlaufstelle der Behinderten und ihrer Verbände. Er nimmt Anliegen der Behinderten auf und setzt sie in konkrete Maßnahmen um.

Sen Sund

- 1) - Im Januar 1979 wurde das Forschungsvorhaben „Telebus“ für Behinderte gestartet; es ist inzwischen zu einem besonders augenfälligen Beispiel erfolgreicher Forschungsförderung geworden, einer Forschungsförderung, die Impulse zu einem humanen Wachstum gibt.
- Neue Technologien werden entwickelt und so eingesetzt, daß sie Menschen zugute kommen; Menschen, die Hilfe brauchen. Darüber hinaus richtet ein Unternehmen in Berlin einen Betrieb ein, der ab Ende dieses Monats Telebusse für den nationalen und den internationalen Markt produzieren wird, in unserer Stadt, die dringend neue industrielle Arbeitsplätze braucht. An der Finanzierung des auf 3½ Jahre angelegten Forschungsvorhabens beteiligt sich der Bundesminister für Forschung und Technologie zu 85%, den Rest trägt das Land Berlin. Als nächste Aufgabe stellt sich die Dauerfinanzierung des Telebus-Vorhabens nach Auslaufen des Forschungsabschnitts. Dies war Gegenstand ausführlicher Erörterungen in der letzten Sitzung des Fachausschusses in diesem Hause.
- Der Integration von Behinderten durch eine Erhöhung ihrer Mobilität dient auch das Forschungsvorhaben „Verkehrsführungssystem für Sehbehinderte“. Es wird ebenfalls zu 85% vom Bundesminister für Forschung und Technologie finanziert und Ende April abgeschlossen sein. Zu dem Vorhaben gehört die Entwicklung und Herausgabe eines Blindenstadtplans völlig neuen Typs. Die ersten Exemplare dieses neu entwickelten Stadtplans sind in diesen Tagen fertiggestellt worden.
- Ergänzt werden die mobilitätssteigernden Maßnahmen durch einen Verkehrskindergarten für behinderte Kinder im Evangelischen Johannisstift in Spandau, an dem sich verschiedene Institutionen beteiligen.
- Die Bundesminister für Forschung und Technologie sowie für Arbeit und Sozialordnung führen ein umfangreiches Aktionsprogramm „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ durch. Bestandteil dieses Programms ist das Forschungsvorhaben „Modellarbeitsplätze für Behinderte in Werkstätten“ in Berlin. Der Behindertenbericht sieht vor, mittelfristig die Lage der Behinderten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und dabei auch Modellarbeitsplätze einzurichten. Mit dem Forschungsprojekt soll diese Absicht verwirklicht werden.
- B) - Das Landesamt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit überprüfte in 212 Betrieben rund 12 500 Arbeitsplätze von Schwerbeschädigten auf die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen. Es war erfreulich, daß wir bei dieser Gelegenheit feststellen konnten, daß gravierende Verstöße dort nicht vorgelegen haben.
- Durch das Anedore-Leber-Berufsbildungswerk wurden 344 Ausbildungsplätze und Plätze in berufsfördernden Maßnahmen für behinderte Jugendliche geschaffen.
- In anerkannten Werkstätten für Behinderte stehen derzeit über 1 100 Plätze zur Verfügung.
- In Berlin wird in zentraler Lage ein Gästehaus für Behinderte gebaut. Das Gästehaus wurde als vielfältig nutzbare Stätte der Begegnung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten konzipiert. Es soll im Frühjahr 1982 fertiggestellt sein.
- Bei den dem Senator für Bau- und Wohnungswesen vorbehaltenen Ingenieurbauten für den ruhenden Verkehr - das sind wohl Parkplätze und Parkhäuser - sind grundsätzlich Stellplätze für Behinderte vorgesehen. Bordsteine werden jetzt beim Neu- und Umbau von Straßen grundsätzlich und bei vorhandenen Straßen nachträglich entsprechend den Bedürfnissen abgesenkt. Grundlage dafür sind die Ausführungsvorschriften zum Berliner Straßengesetz über die Anlegung von Geh- und Radwegen.
- Bei der Neufassung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen ist beabsichtigt, den Benutzern von Krankenfahrstühlen zusammen mit Fußgängern generell Vorrang vor allen anderen Nutzern von Grün- und Erholungsanlagen einzuräumen. Ein Beispiel für eine solche Planung wird die Neugestaltung des Augsburger Platzes sein, mit der 1982 begonnen werden soll. Hier sind an den zentralen Zugängen Rampen vorgesehen.
- Bei den Ausführungsvorschriften zum Kinderspielplatzgesetz von Berlin werden wesentliche Regelungen, die die Bedürfnisse behinderter Kinder berücksichtigen, zusammen mit der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport erarbeitet.
- Die Belange der Behinderten wurden im Bauordnungsrecht durch Aufnahme einer besonderen Vorschrift in die Bauordnung, in § 73 - Bauliche Maßnahmen für besondere Personengruppen - berücksichtigt. Mit den Ausführungsvorschriften über die Einführung technischer Baubestimmungen - Behinderte im öffentlichen Bereich - vom 1. Oktober 1979 wurde die immer wieder zitierte Norm DIN 18024 als technische Baubestimmung eingeführt. Hierbei geht es um die behindertengerechte Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude.
- (C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mit Absicht diese sehr nüchterne Form der Aufzählung von praktischen Ansätzen gewählt, weil ich glaube, daß eine überzeugende Behindertenpolitik voraussetzt, daß man tatsächlich solche praktischen Probleme löst. Es sind immer zwei Dinge, Grundsätze aufzustellen und wie eine Standarte vor sich herzutragen und die gleichen Grundsätze in praktisches Tun umzusetzen. Ich will deshalb auch bei dem etwas nüchtern anmutenden Duktus bleiben, aber ich glaube, das ist der einzige, der einer wirklich notwendigen Veränderung gerecht werden kann.
- Mit dem sogenannten Standardanpassungsprogramm vom 8. Juli 1980 werden in Bürodienstgebäuden, Gerichten, öffentlichen Einrichtungen behindertengerechte Zugänge, Sanitäranlagen, Warteraumzonen sowie Personenaufzüge geschaffen.
- Im Februar 1981 gab es insgesamt rund 330 rollstuhlgerechte Wohnungen. Im Bau befinden sich etwa 100 integrierte Rollstuhlbewohner-Wohnungen, mit deren Fertigstellung bis Ende 1981 zu rechnen ist. Darüber hinaus sind 445 Rollstuhlbewohner-Wohnungen oder rollstuhlgerechte Wohnplätze in Heimen geplant, die bis Ende 1983 fertiggestellt sein sollen. Ende Dezember 1983 stünden dann voraussichtlich fast 900 Rollstuhlfahrer-Wohnungen oder rollstuhlgerechte Wohnplätze zur Verfügung. Das entspricht dem derzeit erkennbaren Bedarf.
- Das Diagnose- und Behandlungszentrum für mehrfach behinderte Kinder in der ehemaligen Kinderklinik Charlottenburg wurde eröffnet.
- Die Drogenklinik Frohnau ist fertiggestellt.
- Die genetische Beratungsstelle, die im Institut für Humangenetik der Freien Universität angegliedert ist, arbeitet seit dem 1. Juli 1978.
- (D) - Beratungsstellen „Gesundheitsberatung für Erwachsene“ bestehen inzwischen in den Bezirken Charlottenburg, Wedding, Tempelhof, Neukölln, Tiergarten, Steglitz und Spandau. Noch 1981 sollen Kreuzberg und Reinickendorf hinzukommen.
- Bis einschließlich 1980 wurde die Zahl der Plätze in landeseigenen Sonderkindertagesstätten sowie Sondergruppen auf 1178, in nichtlandeseigenen Einrichtungen auf 623 Plätze, das sind insgesamt 1801 Plätze, ausgeweitet. Bis Ende 1983 wird sich die Platzzahl auf insgesamt 2015 erhöhen.
- Bis Ende 1980 wurden für behinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene insgesamt 550 Plätze in zwölf Heimen und 51 Plätze in Außenwohngruppen, Trainingswohnungen und Wohngemeinschaften geschaffen. Nach Fertigstellung der in Planung oder Bau befindlichen Objekte werden bis 1983 insgesamt 700 Plätze für behinderte Minderjährige und junge Erwachsene in Heimen, Wohngruppen und Wohngemeinschaften zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat sich das Land Berlin durch Finanzhilfen in acht Einrichtungen des übrigen Bundesgebietes weitere über 200 Plätze gesichert.
- Die Zahl der anerkannten heilpädagogischen Pflegestellen ist seit Inkrafttreten der Pflegekinderrechtsvorschriften vom 1. Januar 1979 auf 117 gestiegen. Als Fortsetzung der heilpädagogischen Pflegestellen für Minderjährige wurde ab 1. Januar 1980 die Familienpflege für volljährige Behinderte geschaffen. Somit können Behinderte auch nach Erreichen der Volljährigkeit in den bisherigen Pflegestellen verbleiben, wenn sie es wünschen.
- Die zunächst beabsichtigte Erhöhung der Jugendwerkheimplätze auf 526 soll nicht mehr angestrebt werden. Inzwischen gibt es in Berlin 416 Jugendwerkheimplätze. Nach Fertigstellung eines Baues in der Parchimer Allee wird die Zahl 456 Plätze betragen. Dies wird wegen der inzwischen eingerichteten Arbeitstrainingsbereiche der Werkstätten für Behinderte als ausreichend angesehen. Der Entwurf des Rahmenplans für die Oberstufe der Schule für Geistigbehinderte liegt jetzt vor. Die Konzeption der Jugendwerkheime wird mit diesem

Sen Sund

- (A) Rahmenplan und mit der Konzeption des Arbeitstrainingsbereichs der Werkstätten für Behinderte abgestimmt.
- Um die schulische Versorgung Geistigbehinderter sicherzustellen, wurden in Reinickendorf, Steglitz und Neukölln entsprechende Schulen errichtet, oder sie sind im Bau. In Charlottenburg, Schöneberg und Kreuzberg ist mit dem Beginn noch in diesem Jahr zu rechnen. Eine weitere Schule für den Bezirk Wedding sieht die Investitionsplanung für 1984 vor.
 - Der Senator für Schulwesen beabsichtigt, auf der Grundlage der Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates „Zur pädagogischen Förderung Behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher“ die gemeinsame Förderung von Behinderten und Nichtbehinderten im Bereich der Schule weiterzuentwickeln. Deshalb ist beabsichtigt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten über die bereits bestehenden sieben kooperativen Schulsysteme Grund- und Sonderschulen hinaus weitere einzurichten; wenn möglich in jedem Bezirk unserer Stadt.
 - Der Senator für Wissenschaft und Forschung fördert die Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen für die Entwicklung von behindertengerechten Reisebussen und Eisenbahnwaggons. Dadurch soll die Mobilität der Behinderten auch im Fernverkehr gesteigert werden.
 - Die Hochschulen des Landes Berlin haben Behindertenbeauftragte bestellt, die die Aufgabe haben, die Interessen der behinderten Studenten sowie der behinderten Studienbewerber zu vertreten.
 - Beim Studentenwerk Berlin ist eine Behindertenbeauftragte eingestellt worden, um die Situation der behinderten Studenten durch hochschulübergreifende Maßnahmen zu verbessern.
 - Im Berliner Hochschulgesetz wurde eine Vorschrift verankert, nach der die Hochschulen gehalten sind, die besonderen Bedürfnisse der behinderten Studenten zu berücksichtigen. So haben Schwerbehinderte das Recht auf Nachfristen zur Prüfungstermine.
- (B) - Die Hochschulen nehmen bei Bauunterhaltungsmaßnahmen behindertengerechte Umbauten vor. Einzelne Baumaßnahmen sind bereits abgeschlossen. Hierzu gehören zum Beispiel behindertengerechte Toiletten, Zufahrtsrampen.
- Im Studentenwohnbereich erhalten schwerbehinderte Studenten als Härtefälle vorzugsweise Wohnheimplätze. Im übrigen hat der Verwaltungsrat des Studentenwerks Berlin für die behinderten Studenten eine um zwei Jahre längere Wohnberechtigung vorgesehen.

Mit dieser Aufzählung von in den verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen liegenden Ansätzen und Maßnahmen wollte ich den - nicht ganz vollständigen - Versuch unternehmen, eine sorgfältige und praktische Antwort auf die gestellte Frage zu geben.

Zu Ihrer dritten Frage: Politik für Behinderte ist schon deshalb eine Daueraufgabe, weil sich viele Bedürfnisse ebenso wandeln wie die Verfügbarkeit von Ressourcen. Demzufolge müssen wir auch unsere einmal als richtig anerkannten Ziele und die Mittel, die wir in den Dienst dieser Ziele stellen, ständig überprüfen und sie auch gegebenenfalls korrigieren.

Dazu ein Beispiel: Der Behindertenbericht sah vor, verstärkt akustische Lichtsignalanlagen aufzustellen. Durch das Forschungsvorhaben „Verkehrsführungssystem für Sehbehinderte“ haben wir aber Erkenntnisse gewonnen und neue Techniken entwickelt, die es uns gestatten, eine andere - ich meine, eine bessere Lösung zu verwirklichen. Daher werden wir den Behindertenbericht fortzuschreiben und dabei auch Planungen zu revidieren haben.

Weitere Maßnahmen stehen unter anderem in folgenden Bereichen an: Der Telebus-Fahrdienst ist auf eine beständige Grundlage zu stellen. Das Forschungsprojekt „Modellarbeitsplätze für Behinderte“ ist voranzubringen. Eine Wohnstättenplanung für Behinderte ist erforderlich.

Die Hauptlast der Beratung und der Hilfe für Behinderte liegt bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und den Bezirken. In dem eng gewordenen Finanzrahmen wird sich der Senat darum bemühen, deren Arbeitsvoraussetzungen zu verbessern. Dazu gehört, daß geprüft werden muß, ob - gegebenen-

falls durch Umschichtung von Mitteln - freigemeinnützige Träger die Chance für eine Intensivierung ihrer Behindertenarbeit erhalten können.

Die Arbeit für Behinderte muß stadtteilorientiert sein. Die dafür erforderlichen Mittel sollten daher weitgehend von den Bezirksverwaltungen selbstverantwortlich ausgegeben werden können. Es muß mittelfristig erreicht werden, daß den Bezirken Mittel für sozialpädagogische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Politik für Behinderte kann nicht ohne die Mitwirkung der Betroffenen erfolgen. Daher sind die Voraussetzungen dafür noch weiter zu verbessern. Die Behinderten müssen unkonventioneller in den Dialog mit Behörden eintreten können. Es werden daher gemeinsam Überlegungen anzustellen sein, inwieweit in den Bezirken das Amt eines bezirklichen Behindertenbeauftragten geschaffen werden kann. Arbeitskreise, die sich vielerorts gebildet haben, mitunter auch Beiräte, bedürfen der Verzahnung mit den örtlichen Verwaltungen, aber auch mit dem Landesbeauftragten für Behinderte.

Eine bedarfsgerechte Ausstattung der für Behindertenfragen zuständigen Abteilungen in den Bezirksverwaltungen und in der Hauptverwaltung sowie eine ausreichende Qualifizierung der dort beschäftigten Mitarbeiter ist eine unabdingbare Voraussetzung einer wirksamen Hilfe und Betreuung. Hier müssen es strukturelle und organisatorische Veränderungen ermöglichen, die erforderlichen Hilfen zielgerichtet und effektiv anzubieten. Es müssen Wege gefunden werden, die zu einem integrierten Beratungsangebot führen. Ansätze dazu sind vorhanden. Ich erinnere an Wilmersdorf und an Kreuzberg, wo Beratungsstellen zumindest räumlich zusammengeführt worden sind bzw. zusammengeführt werden sollen.

Wir dürfen es uns nicht so leicht machen, daß wir bei diesen Fragen immer nach neuen und zusätzlichen Aufstockungen rufen. Wir müssen auch strukturelle Veränderungen ins Auge fassen, so schwierig das ist. Das wissen wir alle aus sehr leidvoller Erfahrung.

Nach Auffassung des Senats sind die Sozialen Dienste auszubauen. Das gilt für ambulante Dienste, zu denen sich der Behinderte hinbegeben kann, das gilt für häusliche Dienste, deren Personal den Behinderten aufsucht. Dazu gehört auch das Angebot einer flächendeckenden Hauskrankenpflege.

Eine Verbesserung der psychiatrischen Versorgung soll vor allem durch einen Ausbau des ambulanten Bereichs erfolgen; dadurch kann die stationäre entlastet werden. Besonders dringend ist der Ausbau von Wohngemeinschaften für psychisch Kranke und die finanzielle Absicherung der inzwischen vorhandenen Wohngemeinschaften.

Zu Ihrer vierten Frage: Zwischen der Politik für Behinderte auf Bundes- und Landesebene - und Sie haben das, Herr Abgeordneter Mertsch, in der Begründung eindrucksvoll ausgewiesen - besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Das inzwischen verwirklichte Aktionsprogramm zur Förderung der Rehabilitation, das die Bundesregierung - und Sie bezogen sich ausdrücklich darauf - 1970 vorgelegt hatte, ist auch den Behinderten in Berlin zugute gekommen. Dies gilt für gesetzgeberische, dies gilt auch für andere Maßnahmen, zum Beispiel für den Auf- und Ausbau von Einrichtungen für alle Bereiche der Rehabilitation. Der Senat begrüßt es, daß die Bundesregierung im Sommer 1980 ein Aktionsprogramm „Rehabilitation in den achtziger Jahren“ verabschiedet hat. Es schreibt das Programm von 1970 fort, und es setzt folgende Schwerpunkte:

- Weiterentwicklung des Rehabilitationsrechts,
- Verstärkung vorbeugender Maßnahmen durch eine verbesserte Früherkennung, Frühbehandlung und Frühförderung,
- Vervollständigung des Angebots an Einrichtungen der medizinischen und beruflichen Rehabilitation,
- weitere Verbesserung der Bildungschancen für Behinderte,
- weitere Maßnahmen zur Eingliederung ins Arbeitsleben, vor allem der arbeitslosen Schwerbehinderten,
- Unterstützende Hilfen zur gesellschaftlichen Integration,
- Verbesserung im Verfahrensbereich, verstärkte Beratung, Auf- und Fortbildung von Rehabilitationsfachkräften, Förderung von Forschung und Dokumentation.

Sen Sund

- 1) Es liegt auf der Hand, daß von der Realisierung dieser Maßnahmen eine ganz erhebliche Schubkraft auch für die Behindertenpolitik in Berlin ausgehen wird. Auch von den Empfehlungen, die die Nationale Kommission zum Internationalen Jahr der Behinderten erarbeitet hat, können wir positive Auswirkungen erwarten.

Umgekehrt hat zum Beispiel die Bestellung eines Landesbeauftragten für Behinderte in Berlin die Initialzündung dafür gegeben, daß ein Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten eingesetzt worden ist. Er koordiniert die Behindertenpolitik innerhalb der Bundesregierung, er verstärkt die Zusammenarbeit mit und zwischen den Rehabilitationsträgern und Behindertenverbänden, er trägt dazu bei, Schwachstellen im Behindertenrecht zu erkennen und zu beseitigen.

Mit der Einsetzung des Bundesbeauftragten verbinden sich hohe Erwartungen. Er wird ihnen nur dann gerecht werden können, wenn ihn die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat nicht allein lassen. An der nachdrücklichen Unterstützung durch Berlin wird es nicht fehlen. Denn über den Bundesbeauftragten sieht der Senat die Möglichkeit, die auf vielen Gebieten beispielhafte Politik für Behinderte in Berlin bundeseinheitlich abzusichern und anderen Bundesländern mit unseren Erfahrungen zu helfen. Dies betrifft vor allem die in den letzten Jahren in Berlin mit erheblicher Unterstützung des Bundesministers für Forschung und Technologie eingeleiteten Forschungsvorhaben. Alle diese Projekte sind so angelegt, daß ihre Ergebnisse auf die anderen Länder der Bundesrepublik übertragen werden können. Der Senat hält es für gut, wenn Berlin auf diese Weise auch ein gebender Partner sein kann.

Zu Ihrer fünften Frage: Die Arbeitsmarktentwicklung für Schwerbehinderte ist dadurch gekennzeichnet, daß der Anteil der schwerbehinderten Arbeitslosen, der eine Berufsausbildung hat, unter dem Durchschnitt aller Arbeitslosen liegt, daß sich unter den arbeitslosen Schwerbehinderten besonders viele ältere befinden, daß die Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten im allgemeinen länger als bei Nichtbehinderten dauert und daß die schwerbehinderten Arbeitslosen eine ungünstige berufsfachliche Verteilung aufweisen.

- 2) Wir müssen unsere Bemühungen darauf ausrichten, eine höhere Qualifizierung der behinderten Arbeitnehmer zu erreichen, um damit ihre Arbeitsmarktchancen günstiger zu gestalten. Uns stehen für die Berufsausbildung behinderter Jugendlicher die folgenden Ausbildungsstätten zur Verfügung:

- Die Johann-August-Zeune-Schule für Blinde und Berufsfachschule Dr. Silex mit 45 Plätzen für die Berufsausbildung Blind- und schwer Sehbehinderter.
- Das Berufsbildungswerk im Rot-Kreuz-Institut mit bis zu 170 Plätzen für die Berufsausbildung geistig und seelisch Behinderter sowie mit 30 Plätzen für berufsvorbereitende Maßnahmen.
- Das schon erwähnte Annedore-Leber-Berufsbildungswerk mit 344 Ausbildungsplätzen und Plätzen in berufsvorbereitenden Maßnahmen für körper- und lernbehinderte Jugendliche.

Der Anteil der schwerbehinderten Arbeitnehmer in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnte, soweit der Senat Arbeitgeber ist, bis Ende Januar 1981 im Programmbereich Arbeiter und Jugendliche auf rund 11 Prozent und im Programmbereich Angestellte auf rund 19 Prozent erhöht werden.

Zahlen über die Erwerbsbeteiligung der Schwerbehinderten in Berlin (West) liegen nicht vor, da weder der Mikrozensus noch die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit entsprechend untergliedert sind. Eine spezifische Arbeitslosenquote für schwerbehinderte Arbeitskräfte kann daher nicht angegeben werden. Der Anteil von 11 Prozent arbeitsloser Schwerbehinderter an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Berlin (West) im Jahresdurchschnitt 1980 läßt aber darauf schließen, daß schwerbehinderte Arbeitskräfte überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Daß die Arbeitsmarktentwicklung für Schwerbehinderte in den letzten Jahren nicht noch ungünstiger verlaufen ist, dürfte maßgeblich auf die seit 1976 durchgeführten drei Sonderprogramme des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte zurückzuführen sein. Im Rahmen der drei Sonderprogramme konnten

bis Ende Dezember 1980 in Berlin rund 1 450 Arbeits- und Ausbildungsplätze mit Schwerbehinderten besetzt werden. (C)

Nach Auffassung des Senats sind große Anstrengungen notwendig, um der Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten zu begegnen. Die Pflichtquote zur Beschäftigung Schwerbehinderter wird von vielen Arbeitgebern, auch von öffentlichen Arbeitgebern, nicht erfüllt. Die Ausgleichsabgabe von 100 DM pro unbesetzten Platz und Monat ist offensichtlich zu niedrig, und sie müßte spürbar erhöht werden.

[Beifall]

Darüber hinaus sollte eine Berichtspflicht im Gesetz verankert werden, nach der alle öffentlichen Arbeitgeber ihren Parlamenten gegenüber Rechenschaft ablegen müssen,

[Vetter (CDU): Sehr gut!]

inwieweit sie ihrer Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nachkommen. Für Berlin bleibt aber festzuhalten: Der öffentliche Dienst übertrifft die Pflichtquote deutlich. Die privaten Arbeitgeber zusammengenommen erreichen sie fast.

Zum Schluß: Die Eingliederung der Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft ist für den Senat ein Kernstück seiner Bemühungen um eine gerechtere Sozialordnung. Der Senat wird daher die Politik für Behinderte auch künftig mit der Beharrlichkeit und mit der Beständigkeit fortsetzen, die sein Handeln auf diesem Gebiet in den letzten Jahren gekennzeichnet hat, und dafür bittet der Senat auch weiterhin um Ihre Unterstützung.

[Beifall bei der SPD und F.D.P.]

Stellv. Präsident Baetge: Ich eröffne die Besprechung. Als erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Rüter.

Dr. Rüter (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Senator Sund hat eine ungeheure Fülle von Maßnahmen dargestellt, vornehmlich unter dem Fragepunkt 2, die seit 1977 in Berlin für die Behinderten durchgeführt worden sind. Dies war eine solche Fülle, daß man fast die Befürchtung hegen muß, daß diejenigen in ihrer Argumentation Auftrieb erlangen, für die das soziale Netz in der Bundesrepublik zu eng geknüpft ist. Ich selber hege diese Befürchtung. Ich habe Anlaß dazu im Hinblick auf einen Artikel, der in einer seriösen Wochenzeitung vor etwa vier Wochen erschienen ist und in dem darauf hingewiesen wird, daß wir Deutschen ein Volk der Behinderten geworden seien aufgrund der falschen Interpretation des Begriffs des Behinderten in der Neufassung des Schwerbehindertengesetzes. In diesem Artikel werden Dinge aufgezeigt, die vordergründig – und ich unterstreiche das – ein Grausen hervorrufen könnten. Hier werden Bundesbürger geschildert, die in der Lage sind, Punkte zu sammeln für die Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit (MdE), um damit Vorteile zu erhalten in Bereichen des Wohnens, der Arbeitswelt, des Telefons, der Steuern, des Rundfunks und Fernsehens. Und es wird der groteske Fall eines Bonner Beamten angeführt, der eine MdE von 60 Prozent hat und trotzdem – ich vermute für eine Dienstreise – für tropentauglich erklärt worden ist. (D)

Meine Damen und Herren, ein solcher Artikel, der Fehlinterpretationen eines Gesetzes in dieser Form pauschaliert, ist gefährlich. Er enthält geheimes Sprengstoff gegen die bisherigen Bemühungen in der Bundesrepublik, die Nebenwirkungen und die Nebenwirkungen der Behinderten abzubauen, er enthält Sprengstoff, weil er auf einen Trend in der Bevölkerung eingeht, der angesichts immer knapper werdender finanzieller staatlicher Mittel und einer zunehmend kritischen Betrachtung der Bürger, wozu ihre Steuergelder verwendet werden, darauf hinausläuft, daß Behindertenpolitik insgesamt pauschal in diese Ecke gedrängt wird. Wir alle sollten uns gegen einen solchen Trend wehren,

[Beifall des Abg. Hiersemann (SPD)]

denn wenn man in den Wirtschaftsteil von Zeitungen beispielsweise – und dieser Artikel ist auch im Wirtschaftsteil erschienen – hineinblickt, dann erkennt man gewisse Tendenzen der Umschichtung nicht in dem Sinne, wie Herr Senator Sund das

Dr. Rüter

(A) gesagt hat, sondern im Sinne der Umschichtung von Geldern aus dem sozialen Bereich - um es ganz grob zu sagen - in den unternehmerischen Subventionsbereich. Ich finde es deshalb gut, daß Herr Senator Sund hier einen Katalog sinnvoller Maßnahmen dargestellt hat, und möchte nur erinnern an das Übersoll bei der vielfach geforderten Planung und Erstellung rollstuhlgerechter Wohnungen von - man höre! - 215 Wohnungen, an die Vergrößerung der Platzzahl in Sonderkindertagesstätten und Sondergruppen. Der Katalog könnte um eine ganze Anzahl aktueller Aktivitäten erweitert werden, beispielsweise die Aktionswoche für behinderte Kinder und Jugendliche des Hauses Rupenhorn, die im Januar stattgefunden hat und im Mai fortgeführt werden soll.

Zu den sinnvollen Maßnahmen sind auch zu rechnen die Modellversuche, als Beispiel der Modellversuch Telebus und die Modellarbeitsplätze für Behinderte. Dazu ist hier allerdings die Kritik zu erwähnen, die von vielen Behinderten vorgetragen wird, nämlich die, daß Modellversuche Geld kosten, ohne daß deren positives Ergebnis feststünde, und daß ein Modellversuch, wenn er erfolgreich verläuft, mit Folgekosten belastet ist. Behinderte befürchten, daß durch derartige Kosten die Finanzierung ihrer normalen Arbeit sowohl auf der Ebene des Staates als auch der Verbände, als auch in anderen Bereichen gefährdet, eingeschränkt wird. Ich darf hierzu ein Beispiel nennen: Da gibt es eine große Behindertengruppe, organisiert in einem eingetragenen Verein, die natürlich die Befürchtung hat oder glaubt, daß ihre Forderung nach einer weiteren Sozialarbeitsstelle durch derartige Kosten anläßlich von Modellversuchen nicht erfüllt werden könne. Ich meine, diese Kritik ist in diesem Punkt nicht gerechtfertigt, denn wir müssen auch nach vorne sehen, wir müssen, wie Herr Senator Sund gesagt hat, Behindertenpolitik immer neu überdenken; wir können und müssen uns moderner Hilfsmittel bedienen, und wenn wir uns die Begleitung dieser Modellversuche im zuständigen Ausschuß einmal ansehen, dann müssen wir feststellen, daß eine sinnlose Ausgabe von Geld nicht stattgefunden hat und eine Kritik insoweit nicht berechtigt ist.

(B) Wenn ich vom Telebus spreche, der, wie ich an anderer Stelle gesagt habe, nun nahezu schon zum Stadtbild gehört, dann sollten wir allerdings auch bedenken, daß er nicht das alleinige Mittel sein kann, um die Mobilität der Behinderten zu erhöhen. Es gibt genügend Körperbehinderte, die den Telebus nicht benutzen können, und es gibt eine ganze Menge, die ein großes Interesse daran haben, die BVG benutzen zu können. Ich meine, diesen ganz normalen Bereich des Verkehrs sollten wir mehr in Augenschein nehmen, denn es kommen heftige Klagen aus dem Bereich in die Richtung, daß beispielsweise die letzten zwei oder drei Bustypen der BVG alles andere als behindertengerecht geworden sind, was Ausstiegs- und Einstiegshöhe dieser Busse angeht. Behinderte werden demonstrieren können, wie schwer es ist, in diese Busse hineinzukommen, ganz speziell, wenn man keine Hilfsperson bei sich hat.

Um den Verkehrsbereich auszuweiten: Dies gilt im übrigen auch für die U-Bahnhöfe. Die neueren U-Bahnhöfe haben Rolltreppen, wo zumindest Rollstuhlfahrer und Körperbehinderte mit Hilfspersonen - -

[Wahl (F.D.P.): Welche denn?]

- Die meisten neugebauten U-Bahnhöfe haben diese Rolltreppen, so daß hier eine gewisse Erleichterung vorhanden ist; aber nahezu alle alten U-Bahnhöfe verfügen nicht über diese modernen Hilfsmittel, und der Behinderte, der eine größere - -

[Vetter (CDU): Nennen Sie mal einen einzigen!]

- Ja, nebenan hier beispielsweise, Rathaus Schöneberg!

[Vetter (CDU): Na, wunderbar, dann fahre ich nachher mal U-Bahn!]

- Na ja, bitte, es gibt eine ganze Reihe anderer, Herr Vetter! - Ich meine also, daß es zumindest eine langfristige Forderung sein sollte, auch in diesen U-Bahnhöfen den Behinderten eine leichtere Zugangsmöglichkeit zu schaffen, um die Mobilität dieser Mitbürger zu vergrößern. Natürlich spielen dabei die Kosten auch wieder eine große Rolle, wir sollten es aber auf jeden Fall als Ziel und Forderung der Behindertenpolitik weiter verfolgen.

(C) Kommen wir zur Mobilität der Behinderten in ihren Autos. Herr Senator Sund hat darauf hingewiesen, daß grundsätzlich in den Verkehrsflächen und ingenieurbauten Stellplätze für Schwerbehindertenefahrzeuge eingerichtet werden sollen; ich glaube, bei diesem „grundsätzlich“ darf es eigentlich gar nicht bleiben, man sollte dies zur Forderung erheben, daß zumindest - gemessen an der Zahl der Behinderten in Berlin - zehn Prozent dieser Stellplätze Behinderten zur Verfügung gestellt werden, gleichgültig, ob es sich um öffentliche Stellplätze oder um private Stellplätze nach der Garagenordnung handelt. Allerdings ist auch jetzt schon festzustellen: Die wenigen Behinderten-Stellplätze, so vorhanden, werden in der Regel schon von Nichtbehinderten in Anspruch genommen; der Schwerbehinderte hat selten etwas von ihnen. Da muß man, meine ich, fordern, daß über polizeiliche oder andere Möglichkeiten sichergestellt wird, dies zu ändern.

Herr Senator Sund hat die Bürgernähe angesprochen, und dazu darf ich auch noch etwas sagen. Es gibt unter den Behinderten sehr große Klagen darüber - nicht so sehr auf der Bezirksebene, sondern im Bereich der Kooperation zwischen den Arbeitsämtern und der Senatsebene -, was den Bereich der beruflichen Fortbildung und der Rehabilitation angeht. Ich glaube, da sind gewisse Verbesserungen vonnöten. Gleiches gilt für die Arbeit der Hauptfürsorgestelle und der Versorgungsämter. Man hört immer wieder, daß die medizinischen Dienste dort zu langsam arbeiten. Ich glaube, daß hier eine drastische Verkürzung der Entscheidungslinien notwendig ist. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß auch eine Änderung der Personalstruktur stattfindet, denn ich vermag nicht einzusehen, daß der größte Teil der dort negativ entschiedenen Fälle vor dem Sozialgericht dann positiv entschieden wird, allerdings nach Anhörung von Gutachtern und Obergutachtern

[Vetter (CDU): ... und Hauptgutachtern!]

- und Hauptgutachtern! Die kommen auch noch hinzu, was im übrigen die Bearbeitungszeiten solcher Fälle weiter wesentlich vergrößert.

(D) Meine Damen und Herren, gerade Behinderte - ich darf auf den letzten Punkt kommen - wissen in ihrer Mehrzahl, daß sie nicht von der staatlichen Hilfe allein leben können. Es ist der Bereich in unserer Gesellschaft, der am wenigsten nach dem Staat ruft. Davon zeugt die große Anzahl traditioneller Verbände, die, als Kriegsoffiziersverbände gegründet, sich in neuerer Zeit den modernen Aufgaben gestellt haben. Dazu rechnen auch - und dieses ist der Punkt - die große Anzahl von Selbsthilfegruppen, die sich in der Stadt bemerkbar machen. Man kann dieses vielleicht mit der Bewegung der Bürgerinitiativen vergleichen und mag sie als ein vorläufiges Zeichen der Zeit betrachten. Sie könnten aber auch ein Indiz dafür sein, daß Staat und Verbände die Zukunftsaufgaben noch nicht sehen, die diese Behindertenselbsthilfegruppen sehen, d. h. daß bei ihnen das aktuelle Verständnis von Behindertenarbeit schon weiter ist, als es in den Gesetzen normiert ist.

Ich jedoch meine, daß, vor allem wenn man sich die Selbsthilfegruppen im Krebshilfebereich betrachtet, die Behinderten in diesen Selbsthilfegruppen eigentlich die effektivste Behindertenarbeit sehen, die beruht auf Solidarität und auf gegenseitiger Hilfe.

Damit komme ich zum Schluß und ziehe den Kreis zu meinen einleitenden Worten: Der Staat kann den Rahmen schaffen, um finanziell und möglicherweise auch organisatorisch die Behindertenarbeit zu unterstützen. Ausnutzung von Gesetzeslücken und Gesetzesfehlhandlungen dürfen nicht dazu führen, daß in manchen Bereichen der Gesellschaft gesagt wird: Nun ist es aber genug mit dem Geld, nun ist es genug mit den Finanzen - dies gilt auch für Modellversuche -; denn Behinderte helfen sich, soweit es geht, selbst. Neben Geld brauchen sie unsere Solidarität, unsere Hilfe, als Nachbar, als Mitarbeiter, als Freund und auch als Verwandter. - Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Baetge: Nächster Redner ist der Kollege Peter Vetter.

Vetter (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Senator Sund, die CDU-Fraktion hat den Eindruck, daß

Vetter, Peter

- (A) Sie sich ein paar Wochen vor der Wahl diese Große Anfrage bestellt haben; denn dies ist eine Jubelanfrage, bei der Sie sich noch einmal richtig profilieren wollen. Sie haben uns hier nun einen Maßnahmenkatalog aufgezeigt, Herr Senator. Ich kann dazu nur sagen: Diesen habe ich irgendwo schon einmal gehört; ich glaube, im ICC, da haben Sie dieselbe Rede schon einmal so ähnlich vorgetragen.

[Beifall bei der CDU]

Und es steht ja auch bereits fast alles im Behindertenbericht drin. Aber wer nicht richtig zugehört hat, hat vielleicht die vielen kleinen Unterschiede nicht mitbekommen – und deswegen möchte ich sie wiederholen. Ich zitiere deshalb nur einmal aus dem Behindertenbericht, wo Sie mit 69 Maßnahmen genauso verfahren haben, wie heute hier in Ihren Ausführungen. Ich habe mich gewundert, daß die deutsche Sprache so blumenreich sein kann, indem man für ein und dieselbe Sache so viele Worte finden kann. Zum Beispiel: Der Senat setzt sich ein, der Senat will eine Arbeitsgruppe einsetzen, der Senat prüft die Möglichkeit, es ist zu prüfen, es soll geschaffen werden, es soll eingerichtet werden, auf die Beseitigung ist hinzuwirken, ein Ausbau ist vorgesehen, eine Einrichtung ist geplant, es wird angestrebt zu schaffen. – Ich habe hier noch eine ganze Seite voll. Das heißt, Sie haben eigentlich nur versprochen, Herr Senator, aber konkrete Aussagen habe ich bei Ihnen eigentlich nicht oft feststellen können.

[Hiersemann (SPD): Dann haben Sie nicht richtig hingehört!]

– Ich habe ja nicht gesagt, daß keine gemacht wurden. Sicherlich, der Telebus ist gut. Mit unserer Hilfe wird auch noch etwas Vernünftiges dabei herauskommen, haben Sie keine Sorge.

Lassen Sie mich aber für die CDU-Fraktion einige kritische Punkte anbringen zu dem, was der Senator gesagt hat bzw. auch nicht gesagt hat.

- (B) 1. Die Beratung für Behinderte ist immer noch so, daß die Behinderten durch fünf Senatsdienststellen wandern müssen, um vernünftige Auskünfte zu bekommen, obwohl Herr Berg sich große Mühe gibt. Aber er schwimmt nun einmal in einem großen Teich, wo er kein Land sieht. Im Landesversorgungsamt II z. B. herrschen bei den Gutachtern teilweise noch immer chaotische Zustände – der Kollege Rüter hat dies auch schon gesagt. – Wir haben eigentlich erwartet, daß es da endlich zu einer Verbesserung kommt.

2. Die ambulanten und offenen Dienste für Behinderte müssen endlich verstärkt werden.

3. Die Beseitigung von baulichen und technischen Hindernissen. Meine Damen und Herren, Sie werden es mir nicht verübeln, daß ich dazu jetzt nicht alles aufzähle – angefangen bei der Absenkung der Bürgersteige, bis zu den Telefonzellen –, wer die eigentlich konzipiert hat, weiß ich auch nicht genau, denn die sind meistens nämlich gar nicht so behindertengerecht; da müßte man sich sicherlich eine andere Konzeption überlegen. Ich muß hier noch einmal deutlich sagen, Herr Senator: Sie haben zwar einiges initiiert, was im öffentlichen Bereich, nämlich bei einigen Bezirksämtern, auch schon umgesetzt worden ist, aber das reicht bei weitem nicht aus.

4. Den Punkt hat der Kollege Rüter auch schon angesprochen, und der Senator hat es mit Zahlen eindrucksvoll belegt – nur mir fehlt der Glaube; nämlich die Vergrößerung der Zahl behindertengerechter Wohnungen. Herr Senator, Sie haben hier Zahlen genannt, die durchaus beeindruckend konnten. Nur frage ich mich, wie es – bei dieser guten Ausgangslage – dazu kommt, daß ich so viele Bitten und Beschwerden von Behinderten bekomme, die eine Wohnung suchen, und zwar nicht nur Wohnungen, in denen der Behinderte alleine wohnen kann, sondern auch Einrichtungen – Wohngemeinschaften und dergleichen –, wo der Behinderte zwar seinen eigenen Wohnbereich hat, aber trotzdem 24 Stunden rund um die Uhr Hilfe und Betreuung hat.

Und ich weiß auch nicht, Herr Senator, ob Sie sich schon einmal Gedanken gemacht haben über das Problem der Fehlbelegung. Was passiert denn, wenn ein Behinderte eine behindertengerechte Wohnung bekommen hat und dann verstirbt oder wegen der Schwere seiner Behinderung in eine Einrichtung kommt? – Der Partner kann in dieser Wohnung bleiben!

- (C) Es gibt so mit Sicherheit eine Anzahl von Wohnungen – vielleicht kann man das auch einmal erheben –, die fehlbelegt sind durch Personen, die gar keine Behinderung haben.

5. Früherkennung und Geburtsnachuntersuchung bis zum Schulalter: Herr Senator. Die Meldepflicht für Behinderte – obwohl das ein sehr schlimmes Wort ist – macht ja allseits einige Schwierigkeiten. Ich persönlich bin ein Verfechter dieser Meldepflicht und spreche mich deshalb dafür aus, daß wir dazu kommen sollten, daß Ärzte, Schwestern usw. auch wirklich eine Früherkennung vornehmen können. Denn Sie wissen ja, daß eine Vielzahl von Behinderungen gerade im Kindesalter festgestellt werden kann. Die Behinderung im Kindesalter kann zwar oft nicht beseitigt, aber so behandelt werden, daß der Behinderte später lebensfähig, und zwar allein lebensfähig ist. Ich möchte Sie darum bitten, eine Konzeption zu entwickeln, wie man die Eltern dazu – ja lassen Sie mich das so sagen – „zwingen“ kann, von der Geburt bis zum schulpflichtigen Alter ihr Kind untersuchen zu lassen, um so früh helfen zu können. Ich kann Ihnen viele Briefe zeigen, in denen behinderte Jugendliche und Erwachsene anklagen: Wenn meine Eltern nur früher mit mir zum Arzt gegangen wären, dann wäre mir viel erspart geblieben – übrigens auch dem Steuerzahler und dem Staat, der das zu verwalten hat.

6. Die Frühförderung behinderter Kinder, Herr Senator, ist sicherlich sehr wesentlich, und dabei lassen Sie mich auch bewußt den Sport ansprechen. Der Schulsport ist ja gerade für behinderte Kinder sehr „unterentwickelt“, um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken. Hier ist noch ein großes Feld zu bearbeiten.

7. Wir müssen – und das wurde ja bereits angesprochen – bessere Möglichkeiten für die Berufsausbildung von behinderten Jugendlichen ebenso wie für die Qualifikation von behinderten Erwachsenen schaffen müssen.

8. Es gibt eine Verordnung, die heißt „Kunst am Bau“. Ich glaube, 1 % oder ½ % der Bausumme muß für Kunst am Bau ausgegeben werden. Ich habe zwar nichts gegen Kunst, wenn ich der Sache auch nicht so sehr viel abgewinnen kann, aber ich glaube, wenn man endlich dazu käme, den gleichen Betrag noch einmal für behindertengerechtes Bauen verwenden zu können, dann wäre sehr vielen geholfen. Das muß nicht immer die behindertengerechte Wohnung selbst sein, sondern es können durchaus z. B. auch breitere Fahrstuhl Türen oder stufenlose Eingänge in Häusern sein, in denen keine behindertengerechten Wohnungen sind, denn vielleicht will auch einmal ein Freund, der behindert ist, mich besuchen. Wenn man also, analog der Summe „Kunst am Bau“, ½ % der Bausumme für behindertengerechtes Bauen aufwenden würde, wäre das sicherlich eine sehr gute Sache.

[Beifall bei der CDU]

9. Ich glaube außerdem, daß die geltenden DIN-Normen einer Überprüfung nicht standhalten; hier müßte sehr schnell etwas unternommen werden.

10. Die Teilnahme der Behinderten am gesellschaftlichen Leben muß auf allen Gebieten ermöglicht werden. Ich will z. B. nur auf die Teilnahme der Behinderten am Katholikentag in der Halle 3 des Ausstellungsgeländes hinweisen. Nur 40 Rollstuhlfahrer durften hinein. Glücklicherweise war schönes Wetter, so daß es keine Schwierigkeiten bereitete, auch die 80 Rollstuhlfahrer vor der Tür einzubeziehen; indem die Messe nämlich draußen abgehalten wurde. Ich meine aber, daß ein Versammlungsraum für Behinderte, z. B. für Rollstuhlfahrer, geschaffen werden sollte. Dieser Mehrzweckraum sollte aber mehr als nur 40 Rollstuhlfahrer aufnehmen können. Es ist unbefriedigend und unzureichend, daß dies bisher nicht möglich ist; deshalb muß ein größerer, auch anders nutzbarer Versammlungsraum endlich gebaut werden.

11. Die Struktur der Werkstätten für Behinderte – die BWB oder angeschlossene Einrichtungen – muß mit dem Hauptziel einer verbesserten Entlohnung verändert werden. Mit dieser Aufgabe, Herr Senator, werden wir uns noch sehr lange beschäftigen müssen.

Lassen Sie mich noch eine praktische Anmerkung zur Anpassung von Bauten an die Bedürfnisse von Behinderten machen. Sie wissen, Herr Senator, daß es in Zehlendorf die Biesalski-Schule für Körperbehinderte gibt. Ich habe es kürzlich im Ausschuß schon gesagt, möchte es aber hier wiederholen: Die Biesalski-Schule ist die einzige Schule in Berlin, die über den normalen Hauptschulabschluß für Körperbehinderte hinausführt.

Vetter, Peter

- (A) Diese Schule hat zur Erweiterung Räume erhalten, die jedoch nicht genutzt werden können, obwohl sie dringend gebraucht werden. Es muß nämlich eine Rabitzwand herausgebrochen werden, und außerdem müssen Tische und Stühle angeschafft werden. Dabei handelt es sich um eine Summe von etwa 20 000 DM. Ich bitte Sie, sich endlich dafür einzusetzen, daß diese Schule für ihre wirklich wichtige Aufgabe diesen Betrag erhält. Das wäre nämlich praktische Hilfe, mit der wir vorankämen.

Politik für Behinderte, meine Damen und Herren, ist von erstrangiger Bedeutung. Sie ist das Herz jeder Sozialpolitik. Die körperlich, geistig oder seelisch Behinderten haben ein Recht auf Hilfe durch den Staat und durch die Gesellschaft. Dieses Recht muß human ausgestaltet und realisiert werden. Das sollte die Aufgabe jeder Regierung sein und wird ab 10. Mai sicherlich auch Aufgabe einer CDU-Regierung sein. Das Ziel der solidarischen Hilfe für die Behinderten ist eine Integration in die Gesellschaft; die Behindertenhilfe – das hat der Kollege Mertsch zu Recht gesagt – aber sollte grundsätzlich Hilfe zur Selbsthilfe sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Baetge: Als nächste hat das Wort Frau Abgeordnete Schmid-Petry.

Frau Schmid-Petry (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich zu der Großen Anfrage einige kritische Anmerkungen anbringen möchte, gestatten Sie mir vorab, im Namen der F.D.P.-Fraktion uneingeschränkt alle Vorhaben, die Behinderten zugute kommen, ausdrücklich zu begrüßen. Ich danke Herrn Senator Sund für seinen Einsatz in den vergangenen Jahren für Behinderte.

[Buwitt (CDU): Eine Abschiedsrede!]

- (B) Dennoch meine ich, daß aus der Formulierung der Großen Anfrage nicht unbedingt geschlossen werden kann, daß hier und heute Probleme, die Behinderte in dieser Stadt haben, zur Sprache kommen sollen. Ich glaube auch, daß die Große Anfrage nicht unbedingt ein geeignetes Instrument ist, die vielfältigen kleinen und auch größeren Probleme, die die verschiedenen Behindertengruppen in dieser Stadt haben, anzusprechen.

Wir scheitern schon an dem Begriff „Behinderte“. Diese ungenaue Bezeichnung schließt die unterschiedlichsten Gruppen ein – ich habe das hier schon öfter vorgetragen –, und wir stehen jedesmal vor demselben Problem. Man kann sich mit Behinderten nur dann differenziert auseinandersetzen, wenn man auch die gemeinte Gruppe differenziert anspricht.

Die Bevölkerung wird nur mit einem Teil der Behinderten konfrontiert. Ich habe schon mehrfach vorgetragen, daß Gehörlose, Sprachgestörte, psychisch Behinderte für den Normalbürger im normalen Leben überhaupt nicht erkennbar sind. Es ist auch nicht unbedingt gesagt, daß es Bürgern, die gewillt sind, auf Behinderte zuzugehen, gelingt, mit diesen Gruppen in Kommunikation treten zu können. Ich gestehe, ich weiß nicht, wie ich mit einem Gehörlosen kommunizieren soll; ich weiß es nicht. Ich kann es wahrscheinlich auch nicht, und der Großteil der Bevölkerung kann es auch nicht, weil er das Instrument nicht kennt, wie man mit einem Gehörlosen sprechen kann. Es gibt auch einen Teil der Behinderten, nämlich die geistig Behinderten, die eigentlich fast aus dem öffentlichen Leben verschwunden sind; Sie begegnen kaum mehr einem geistig Behinderten.

Das Ziel ist sicherlich Integration. Ich will auch gar nicht dem Senat den Willen absprechen, integrieren zu wollen. Wir sollten aber so ehrlich sein und uns eingestehen, daß diese Integration auch von uns nur für einen Teil der Behinderten gewollt ist, nämlich für diejenigen, der integrationsfähig ist. Nun sagen wir, wir möchten Reservate vermeiden, wir möchten gern, daß im normalen Leben Behinderte und Nichtbehinderte miteinander reden, miteinander kommunizieren, miteinander Probleme besprechen. Aber das geht oft nicht. Herr Sund, wenn Sie sagen, es ist kein Widerspruch, sondern Bestandteil einer konsequenten Eingliederungspolitik, wenn wir einerseits Behinderte auf öffentliche Nahverkehrsmittel verweisen, andererseits den Rollstuhlfahrern den Tele-Bus anbieten, dann meine ich: Natürlich ist

dies im kleinen ein Widerspruch – es ist ein ganz erheblicher Widerspruch. Es ist deswegen ein Widerspruch, weil es zwischen einem Rollstuhlfahrer und einer Mutter, die einen Kinderwagen befördern will, keinen allzu großen Unterschied gibt.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Ich fahre fast ausschließlich mit der BVG; es gibt in den öffentlichen Verkehrsmitteln kaum noch Kinderwagen, einfach deswegen, weil Sie einen Kinderwagen nur außerordentlich schwer in einen Bus bekommen.

[Vetter (CDU): Sehr richtig!]

Wir sollten nicht die Bemühungen einstellen, das oberste Ziel zu erreichen, das den Rollstuhlfahrern viel besser helfen würde als der Tele-Bus, nämlich die öffentlichen Verkehrsmittel behindertengerecht zu gestalten. Damit ersparen wir uns viele Probleme und viele Kosten; wir ersparen uns nämlich, daß ein Behindertersich vorher überlegen muß, wann er fahren möchte, denn mit dem öffentlichen Verkehrsmittel kann er jederzeit fahren. Wir sollten klar zum Ausdruck bringen, daß es Ziel dieses Hauses ist, die öffentlichen Verkehrsmittel rollstuhlgerecht zu bauen.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Wir werden uns mit dem Tele-Bus zu gegebener Zeit kritisch auseinandersetzen; wir werden sicherlich einige Korrekturen anbringen müssen. Das sollte aber einer darauf beschränkten Diskussion vorbehalten bleiben.

Daß wir in vielen Fällen gar nicht wissen, wie wir Integration vollziehen sollen, erkennen Sie schon ohne große Mühe daran, daß es gerade in diesem Bereich eine Fülle von Modellversuchen gibt. Das zeigt eigentlich, daß wir in vielen Bereichen am Anfang stehen und nicht wissen, was Integration ist und wie Integration funktioniert.

Ein weiterer Punkt: Ich bin Herrn Sund sehr dankbar, daß er in seiner Rede die gute Arbeit der Wohlfahrtsverbände ausdrücklich hervorgehoben hat. Wir sollten uns auch künftig dafür einsetzen, daß der Bereich des Staates nicht zu Lasten der Wohlfahrtsverbände weiter ausgebaut wird.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Ich möchte jetzt nicht im einzelnen auf die eindrucksvolle Fülle von Maßnahmen, die seit 1977 ergriffen worden sind, eingehen. Ich meine nur, Herr Sund, eine Große Anfrage gibt Ihnen speziell auch die Gelegenheit, darzustellen, wo es in diesem Bereich mangelt.

Gestatten Sie mir noch einmal, daß ich auf die Gehörlosen zurückkomme. In Berlin gibt es keine weiterführende Schule für Gehörlose, vom Besuch einer Hochschule gar nicht zu reden. Da nutzt auch kein Behindertenbeauftragter für die Hochschule. Herr Mertsch hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß es in dieser Stadt Schwierigkeiten bei sprachgestörten Kindern und Mangel an Logopäden gibt. Es gibt den Wunsch des Blindenvereins, einen blinden Sozialarbeiter einzustellen. Es gibt seit langem den Wunsch, die Meldepflicht für Behinderte einzuführen. Es gibt, und das hat Herr Sund vorgetragen, den Ausbau von Sonderschulen für geistig und Lernbehinderte in Berlin. Auch das ist ein Punkt, wo wir wider die Integration handeln, denn je mehr Kindertagesstätten oder Sonderschulen dieser Art es gibt, um so weniger ist eine normale Kindertagesstätte gewillt, ein geistig oder körperlich behindertes Kind aufzunehmen. Der Verweis auf die Sonderschule oder -tagesstätte kommt sofort. Dieses wollen wir nicht. Ich weiß auch, daß nicht jedes Kind integrationsfähig ist. Aber wir sollten bei dem Ausbau sehr sorgfältig sein und den normalen Kindertagesstätten, wo immer es geht, keine Ausreden anbieten, um auf Sonderschulen oder -tagesstätten hinweisen zu können.

[Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Vetter (CDU)]

Integration ist eben oft nur ein frommer Wunsch. Auch die 900 angestrebten rollstuhlgerechten Wohnungen sind natürlich integrationswidrig, da wir dann in einem Bereich nur Rollstuhlfahrer haben. Das wollen wir aber überhaupt nicht.

[Vetter (CDU): Das ist aber geplant!]

Frau Schmid-Petry

- A) Wir müssen eben dafür sorgen, daß es Häuser gibt, wo ein oder zwei Rollstuhlfahrer leben können, während die anderen Bewohner normale Bürger sind.

[Vetter (CDU): Richtig!]

Das ist das Ziel. Es ist nicht das Ziel, Wohnungen oder Wohnkomplexe zu errichten, die bevorzugt für Rollstuhlfahrer freigehalten werden.

Noch ein kritisches Wort zu dem Beauftragtenunwesen. Es soll jetzt Bezirksbeauftragte für Behinderte geben. Wir sollten allmählich von allzu vielen Beauftragten Abstand nehmen. Wir erinnern uns noch an die Schwierigkeit und die Problematik der Frauenbeauftragten in Berlin, wir haben einen Drogenbeauftragten, wir haben einen Datenschutzbeauftragten, es gibt in Zukunft wahrscheinlich noch mehr Beauftragte. Ein Beauftragter ist immer nur so stark wie seine Kompetenzen sind. Die F.D.P.-Fraktion wird sich sehr kritisch mit irgendwelchen Kompetenzen, die Beauftragte in den Bereichen bekommen, auseinandersetzen.

Der nächste Punkt betrifft die Rente. Das soziale Netz, das wir den Mitbürgern anbieten sollen, ist selbstverständlich; wir stehen dazu. Wer nicht in der Lage ist, sich selbst zu unterhalten, der sollte natürlich in den Stand gesetzt werden, angemessen zu leben. Das gilt aber für Behinderte und Nichtbehinderte. Da sollten wir überhaupt keine Ausnahme machen. Ziel ist es – das hat Herr Senator Sund dargestellt –, den Behinderten die Erlernung eines Berufes und dessen Ausübung zu ermöglichen. Wenn sie dies nicht können, sollte es unser Ziel sein, ihnen dann sorgfältige Pflege und Versorgung anzubieten. Das Bargeld ist dann oft keine Lösung.

Ich möchte noch auf ein Problem eingehen, das Herr Dr. Rüter dankenswerterweise bereits angeschnitten hat: den bekannten und zitierten Artikel einer Zeitung. Es gibt sehr viele und in zunehmendem Maße Behinderte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit. Ein Schwerbehindertenausweis bedeutet heute bares Geld. Das Schwerbehindertengesetz von 1974 hat ermöglicht, daß viele Bürger dieses Landes das Gesetz schamlos ausnutzen. Es gibt für Bereiche, die das Wohlbefinden des Bürgers beeinträchtigen, sogenannte MdE-Punkte. Wenn ich 50 MdE-Punkte zusammenbekommen habe – und ich zeige Ihnen, daß das sehr leicht ist, Herr Dr. Rüter hat das auch schon getan –, dann gibt es einen Steuerfreibetrag von 600 DM, dann kann ich damit rechnen, von der Kraftfahrzeugsteuer befreit zu werden, ich erhalte einen ermäßigten Tarif bei der Kraftfahrzeugversicherung, ich habe möglicherweise Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehrssystem – vielleicht sogar ganz umsonst –, man bekommt leichter eine Sozialwohnung, Rundfunk-, Fernseh- und Telefongebühren sind ebenfalls erleichtert, am Arbeitsplatz erhalte ich sechs Tage zusätzlichen Urlaub, ich unterliege einem verstärkten Kündigungsschutz, flexible Altersgrenze; ich möchte das nicht weiter ausführen. Nur, diese Gruppe von Behinderten nimmt den wirklich Behinderten Arbeitsplätze weg. Es gibt in sehr vielen Betrieben und öffentlichen Behörden mehr als 6% Behinderte, die solche Personen sind. Hier müßten wir Abhilfe schaffen, wir sind der Gesetzgeber, und wir müßten uns daran machen, hier möglicherweise initiativ zu werden und das Gesetz zu ändern.

[Vetter (CDU): Das geht nur gemeinsam, vom ganzen Haus!]

Selbstverständlich geht das nur gemeinsam.

Herr Senator Sund, ich fand es gut, daß Sie einen Teil der vom Land Berlin für die Behinderten erstellten Leistungen dargestellt haben. Ich sage nur offen, es hat eines gefehlt: daß Sie nämlich die Probleme, die die Behinderten in dieser Stadt noch haben, nicht erwähnt haben. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der F.D.P.]

Stellv. Präsident Baetge: Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage hat ihre Erledigung gefunden, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 5, Drucksache 8/714:

Große Anfrage der Fraktion der CDU über Haushaltskürzungen und PH-Integration

Die CDU-Fraktion bittet, die Große Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Ich nehme an, daß Sie dagegen nichts einzuwenden haben.

Wir kommen daher gleich zu den

Ifd. Nrn. 6 und 7, Drucksachen 8/707 und 8/708:

Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Vermögensverwaltung vom 12. Februar 1981 zu Vorlagen – zur Beschlußfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nrn. 22 und 12/1980 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Ich lasse zunächst abstimmen über die Beschlußempfehlung zu der Ifd. Nr. 22/1980 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte, Drucksache 8/707. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Enthaltungen so beschlossen.

Nunmehr lasse ich abstimmen über die Beschlußempfehlung zu der Ifd. Nr. 12/1980 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte, Drucksache 8/708. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? Enthaltungen? – Bei mehreren Enthaltungen so angenommen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 8, Drucksache 8/717:

Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft vom 16. Februar 1981 und Beschluß des Hauptausschusses vom 18. Februar 1981 zur Vorlage – zur Beschlußfassung – über Zuwendungen für Forschungsprojekte im Rahmen des Forschungsprogramms Energie in Berlin, Drucksache 8/585

Wird die Berichterstattung für den Ausschuß für Wissenschaft gewünscht? Frau Dr. Besser, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Besser (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlage – zur Beschlußfassung – über Zuwendungen für Forschungsprojekte im Rahmen des Forschungsprogramms Energie in Berlin – Drucksache 8/585 – wurde in der 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 13. November 1980 federführend dem Ausschuß für Wissenschaft, dem Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz, dem Ausschuß für Wissenschaft sowie dem Hauptausschuß mitberatend überwiesen.

Folgende Stellungnahmen wurden abgegeben: 1. im Ausschuß für Wissenschaft einstimmige Zustimmung, 2. im Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz einstimmige Kenntnisnahme und 3. im Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen einstimmige Annahme der Vorlage, soweit es sich um Forschungsprojekte handelt, die inhaltlich von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen betreut oder mitbetreut werden.

Der Wissenschaftsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 16. Februar 1981 beraten und mündliche Berichterstattung beschlossen.

Die Zielsetzung des Programms fand Zustimmung in allen Fraktionen, während seitens der Fraktion der CDU zu Einzelpunkten Bedenken erhoben wurden.

Nach Auffassung der Fraktion der SPD sei die Beurteilung der Projekte im Einzelfall schwierig; die Zustimmung zum Programm könne keine Identifizierung mit den einzelnen Vorhaben sein, wie auch die Verwaltung sicherlich der fachlichen Beratung bedürfe.

Frau Dr. Besser

- (A) Einmütig wurde ein Erfahrungsaustausch mit den anderen Bundesländern begrüßt sowie ein Vermeiden von Doppelforschung gefordert, die zur Zeit durchaus leider noch zu vermerken ist.

Die Fraktion der F.D.P. betrachtet das Programm nur als eine Einfügung in ein vom Bund zu tragendes Energieforschungsprojekt. Vielleicht sollten künftig bestimmte Problembereiche bearbeitet und wissenschaftliche Stellen, die dazu bereits Vorarbeiten geleistet hätten, beteiligt werden.

Generell wurde festgestellt, daß das Programm eine notwendige Demonstration gegenüber den Privatleuten darstellt, eigene Investitionen auf dem Energiesektor vorzunehmen. Das Programm dient eher der Erziehung zur Energieeinsparung als der Forschung.

Der Ausschuß für Wissenschaft empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Baetge: Herzlichen Dank für die Berichterstattung, Frau Dr. Besser. Wird die Berichterstattung für den Hauptausschuß gewünscht? Das ist nicht der Fall. - Wird das Wort zur Beratung gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Der Ausschuß für Wissenschaft empfiehlt die Annahme der Vorlage. Wer der Vorlage, Drucksache 8/585, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9, Drucksache 8/718:

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Familie und Jugend vom 5. Februar 1981 und Beschluß des Hauptausschusses vom 18. Februar 1981 zum Antrag der Fraktion der F.D.P. über Therapieeinrichtung für Drogenabhängige mit noch nicht schulpflichtigen Kindern

(B)

Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Wird das Wort zur Beratung gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. Ich möchte sofort abstimmen lassen über den Antrag der F.D.P. in der Fassung der Beschlußempfehlung, Drs. 8/718. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön! Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 10, Drucksache 8/719

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft vom 2. Februar 1981, des Ausschusses für Vermögensverwaltung vom 12. Februar 1981 und Beschluß des Hauptausschusses vom 18. Februar 1981 zur Vorlage - zur Beschlußfassung - über Gründung der Fachinformationszentrum Chemie GmbH

Wird eine Berichterstattung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wird das Wort zur Beratung gewünscht? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Die Ausschüsse empfehlen die Annahme der Vorlage. Wer der Vorlage, Drs. 8/672, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 11, Drucksache 8/702:

Bericht des 1. Untersuchungsausschusses - 8. Wahlperiode - zur Aufklärung von Grundstücksgeschäften der GeSoBau am Tegeler See

Hierzu:

Antrag der Fraktion der CDU über Konsequenzen aus der Grundstückssache GeSoBau, Drs. 8/733.

- (C)
1. Der Senat wird aufgefordert, durch Erlaß entsprechender Verwaltungsvorschriften oder Dienstanweisungen, erforderlichenfalls durch Vorbereitung etwa notwendiger Gesetzesänderungen, sicherzustellen, daß der Ankauf oder die Anmietung von Grundstücken oder Wohnungen vom Land Berlin oder von Wohnungsbau-Gesellschaften, an denen Berlin beteiligt ist, durch Senatoren und Senatsdirektoren sowie durch leitende Beamte der aufsichtsführenden Senatsverwaltungen gegenüber dem Dienstherrn mitteilungspflichtig sind.
 2. Der Senat wird aufgefordert, durch Änderung seiner Geschäftsordnung sicherzustellen, daß Entscheidungen über die Einleitung und Durchführung von Disziplinemaßnahmen, soweit sie Senatsdirektoren betreffen, nur im Benehmen mit dem Senat getroffen werden dürfen.

Der Verbindung haben Sie bereits in der letzten Plenarsitzung zugestimmt.

Zu diesem Antrag liegt nunmehr ein Änderungsantrag der drei Fraktionen fotokopiert vor.

- (D)
1. Der Senat wird aufgefordert, durch Erlaß entsprechender Verwaltungsvorschriften oder Dienstanweisungen, erforderlichenfalls durch Vorbereitung von Gesetzesänderungen, sicherzustellen, daß beim Verkauf oder der Vermietung von Grundstücken oder Wohnungen durch das Land Berlin oder durch Wohnungsbau-Gesellschaften, an denen Berlin beteiligt ist, Senatoren, Senatsdirektoren und andere leitende Beamte weder hinsichtlich der eingeräumten Konditionen noch hinsichtlich des Vergabeverfahrens begünstigt werden. Der Erwerb eines Grundstücks und der Abschluß eines Mietvertrages sind dem jeweiligen Dienstherrn mitzuteilen.
 2. Der Senat wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß Wohnungsbau-Gesellschaften, an denen Berlin beteiligt ist, nicht länger Vermögenswerte unter Verletzung kaufmännischer Grundsätze veräußern oder vermieten, es sei denn, die nach der Berliner Verfassung zuständigen politischen Instanzen haben hierfür in einem transparenten Verfahren einen präzisen Kriterien-Katalog entwickelt, um bestimmte Personengruppen (beispielsweise kinderreiche Familien) gezielt zu fördern.
 3. Der Senat wird aufgefordert, durch Änderung seiner Geschäftsordnung und durch Vorbereitung etwa notwendiger Gesetzesänderungen sicherzustellen, daß Entscheidungen im Rahmen der Disziplinargewalt, soweit sie Senatsdirektoren betreffen, nur im Benehmen mit dem Senat getroffen werden dürfen.

Damit haben die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der F.D.P. ihre Erledigung gefunden.

Wird das Wort zu einer zusätzlichen mündlichen Berichterstattung zum Untersuchungsausschußbericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Wird das Wort zur Begründung des Antrages gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Rastemborski.

Rastemborski (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn heute hier im Plenum ein Vorgang besprochen wird, der noch im Herbst vorigen Jahres die Berliner Öffentlichkeit beträchtlich interessiert hat, dann meint mancher, die ganze Sache sei überholt, der Schnee von gestern; denn einmal haben die politischen Hauptdarsteller, die Herren Ristock und Lekutat, die Bühne ja inzwischen verlassen; zum anderen geht es unter sozial-liberaler Führung in dieser Stadt ja nicht gerade langweilig zu. Der nächste Untersuchungsausschuß hat sich nahtlos angeschlossen. Die Tätigkeit des Berliner Parlaments besteht

Rastemborski

A) leider im wesentlichen in der Untersuchung und Aufklärung öffentlicher Skandale.

[Beifall bei der CDU]

Wenn also heute dem einen oder anderen an dieser Besprechung die prickelnde Aktualität fehlt, dann liegt das nicht am Thema an sich, sondern daran, daß es eben bei einer sozial-liberalen Regierung nichts gibt, was nicht noch einer negativen Steigerung fähig wäre.

[Beifall bei der CDU]

Ungeachtet dieser Vorbemerkung will ich auch als derjenige, der in den letzten Wochen die Leitung auch dieses Untersuchungsausschusses gehabt hat, vorab allen Mitgliedern des Ausschusses, den Herren Schneider, Vetter, Rzepka, danken für die doch zügige und um Objektivität bemühte Mitarbeit und Zusammenarbeit. Der gewählte Vorsitzende des Ausschusses, Herr Papenfuß, hat die Ausschüßeratungen und öffentlichen Beweiserhebungen in einer sachlichen und sachkundigen Form geleitet. Ungeachtet der politischen Differenz in der Bewertung stehe ich nicht an, Herrn Papenfuß dafür zu danken.

[Beifall bei der CDU und bei der SPD]

Daß der geschätzte Herr Papenfuß nicht selbst als gewählter Vorsitzender die Ausschüßerarbeit zu Ende führen konnte, weil er - wie ich annehme - gegen eigenen Wunsch und Willen die Senatskanzlei übernehmen mußte, liegt nun wiederum am Personenkarussell der Berliner SPD, und das liegt an der vorläufig unheilbaren Krise dieser Partei.

[Beifall bei der CDU]

Der Grund für diese Krise ist ja nicht der Fall Garski und ist erst recht nicht der Fall GeSoBau/Lekutat gewesen, der Grund für diese Krise der Berliner Sozialdemokratie stellt sich aber eben doch an solchen Vorgängen dar,

B) [Beifall bei der CDU]

die man irgendwo einordnen kann zwischen Provinzposse, Filz und unverantwortlichem Umgang mit öffentlichem Eigentum und öffentlichen Geldern.

[Beifall bei der CDU]

Darum, meine Damen und Herren insbesondere von der SPD-Fraktion, sind für uns die Vorgänge um die Grundstücksaffäre GeSoBau nicht bloß ein Ausrutscher, eine Panne, sie sind für uns ganz miese Wirklichkeit und aktueller Mißstand in diesem Gemeinwesen.

[Beifall bei der CDU]

Aufgabe dieses Abgeordnetenhauses ist es - anders als die des Untersuchungsausschusses - eine Bewertung der festgestellten Vorgänge vorzunehmen und nach Möglichkeit Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen sollen ihren Niederschlag in einem von allen drei Fraktionen eingebrachten Änderungsantrag finden, der Ihnen vorliegt. Die Wertung, die am Ende der Ausschüßerarbeit vorgenommen werden muß, muß zunächst das Verhalten des obersten Beamten der Bauverwaltung in Betrachtung ziehen. Der ehemalige Senatsdirektor Lekutat hat sich sicherlich nicht objektiv und nachweislich mit Vorsatz bereichert. Wenn ich das hier feststelle, so lasse ich außer acht, daß es leider eine ganze Reihe eigenartiger und nicht bis ins letzte aufklärbarer Vorgänge gegeben hat. Man kann zum Beispiel schwer verstehen, daß die GeSoBau eine seit Jahren bestehende Planung, ein Altenwohnheim in Tegelort zu errichten, aus übergeordneten baupolitischen Gesichtspunkten präzise am 12. April 1977 aufgibt und im April 1977, ob vorher oder nachher, das war komischerweise nicht festzustellen, dem wohnungssuchenden Senatsrat Lekutat eine Parzelle aus dem Areal anbietet. Dies ist sicher reiner Zufall.

Merkwürdig ist aber auch, daß über das ominöse Gespräch vom 12. April 1977 bei Herrn Puppel, der damals noch Abteilungsleiter der Abteilung IV war, eine Entscheidung mit erheblicher Tragweite getroffen worden ist - ich meine die Aufgabe der Planung Altenwohnheim und die Parzellierung - und daß über

dieses ominöse Gespräch keine schriftliche Aufzeichnung existiert. (C)

[Adler (CDU): Aller anderer Mist war aber da!]

Es gab keinen Aktenvermerk der GeSoBau und auch keinen bei der Senatsbauverwaltung. Das gefällt mir nicht. Es mag Zufall sein.

Merkwürdig ist schließlich auch, daß der zweite Grundstückserwerber ausgerechnet der Schwager des amtierenden Senatsdirektors gewesen ist.

[Zuruf von der CDU: Zufall! Zufall!]

Merkwürdig ist schließlich auch, daß dem Senator Ristock weit über ein Jahr lang völlig unbekannt geblieben ist, daß sein damals fehlbelegter Senatsdirektor eine Wohnung suchte, weil er wegen dieser Fehlbelegung öffentlich angegriffen worden war. Merkwürdig ist weiterhin, daß der Senatsdirektor dies unter Einschaltung einer seiner Abteilungsleiter und des Vorstandes einer großen städtischen Wohnungsbaugesellschaft tat. Herr Ristock will davon nichts erfahren haben und auch nichts davon gewußt haben, daß sein Senatsdirektor eine Bleibe suchte und in schöner Wohnlage auch die Erfüllung seiner Wünsche fand. Auch das wird sicher Zufall sein. Die Türen in der Chefetage der Württembergischen Straße waren offenbar mit sehr haltbarem Filz informationsdicht abgeschottet.

[Beifall bei der CDU]

Merkwürdig ist, daß der Senatsdirektor keine Ahnung gehabt haben will vom wirklichen Wert der Parzelle, die er erwarb, daß ihn die Relation zwischen Kaufpreis und Wert überhaupt nicht interessiert hat und daß ihm die Feststellungen seiner eigenen Abteilung - Vermessungswesen - völlig unbekannt geblieben sind. Ich will mir, meine Damen und Herren, auf das alles keinen Reim machen, obwohl es - dies muß gesagt werden - eine außerordentliche ärgerliche Erfahrung der Ausschüßerarbeit gewesen ist, daß solche Widersprüchlichkeiten partout nicht aufgedeckt werden konnten. Man traf ständig auf eine elastische Wand schwammiger Aussagen.

Ich will annehmen, daß der Senatsdirektor gutgläubig und harmlos lediglich eine Chance wahrgenommen hat, die ihm von anderen angeboten worden ist. Leider entlasten diese Feststellungen nicht den Senatsdirektor. Und das ist das eigentliche Problem, daß dies alles weit über den Namen des Senatsdirektors und seiner Person hinausreicht. Was soll man von einem Senatsdirektor halten, der ein Grundstück aus städtischem Besitz als erster erwirbt, der in ein Vertragsverhältnis mit einer Gesellschaft eintritt, die seiner eigenen Aufsicht unterliegt, und der nicht einen Augenblick lang auch nur die Idee kommt, daß dies alles kritikwürdig sein könnte. (D)

[Beifall bei der CDU]

Ich unterstelle Herrn Lekutat Gutgläubigkeit.

[Zemla (CDU): Sehr großzügig!]

- Jawohl, ich tue es! - Sein Verhalten aber nenne ich instinktilos, gerade weil in dieser Stadt so außerordentlich große Sorgen im Bereich des Wohnungswesens bestehen und die Wohnungspreise davonlaufen. Es entstehen gerade dadurch soziale Schwierigkeiten, weil die Bodenpreise davonlaufen und Sorgen um die öffentliche Finanzierbarkeit des Wohnungsbaues verursacht werden. Deshalb ist das Verhalten des Senatsdirektors in einer solchen Situation instinktilos.

[Beifall bei der CDU]

Wir wollen mit dem ersten Teil des gemeinsamen Antrags den leitenden Beamten dieser Stadt, die der B-Besoldung unterliegen, ersparen, daß sie in eine solche Ahnungslosigkeit hineinstolpern.

Eine weitere Kritik muß der GeSoBau, einer städtischen, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft, gelten, die die Aufgabe hat, soziale Belange im Wohnungswesen vorrangig wahrzunehmen. Wir halten es für untragbar, in welcher Weise hier öffentliches Eigentum verschleudert worden ist.

[Beifall bei der CDU]

Rastemborski

- (A) Städtische Gesellschaften sollen sich nicht an Bodenspekulationen beteiligen. Sie sollen über ihr Grundeigentum auch nicht kapitalistisch verfügen. Wir erwarten aber von einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, daß sie sich wenigstens nachvollziehbare Gedanken darüber macht, ob und zu welchem Preis und an welchen Personenkreis Grundstücke veräußert werden.

[Beifall bei der CDU]

Das Vorgehen dieser Gesellschaft und auch jeder anderen Gesellschaft hat sich an kontrollierbaren und nachvollziehbaren Kriterien zu orientieren. Dies ist hier nicht geschehen. Die Grundstücke sind - sagen wir es deutlich - mehr oder weniger unter der Hand und weit unter dem Verkehrswert „verscheuert“ worden. Hierbei haben sicherlich auch berechtigte und förderungswürdige Personen erworben. Ich halte es gegenüber den Tausenden von Mietern der GeSoBau und letztlich auch gegenüber den Hunderttausenden Mietern anderer städtischer Wohnungsbaugesellschaften, die hohe Mieten in zum Teil städtebaulich fragwürdigen Gebieten - das Märkische Viertel ist mit dem Namen der GeSoBau verbunden - zahlen müssen, für unverträglich, wenn die Gesellschaft ihre Gemeinnützigkeit darin sieht, ihr nahestehende Personen mit zweifellos überdurchschnittlichen Einkommen bevorzugt und ohne öffentliche Kontrolle mit billigem Bauland zu versehen.

[Beifall bei der CDU]

Die GeSoBau hat hier wahrlich dem Ruf und dem Ansehen der städtischen, gemeinnützigen Wohnungsbauwirtschaft einen schlechten Dienst erwiesen und schweren Schaden zugefügt.

Schließlich muß die Kritik des Parlaments dem früheren Bausenator Ristock gelten. Herr Ristock hat gegen die dezidierte Stellungnahme seines Chefjuristen disziplinarische Verurteilungen unterdrückt, ohne daß er sich ausreichend über die Zusammenhänge informiert hatte und sich auch offensichtlich nicht informieren wollte. Ich halte das für einen Skandal. Der Skandal wird noch evidenter, wenn man sich vor Augen hält, daß dieser ungewöhnliche Vorgang sich exakt drei Wochen vor den Wahlen in Berlin im März 1979 ereignet hat. Offensichtlich ist hier versucht worden, auf dem kürzesten Wege eine Ausweitung der Diskussion zu verhindern.

(B)

[Beifall bei der CDU]

Wir wollen daher die politische Gewichtung solcher disziplinarischer Entscheidungen gegenüber einem Senatsdirektor dadurch herausstreichen, daß sich künftig der zuständige Senator - wie es dem Antrag zu entnehmen ist - als Dienstherr mit dem Senat - und damit auch mit dem Regierenden Bürgermeister - ins Benehmen setzt.

Im übrigen, insbesondere meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, bin ich bereit zu akzeptieren, daß Sie als irgendwo Mitverantwortliche an solchen Vorgängen die Neigung haben, was ja menschlich verständlich ist, die Angelegenheit zu bagatellisieren und nach Entschuldigungsgründen suchen. Ich und die CDU-Fraktion können aber nicht akzeptieren, daß die Verantwortlichen bei der GeSoBau und der damalige Bausenator sich hinstellen und die Korrektheit des Ganzen noch lobend hervorheben. Da hat doch im Oktober 1980 eine Aufsichtsratsitzung bei der GeSoBau stattgefunden, in der sich Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder gegenseitig auf die Schulter geklopft und die Richtigkeit ihres Vorgehens durch Beschluß bekräftigt haben. Nicht der geringste Anschein der Einsichtigkeit war zu erkennen. Und da stellt sich auch der Herr Ristock vor den Untersuchungsausschuß und erklärt, das alles sei korrekt gewesen, der Senatsdirektor Lekat hat ja nur die Gleichbehandlung mit anderen Bürgern und Kaufinteressenten genossen! - Diese Haltung ist nicht mehr zu vertreten; sie macht für uns deutlich, daß die SPD anscheinend auch künftig in dieser Weise verfahren will. Sie hält den Filz offenbar für notwendig, um ihre Strukturen zu erhalten. Es geht - so scheint es mir - nur darum, nicht erwischt zu werden.

Sie sind aufgefordert, meine Damen und Herren, hier und heute zu erklären, ob auch Sie nach Rechtfertigungen suchen wollen oder ob Sie einen Schlußstrich unter die Affäre dadurch ziehen, daß Sie sich unserer Kritik voll anschließen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der CDU]

(C) **Stellv. Präsident Sickert:** Das Wort hat der Abgeordnete Schneider.

Schneider (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorlage des gemeinsamen Untersuchungsausschußberichts beweist, daß dieser Untersuchungsausschuß trotz einer zunächst emotional aufgeladenen Atmosphäre letztlich zu einer sachlichen und verantwortungsvollen Tätigkeit gefunden hat.

[Adler (CDU): Das machen wir doch immer!]

Und der Redebeitrag des Kollegen Rastemborski eben hat gezeigt, daß diese Debatte den gleichen Verlauf nehmen wird: Herr Rastemborski hat den emotional aufgeladenen Beitrag geliefert.

[Diepgen (CDU): Emotionen können sehr verantwortungsvoll sein!]

Ich werde mich um Sachlichkeit bemühen, Herr Vetter wird Verantwortlichkeit beisteuern, und am Ende stimmen wir alle gemeinsam zu.

[Beifall bei der SPD - Feilcke (CDU):
Karneval ist vorbei!]

Ich möchte hier auch meinerseits sowohl dem ausgeschiedenen Vorsitzenden, Herrn Papenfuß, für seine faire Verhandlungsführung danken als auch dem dann in der sehr schwierigen Schlußphase eingesprungenen stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kollegen Rastemborski. Dort hatte er auch schon seine sachliche und verantwortungsbewußte Phase, so daß die Zusammenarbeit mit ihm außerordentlich gut und zufriedenstellend verlief.

[Elsner (CDU): Na, bitte!]

(D) Meine Damen und Herren, der vorgelegte Ausschlußbericht macht deutlich, wie eine zunächst politisch begrüßenswerte und allseits geförderte Initiative durch falsche Ausführung letztlich in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Dies darf uns natürlich für die Zukunft nicht dazu verleiten, Initiativen als solche zu unterlassen, sondern vielmehr dafür zu sorgen, daß sie in geordnete Bahnen gelenkt und damit ihrem ursprünglichen Sinn gerecht werden.

Die GeSoBau hatte nach dem Scheitern ihrer ursprünglichen Bebauungsabsichten für das hier angesprochene Gebiet die begrüßenswerte Absicht, Grundstücke für Führungskräfte bereitzustellen - eine im Grundsatz bis dahin schon von allen Fraktionen dieses Hauses angeregte Sache. Bei der Realisierung dieser Absicht durch die Gesellschaft trat allerdings ein grundlegender Mangel zutage, der sich im Grunde genommen im gesamten Prozeß bemerkbar machte und letztlich die Vielzahl der kritikwürdigen Entscheidungen in dieser Angelegenheit hervorrief. Die GeSoBau war nach unserer Auffassung aufgrund ihrer normalen Tätigkeit nicht darauf eingerichtet, hier als Verkäufer von Einzelparzellen aufzutreten, und sie war auch nicht darauf vorbereitet, Auswahlkriterien für die Vergabe an Führungskräfte und zur Ansprache derselben zu ermitteln. Es hätte von da her geradezu auf der Hand gelegen, daß sich die GeSoBau bei der Durchführung des Geschäfts offiziell und förmlich mit der GSG Wohnen in Verbindung setzt - zumindest für den Bereich der Ansprache und der Auswahl geeigneter Interessenten. Die GSG Wohnen hatte nämlich in diesem Bereich Erfahrungen gesammelt und ist daher für diesen Bereich geradezu prädestiniert. Dies ist bedauerlicherweise nicht im erforderlichen Umfang geschehen; und die Auseinandersetzungen zwischen der GeSoBau einerseits und der GSG Wohnen andererseits zeigen leider, daß es an der notwendigen Kooperationsbereitschaft stark gemangelt hat. Die GeSoBau hat vielmehr versucht, statt mit der GSG Wohnen zu kooperieren, die Vergabe und Ansprache weitgehend im eigenen Entscheidungsbereich zu belassen, und man kann ihr nun wahrhaftig nicht bescheinigen, daß sie dabei sehr viel Fingerspitzengefühl bewiesen hat.

[Vereinzelter Beifall]

Die bevorzugte Bereitstellung von Grundstücken für Führungskräfte kann unseres Erachtens ferner auch nicht heißen, daß

Schneider, Gerhard

- (A) bei der Vergabe dieser Grundstücke das Verhältnis von Grundstückswert und Kaufpreis außer acht gelassen wird; und es kann nicht angehen, daß eine städtische Gesellschaft in eigener Verantwortung darüber entscheidet, welche Bevölkerungsschichten dieser Stadt sie subventionieren will und welche nicht.

[Allgemeiner Beifall]

Niemand von uns erwartet von den städtischen Gesellschaften, daß sie sich an die Spitze der Bodenspekulation setzen, aber niemand in dieser Stadt kann rechtfertigen, daß ein Grundstück noch zu etwa 160 DM pro Quadratmeter verkauft wird, wenn es zum Zeitpunkt dieses Verkaufs bereits 320 oder 340 DM pro Quadratmeter wert ist. Insofern hat hier die GeSoBau in eklatanter Weise versäumt, ihre Preisvorstellungen den tatsächlichen Wertentwicklungen am Berliner Grundstücksmarkt anzupassen.

[Elsner (CDU): Das war doch Absicht!]

Auch die Definition der Anspruchsberechtigten durch die Gremien der GeSoBau ist unbefriedigend; die unbestimmte Fassung des Begriffs „Führungskraft“ und dessen vor allen Dingen dauernd, von Mal zu Mal wechselnde Handhabung im Geschäftsverlauf mußte zwangsläufig zu Widersprüchlichkeiten führen und damit Ungerechtigkeiten auslösen. Diese Definition oder diese Nicht-Definition von „Führungskraft“ ließ Spielraum für persönlich motiviertes Verhalten und leistete letztendlich einer möglichen Vergünstigung Vorschub. Kritisiert werden muß unsererseits auch, daß die Festsetzung der Auswahlkriterien offensichtlich nicht verhindern konnte, daß aufgrund sachfremder Überlegungen die Berücksichtigung eines Mitarbeiters der GeSoBau und sogar eines Grundschullehrers möglich wurde.

Der Ausschuß hat ferner festgestellt, daß auch bei der Ansprache des in Frage kommenden Personenkreises schwerwiegende Mängel vorlagen. Selbst wenn mit der Benachrichtigung des zuständigen Bezirksamts, des Büros des Regierenden Bürgermeisters, der IHK und der GSG Wohnen durchaus die wichtigsten Informationsträger in diesem Bereich angesprochen wurden, muß doch die Art und Weise, wie diese Ansprache erfolgte, die Zeitfolge der Benachrichtigung, äußerst befremden. Beiläufige Informationen am Rande von Aufsichtsratssitzungen, eine beiläufige Ansprache, wenn man sich zufällig einmal bei einer anderen Veranstaltung traf, und dann die Annahme, nun werde das, was die Angesprochenen in anderer Funktion erfahren hätten, von ihnen im Rahmen des üblichen Dienstweges weitergegeben – diese Verhaltensweisen sind lediglich geeignet, Mißverständnisse und Pannen von vornherein einzuplanen. Es hätte sicherlich den Apparat der GeSoBau nicht überfordert, wenn bereits am Tage nach dem Beschluß des Aufsichtsrats die in Frage kommenden Stellen schriftlich und unter klarer Benennung der Kriterien und Einzelheiten informiert worden wären.

Bei der weiteren Durchführung dieses Projekts sind unseres Erachtens dann Fehler bei der grundsätzlich falschen Anlage nur folgerichtig. Fehlender politischer Instinkt – hier decken wir uns in unserer Bewertung, Herr Kollege Rastemborski – und die Nichtberücksichtigung politisch-moralischer Vorstellungen sind unseres Erachtens ein Mangel, der sich vor allen Dingen in den folgenden Punkten bemerkbar machte: Das frühzeitige Angebot an den damaligen leitenden Beamten der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen und späteren Senatsdirektor und die allzu schnelle Bereitschaft, auf Vermittlungsbemühungen eines Bezirksstadtrats einzugehen, machen deutlich, daß die notwendige Distanz zu Vertretern der Berliner Verwaltung beziehungsweise zu politischen Mandatsträgern quer durch die Parteien nicht gewahrt wurde – ein Vorgang, der angesichts der Konstruktionen des Aufsichtsrats unseres Erachtens auch kein Wunder ist. Gerade die Beteiligung von im politischen Leben dieser Stadt stehenden Funktionsträgern hätte auch für die GeSoBau Anlaß sein müssen, die Modalitäten des Geschäfts einer kritischen Prüfung zu unterziehen, um allein schon den Anschein einer möglichen Begünstigung im Kern auszuschalten. Dies ist aber von seiten der GeSoBau nicht geschehen. Schließlich ist diese kritische Überprüfung aber auch von den übrigen Beteiligten nicht vorgenommen worden, und insofern geht auch an sie der Vorwurf des fehlenden politischen Instinkts. Von einem leitenden Beamten der Senatsbauverwaltung – und erst recht vom ersten politischen Beamten dieser Verwaltung – muß erwartet werden können, daß er

peinlich korrekt darauf achtet, daß bei privaten Geschäften, die eine Beziehung zu seinem Dienstbereich haben können, auch jeder Anschein einer möglichen Begünstigung vermieden wird. Die Information über Grundstückswert und übliche Geschäftsbedingungen gehören nach meiner Auffassung dazu, ebenso allerdings, daß sie auch einem Bezirksstadtrat – immerhin auch politischer Mandatsträger, der zugleich noch Kreisvorsitzender der CDU ist – bekannt ist und dieser sich bei der Vermittlung eines offensichtlich nicht den ihm bekannten Kriterien entsprechenden Bewerbers aus der eigenen Partei der notwendigen Zurückhaltung befleißigt hätte.

[Beifall der Abgn. Adler (CDU) und Striek (SPD)]

Das Verhalten von politischen Funktionsträgern ganz allgemein – egal, welcher politischer Richtung – unterliegt unseres Erachtens in der Öffentlichkeit zu Recht einem besonderen Maßstab. Die Ausübung staatlicher Autorität wird nicht zuletzt mit dem hohen moralischen Anspruch der zugrunde liegenden Ziele gerechtfertigt. Dieser moralische Wert der Zielvorstellung wird aber gefährdet, wenn die handelnden Personen diesen moralischen Ansprüchen für sich nicht gerecht werden, wenn sie mit ihrem tatsächlichen politischen Handeln ihre eigene politische Glaubwürdigkeit gefährden. Insofern muß übrigens auch unseres Erachtens dem damaligen zuständigen Senator der Vorwurf gemacht werden, daß er nach Vorliegen schwerwiegender Bedenken seines zuständigen Generalreferenten nicht zugleich die Aufklärungsmaßnahmen eingeleitet hat,

[Landowsky (CDU): Richtig!]

die dann im Sommer 1980 zur Erstellung und Vorlage des sogenannten Münn-Berichtes geführt haben. Vielleicht hätte man auch dann noch über die von ihm getroffene Entscheidung streiten können. Zumindest aber wäre dann jedoch einwandfrei gewesen, daß ein solcher Bericht die notwendige Entscheidungsbasis dargestellt hätte.

Die Diskussion des vorgelegten Berichts wäre überflüssig, wenn sie allein der Aufklärung der Vergangenheit diene. Der Wert von Vergangenheitsbewältigung liegt darin, daß man Rückschlüsse für die Zukunft zieht. Deshalb tragen wir die drei Punkte, die in dem Änderungsantrag der drei Fraktionen niedergelegt sind, voll mit. Uns kommt es insbesondere darauf an, daß bei künftigen Geschäften dieser Art sichergestellt wird, daß einmal Chancengleichheit besteht für alle möglichen Interessenten, daß ferner Chancengleichheit für jeden Interessenten hinsichtlich der Information über die Möglichkeit derartiger Käufe besteht. Der Senat hat bereits bei Vorlage seines damaligen Programms zum Verkauf von Grundstücken zur privaten Eigentumsbildung gezeigt, daß er für seinen Bereich diesen Weg der größeren Objektivität und Chancengleichheit einzuschlagen bereit ist. Die Festlegung von Ausschreibungsbedingungen und ihre Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit sind objektive Kriterien, die zudem vom Parlament her kontrolliert und eingesehen werden können. Es wäre gut, wenn der Senat darlegen könnte, wie die Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf die städtischen Gesellschaften sichergestellt werden kann, und es muß dabei auch verhindert werden, daß die Kriterien und Vorstellungen des Landes Berlin von anderen Stellen unterlaufen werden können.

Ich hoffe, daß wir möglichst bald zu Beginn der neuen Legislaturperiode über diese Vorstellungen des Senats, über den Vollzug der Punkte, die wir hier gemeinsam in dem Drei-Parteien-Änderungsantrag verabschieden werden, hören und sprechen können.

[Beifall bei der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Vetter.

Vetter (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ersten Sätze des verehrten Kollegen Rastemborski haben deutlich gemacht, wie problematisch es ist, einen Untersuchungsausschuß so in etwas Wahlkampfatmosphäre zu behandeln.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vetter, Horst

- (A) Die ersten Sätze widersprachen eigentlich auch dem, was dieser Untersuchungsausschuß deutlich gemacht hat, denn es ist ja so selten, daß ein Untersuchungsausschußbericht nach Ende der Anhörung in Übereinstimmung zwischen den drei Fraktionen zusammengestellt wird. Deshalb sage ich: Dieser Bericht ist erschöpfend und eine gute Grundlage für die Bewertung des Vorgangs. Ich muß allerdings dabei bekennen: Wer sich dem gesamten Vorgang unbefangen nähert, ist am Ende der Untersuchung genauso schlau wie bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Dieser scheinbare Widerspruch hat einen Grund: Man kann sich nicht des Eindrucks einer allgemeinen, allumfassenden Mausehelei entziehen. Geändert hat sich der Eindruck nur in einem Punkt: Lekatat ist nicht der große Bösewicht, sondern eher ein unbedarftes Opfer eines Geflechts von Beziehungen, aus dem er den Ausstieg nicht mehr gefunden hat, allerdings, muß ich zugeben, auch gar nicht gesucht hat.

[Unruhe]

Bestürzend an diesem Vorgang war allerdings, was die Person von Lekatat angeht, die Behandlung dieser Frage durch den zuständigen Senator, der nicht nur den Beamten, der hier ein Disziplinarverfahren zu eröffnen empfohlen hat, beinahe mit Drohungen aus dem Verkehr gezogen hat, sondern der dann auch seine Entscheidung, das Disziplinarverfahren einzustellen, auf einen Rechtsanwalts-Bericht gegründet hat, den der Beschuldigte selbst angefordert hatte, ohne Kenntnis dessen, was die Grundlage für diesen Bericht war; das hat sich bei der Vernehmung herausgestellt.

[Anhaltende Unruhe]

Erschreckend ist aber in erster Linie das Verhalten der GeSoBau. Lassen Sie mich das bitte ausführen. - Die GeSoBau hat unstrittig Grundstücke zu einem Preis verkauft, der unter dem Verkehrswert liegt. Die Frage muß gestellt werden: Wie kommt die GeSoBau dazu? - Auch wenn die leitenden Herren der GeSoBau vor dem Untersuchungsausschuß so getan haben, als wenn sie noch nie etwas von Verkehrswerten gehört hätten.

- (B) [Vereinzelte Heiterkeit]

Die GeSoBau ist eine Aktiengesellschaft, deren Anteile im Eigentum des Landes Berlin liegen. Letztlich verschenkt also die GeSoBau unter Mißachtung kaufmännischer Grundsätze Vermögenswerte, die dem Steuerzahler gehören. Durch einen Verkauf dieser Grundstücke zum Verkehrswert hätte die GeSoBau dazu beitragen müssen, das Vermögen des Landes in einer rentablen Weise zu verwalten.

[Anhaltende Unruhe bei der SPD]

Die Grundsätze sparsamer Wirtschaft sind jedoch offenbar der GeSoBau fremd. Das gilt es festzuhalten. Das gilt nicht nur, wenn man sich die Bilanz der GeSoBau ansieht, es gibt auch andere Vorkommnisse. Neulich habe ich hier im Parlament ohne Namensnennung einen Vorgang vorgetragen; ich kann dies hier nur wiederholen. Dann ist es nämlich kein Wunder, wenn es wiederum neben anderen gemeinnützigen Gesellschaften die GeSoBau ist, die in anderen Bereichen Wohnungen leerstehen läßt und sich wundert, wenn aufgebrachte Menschen von diesen Wohnungen Besitz ergreifen - wenn die GeSoBau Wohnungen über Jahre leerstehen läßt, nur zu dem einen Zweck, diese Wohnungen vergammeln zu lassen.

In diesem Fall stimmt eben das Klischee nicht: Es seien raffgierige private Hauseigentümer, die ihre Mieter durch zu hohe Mieten ausbeuteten. Nein, in diesem Fall ist es eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, die sich über die Interessen des Bürgers schlicht hinweggesetzt hat. Erschreckend ist die Gleichgültigkeit, mit der Bedienstete einer - das muß hier deutlich gesagt werden - sogenannten gemeinnützigen Gesellschaft das individuelle Schicksal ihrer Mieter und anderer Bürger schlicht aus den Augen verloren haben.

Zweitens: Die Entscheidung über die Vergabe verbilligter Grundstücke hat die GeSoBau getroffen. Hier muß die Frage gestellt werden: Wieso eigentlich die GeSoBau? - Nach meinem Verständnis von Politik und Demokratie steht eine solche Entscheidung dem Senat und dem Abgeordnetenhaus zu, nicht aber einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft. Wenn der Senat und das Abgeordnetenhaus es für erforderlich halten,

- Grundstücke zur Verfügung zu stellen, sind es diese Gremien, die legitimiert sind, eine solche Politik zu betreiben. (C)

Schließlich gibt es in unserer Stadt noch eine GSG-Wohnen, deren spezielle Aufgabe darin besteht, Führungskräften der Wirtschaft bei der Wohnungssuche behilflich zu sein. Daß die GeSoBau, deren Vermögen überwiegend in Reinickendorf und Wedding liegt, glaubt, hier als Konkurrent auftreten zu müssen, ist, mit den Worten des Regierenden Bürgermeisters formuliert, schlicht eine Verletzung der Kleiderordnung.

Der Personenkreis, der in den Genuß verbilligter Grundstücke gelangt ist, ist niemals präzise umschrieben worden. Das Schlagwort von den Führungskräften der Wirtschaft ist zwar eindrucksvoll, aber hier schlicht mißbraucht worden. Dieses Schlagwort hat offensichtlich die Sinne der Mächtigen der GeSoBau verwirrt.

Worin liegt denn der Sinn, Führungskräften der Wirtschaft bei der Grundstückssuche behilflich zu sein? Es ist doch die einfache Überlegung, daß Berlin nicht nur Kostenträger des Bundes sein darf, sondern auch selbst Steuern erwirtschaften muß. Steuern fließen, wenn Unternehmen Gewinne machen, Gewinne werden gemacht, wenn ein tüchtiges Management vorhanden ist. Ein tüchtiges Management gibt es in Berlin leider nicht immer in ausreichendem Maße, so daß tüchtige Leute nach Berlin geholt werden müssen. Diesen zuziehenden Führungskräften der Wirtschaft muß bei der Wohnungssuche geholfen werden, weil - wir alle wissen das - der Wohnungsmarkt in Berlin für diesen Personenkreis kaputt ist.

Schauen wir uns in dem vorliegenden Fall die Käufer der Grundstücke an: Da finden wir einen Senatsdirektor, einen Präsidenten einer Behörde, einen Lehrer - zufällig Nachbar von Herrn Lekatat -, einen Schwager von Herrn Lekatat und einen Mitarbeiter der mittleren Ebene der GeSoBau, der lange genug gehohlet hat, bis er letzten Endes ein Grundstück bekam. Dies sind alles Personen, die man nur mit größter Mühe unter den Begriff „zuziehende Führungskräfte der Wirtschaft“ subsumieren kann. Weder ist einer dieser Käufer aus dem Bundesgebiet nach Berlin gezogen, kaum einer ist als Führungskraft der Wirtschaft zu bezeichnen, wie man sich das ursprünglich vorgestellt hat. Um es deutlich zu sagen: Die Gefahr des Weggangs von Herrn Lekatat hat niemals bestanden, im Gegenteil, er bleibt der Stadt auch mit der Besoldungsgruppe B 5 erhalten. (D)

[Beifall bei der CDU]

Völlig unverständlich ist nun auch das Verfahren, das zur Auswahl des begünstigten Personenkreises angewandt worden ist. Es ist weder systematisch nach potentiellen Grundstückskäufern geforscht worden, noch sind systematisch die Industrie- und Handelskammer oder die GSG-Wohnen auf die Möglichkeit der Grundstücksvergabe angesprochen worden. Alles lief mehr oder weniger zufällig - oder, um es mit den Worten eines GeSoBau-Gewaltigen zu sagen: Man hat gezielt eine eingeschränkte Öffentlichkeit hergestellt.

In den Genuß eines Grundstücks konnte nur der kommen, wer dem Dunstkreis GeSoBau-Bauverwaltung-Bezirksamt Reinickendorf angehört hatte.

[Beifall bei der F.D.P.]

Ich habe mich immer dagegen gewendet, diesen Dunstkreis mit einem Wort zu belegen, das die Opposition in keiner Debatte ausläßt, aber in diesem Fall muß ich nach längerer Diskussion mit den Kollegen meiner Fraktion unumschränkt sagen, dieser Dunstkreis ist nur mit einem Wort zu belegen: Was sich hier abspielt, ist schlicht und einfach Filz. Da wird nach bewährter Methode schnell ein CDU-Lehrer mit eingebaut, und damit ist nach Proporz-Ermessen alles geregelt. Meine Damen und Herren von der Opposition, es ist schon komisch, daß sich dann auch wieder ein CDU-Mann findet, der sich einkaufen läßt, so daß, wie wir im Untersuchungsausschuß hören mußten, dann gesagt wurde, da könne in der Öffentlichkeit nichts mehr passieren, da sei ja ein CDU-Mann dabei. - Herr Landowsky, Sie haben recht, Sie deuten hier an, ein kleiner Mann; aber die Tatsache zu glauben, es sei alles abgedeckt, wenn ein CDU-Mann dabei ist, muß bedenklich stimmen.

[Landowsky (CDU): Richtig!]

Vetter, Horst

- (A) Vielleicht sollte in Ansehung dieses Falles das Bezirksverwaltungsgesetz doch einer Novellierung unterzogen werden.

(Heiterkeit und Zurufe)

um Zwangs-Koalitionen nicht vorzuprogrammieren. Erschreckend wäre es, dieses Modell auch auf Landesebene vorzufinden.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie ein Zwischenfrage?**Vetter (F.D.P.):** Aber immer!**Landowski (CDU):** Herr Kollege Vetter, würden Sie bei der Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes Wert darauf legen, daß die F.D.P. dann auch immer mit einem Grundstücksplatz bedacht wird?**Vetter (F.D.P.):** Nein! Überhaupt nicht, Herr Landowski, das ist ein Irrtum.

[Hucklenbroich (F.D.P.): Aber ein Grundmandat!]

Ich möchte nur einer frei gewählten Körperschaft die Möglichkeit geben, die F.D.P. zu wählen und nicht vorprogrammierten Proporz, der sich bis ins Kleinste, sogar bis zu Grundstücksgeschäften auswirken muß.

[Dieppen (CDU): Ihr wollt nur Lektate haben!]

Erschütternd war dann auch, sehen zu müssen, wie in der Verwaltung parlamentarische Anfragen behandelt worden sind, wie dort Vermerke herumliefen mit der Anmerkung: Aufpassen! Ich bin der Meinung, eine Verwaltung sollte immer aufpassen, wenn sie parlamentarische Anfragen beantwortet.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

- (B) Das Auswahlverfahren Marke GeSoBau ist der eigentlich erschreckende Punkt. Verfahren dieser Art sind es, die die Staatsverdrossenheit des Bürgers bewirken. In diesem Falle hat man, das kann man wirklich sagen, den Bock zum Gärtner gemacht.

[Kayser (F.D.P.): Unerhört!]

Wie soll ein Bürger reagieren, der als Inhaber einer Sozialbauwohnung diese aufgeben möchte, um ein bescheidenes Häuschen zu bauen, und sich um ein billiges Grundstück bewirbt und von einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft abgewiesen wird, weil er zu wenig verdient? Da wurden ohne jede Scham Käufer mit dem Argument abgelehnt, alle Grundstücke seien vergeben, aus den Akten konnte man aber ersehen, daß ein paar Tage später ein Mitarbeiter der mittleren Ebene dieser Wohnungsbaugesellschaft mit einem billigen Grundstück versehen wurde, zu einem Zeitpunkt, in dem der Verkehrswert bereits doppelt so hoch war.

Herr Regierender Bürgermeister, dieser Untersuchungsausschuß hat eigentlich noch etwas anderes deutlich gemacht, nämlich, daß es nicht angeht, städtische Gesellschaften aus der politischen Kontrolle zu entlassen. Es ist nicht damit getan, daß Senatoren nicht mehr in den Aufsichtsräten sind. Hier sind es Beamte gewesen, hier sind es Beamte aus der Bauverwaltung gewesen, die zum Teil als Vorstandsmitglieder in die Gesellschaft eingetreten sind und jeden Kontakt zum Bürger verloren hatten und jede Verantwortung dem Bürger gegenüber vermissen ließen, sogar im Gegenteil selbstherrlich Geschäfte getätigt haben, die parlamentarisch nur mit Kopfschütteln zu betrachten sind.

Die Pflicht des öffentlichen Dienstes, der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stehen, muß auch in den städtischen Gesellschaften deutlich werden. Es geht nicht an, daß man diese völlig aus ihrer Verantwortung entläßt. Hier liegt ein weiteres Betätigungsfeld für uns, und ich glaube, daß in der nächsten Legislaturperiode hier eine Menge zu tun ist, gerade um die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder dem Bürger gegenüber verantwortlich zu machen. Auf diesem Sektor gibt es viel zu tun. Ich glaube, der Änderungsantrag der drei Fraktionen schafft eine gute Grundlage, daß Vorkommnisse, wie sie hier

deutlich geworden sind, nicht mehr möglich werden. – Schönen Dank! (C)

[Beifall bei der F.D.P., bei der CDU und der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat Herr Senator Ulrich.**Ulrich, Senator für Bau- und Wohnungswesen:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat hat in seiner Sitzung am 24. 2. 1981 den Auftrag erteilt, Verfahrensgrundsätze über die Veräußerung von städtischen Grundstücken für Eigentumsmaßnahmen vorzulegen. Am 3. März 1981 hat der Senat einen Brief von mir zur Kenntnis genommen, der folgende Grundsätze realisiert:

1. Für die Bereitstellung von Grundstücken des Landes Berlin und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden die Kriterien und die Berechtigungsgruppen für die Grundstücksvergabe angewendet, die in dem entsprechenden Programm des Senats vom 30. 9. 1980 dargelegt worden sind. Ich verweise hier auf die Mitteilung zur Kenntnisnahme Nr. 181, in der die Grundsätze im einzelnen dargelegt sind, und ich erinnere daran, daß es vier Kriteriengruppen waren, die eine Förderung kindereicher Familien mit entsprechenden Einkommensgruppen vorsehen, und eine fünfte Berechtigungsgruppe, bei der es nach einem bestimmten Anteil um gehobene Fach- und Führungskräfte geht, die nach festgelegten Kriterien als förderungswürdig eingestuft werden.

Zweiter Grundsatz: Für diesen Personenkreis der Fach- und Führungskräfte wird angestrebt, daß die Vergabe von Grundstücken nicht nur nach den Kriterien der GSG-Wohnungen, die ja festgelegt sind, sondern auch unter Einbeziehung des Beirates der GSG vorgenommen wird. Dieser Beirat wählt nach transparenten Grundsätzen und unter wesentlicher Beteiligung der Vertreter der Wirtschaft die Bewerber unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftsförderung aus.

Dritter Grundsatz: Der Senator für Finanzen wird aufgrund des § 65 Abs. 5 der Landeshaushaltsordnung die Aufsichtsratsmitglieder Berlins in den städtischen Gesellschaften, das heißt die Aufsichtsratsmitglieder, die vom Land Berlin bestimmt werden, anweisen, die Zustimmung zu entsprechenden Grundstücksgeschäften nicht nur zur Parzellierung zu erteilen, sondern auch die Einzelheiten der Vergabe unter Anwendung der jeweiligen Richtlinien des Senats zu prüfen. – Die Richtlinien habe ich gerade genannt. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist in wesentlichen Teilen dem vorliegenden Antrag in seiner Intention bereits entsprochen worden. Der Senat wird selbstverständlich alle anderen Teile des Antrags im Hinblick auf die möglichst schnelle und praktische Realisierung – unter Umständen ohne Gesetzesänderung – prüfen und diese Antragsteile realisieren.

Er dankt dem Untersuchungsausschuß für den Bericht.

[Beifall bei der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat Herr Abgeordneter Rzepka.**Rzepka (CDU):** Meine Damen und Herren! Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, daß nunmehr auch endlich der Senat zu der Einsicht gekommen ist,

[Zurufe von der SPD: Oooh!]

daß aus der Grundstücksaffäre um die GeSoBau Konsequenzen zu ziehen sind. Denn, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, in den Ausschußberatungen sah es noch völlig anders aus. Da sah es so aus, daß der Senator Ristock bis zum Tage seiner Vernehmung der Auffassung gewesen ist, daß die Geschehnisse um den Kauf des Grundstücks durch den Senatsdirektor völlig in Ordnung und völlig korrekt abgelaufen sind. Immerhin hier eine Änderung durch den Senat; wir nehmen das mit Freude zur Kenntnis.

[Momper (SPD): Die Presse ist doch schon weg!]

Rzepka

- (A) Ich darf aber noch einmal die Frage stellen, ob es denn in der Praxis auch wirklich so ist, daß im personellen Bereich alle Konsequenzen gezogen worden sind. Denn wir stellen fest, daß der Senatsdirektor Lekatut immer noch in seinem neuen Aufgabenbereich Zuständigkeiten hat, die seinen alten Aufgabenbereich betreffen. Mit Sicherheit ist also eine volle Konsequenz nicht gezogen worden.

Darüber hinaus ist es notwendig, daß wir uns Gedanken darüber machen, inwiefern die Grundstücksaffäre um die GeSoBau noch heute in dieser Stadt nachwirkt.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Herr Abgeordneter Klebba!

Klebba (SPD): Werter Herr Kollege Rzepka, hätten Sie es besser gefunden, wenn der Senatsdirektor bei vollen Bezügen in den Ruhestand versetzt worden wäre? Finden Sie die Lösung, die gefunden wurde, nicht auch besser, daß die weitere Arbeitskraft von Herrn Lekatut Verwendung findet?

[Momper (SPD): Das liegt doch im Interesse der Steuerzahler!]

Rzepka (CDU): Herr Kollege Klebba, am besten hätte ich es gefunden, wenn der Senatsdirektor im richtigen Zeitpunkt die Einsicht dafür gehabt hätte, was ein hoher Beamter sich in dieser Stadt erlauben darf und was nicht!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD: Das war doch keine Antwort!]

Meine Damen und Herren, ich habe in der letzten Zeit an mehreren Häusern dieser Stadt die Aufschrift gefunden: „Häuserklau statt GeSoBau!“ Ich glaube, auch insoweit müssen wir uns klarmachen, daß im öffentlichen Bewußtsein hinsichtlich unerfreulicher Erscheinungen in dieser Stadt gegenwärtig das Mißtrauen gegenüber den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften weiterwirkt, und dieses Mißtrauen ist auch mit dadurch bewirkt worden, was sich im Zusammenhang mit der Affäre um den Senatsdirektor Lekatut im Rahmen der Untersuchungen des Untersuchungsausschusses herausgestellt hat.

(B)

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Momper!

Momper (SPD): Herr Rzepka, würden Sie mir liebenswürdigerweise die Antwort geben, ob Sie die derzeitige Verwendung von Herrn Lekatut als im Interesse des Steuerzahlers liegend halten? Ja oder nein?

[Hauff (SPD): Er kann nicht antworten!]

Rzepka (CDU): Herr Kollege Momper, ich glaube, ich habe schon dem Kollegen Klebba gesagt, was ich in dieser Affäre für richtig gehalten hätte.

Die öffentliche Diskussion um den Grundstückskauf Lekatut war bestimmt durch ein tiefgehendes Mißtrauen gegenüber der Verwaltung. Dieses Mißtrauen wirkt weiter! Das Vertrauen in die Unparteilichkeit, Unbestechlichkeit und Objektivität der Berliner Verwaltung hat Schaden genommen.

Lassen Sie mich noch einmal in einigen Punkten darstellen, wie sich aufgrund der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses der Hintergrund dieser Vertrauenskrise kennzeichnen läßt. Meines Erachtens ist die Tatsache, daß die handelnden Personen – der ehemalige Abteilungsleiter und Senatsdirektor in der Bauverwaltung, der frühere Abteilungsleiter in der Bauverwaltung und Vorsitzende des Aufsichtsrats der GeSoBau und jetziges Vorstandsmitglied der Gesellschaft, Herr Puppel, sowie die damaligen Vorstandsmitglieder der GeSoBau – in vielfältiger Weise miteinander verbunden waren. Man gehörte der gleichen Partei – der SPD – an, man war durch jahrelange berufliche Kontakte miteinander bekannt, und man verstand sich wohl auch persönlich gut. So war es für den Abteilungs-

leiter und späteren Senatsdirektor in der Bauverwaltung, Herrn Lekatut, nahezu selbstverständlich, sich mit seinen Wohnungswünschen an das Vorstandsmitglied der GeSoBau zu wenden, das er aus der gemeinsamen Tätigkeit in der Senatsbauverwaltung gut kannte. Lekatut selbst begründete die Ansprache von Wegner vor dem Untersuchungsausschuß mit den Worten: „Weil ich da die Verbindung hatte“. Für die Vorstandsmitglieder der GeSoBau galt Lekatut als der „dringendste und drängendste Bewerber“. Den Vorstandsherren von der GeSoBau war es nach deren eigenen Worten „selbstverständlich“, den Wünschen des hohen Beamten der Senatsbauverwaltung zu entsprechen. Wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil der Wohnungsbaugesellschaft an einem guten Kontakt zur Senatsbauverwaltung gelegen sein muß. Der Vorsitzende des Kontrollorgans der GeSoBau zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zwischen Lekatut und der Wohnungsbaugesellschaft – der Vorsitzende des Aufsichtsrats Puppel – wußte von seinem Abteilungsleiterkollegen in der Senatsbauverwaltung um dessen persönliche Wohnungsprobleme und war offensichtlich ebenfalls geneigt, alles zu tun, um diese Probleme in großzügiger Weise zu regeln. Bis heute hat der Ausschuß auch nicht restlos aufklären können, welcher Zusammenhang zwischen dem Grundstückskauf des Senatsdirektors und der späteren – sehr überraschenden – Ernennung des Herrn Puppel aus der Senatsbauverwaltung zum Vorstandsmitglied der GeSoBau besteht. Auch hier bleiben letzten Endes Spekulationen offen, die aufgrund der Zeugenvernehmungen im Ausschuß nicht aufgeklärt werden konnten. Man sieht jedenfalls, die handelnden Personen standen nicht nur in vielfältigen Beziehungen und Abhängigkeiten zueinander, sondern sie kontrollierten sich auch noch gegenseitig.

(C)

Alein diese vielfältigen Verbindungen und Abhängigkeiten hätten den Senatsdirektor veranlassen müssen, von dem Grundstückskauf Abstand zu nehmen. Mindestens hätten sie ihn darauf hinweisen müssen, die Konditionen des Kaufs einer genauen Prüfung zu unterziehen. Nach seiner eigenen Aussage hat aber der Senatsdirektor Lekatut sich weder über die Höhe des Kaufpreises noch über sonstige Vertragsbestimmungen noch über die Zahlungskonditionen irgendwelche Gedanken gemacht. Daß der Kaufpreis erheblich unter dem Verkehrswert lag, ist hier schon erörtert worden. Auch die Zahlungsbedingungen mit der teilweisen Stundung des Kaufpreises und einer großzügigen Regelung der Verzinsung kennzeichnen die vertraglichen Vereinbarungen. Daß der Senatsdirektor bereits vor der vertraglichen Übergabe des Grundstücks mit den Bauarbeiten beginnen konnte, rundet das Bild einer außerordentlich großzügigen Handlungsweise gegenüber dem Senatsdirektor ab. Trotz dieser Umstände des Kaufs, die jedem außenstehenden Dritten den Verdacht einer Dienstpflichtverletzung geradezu aufdrängen, sahen die handelnden Personen nach ihrem eigenen Bekunden vor dem Ausschuß ihre Handlungsweise offensichtlich als selbstverständlich an. Der ehemalige Senatsdirektor Lekatut äußerte vor dem Ausschuß, er fühle sich in keiner Weise bevorzugt und habe auch zu keinem Zeitpunkt hinsichtlich des Kaufs irgendwelche Bedenken gehabt. In ähnlicher Weise äußerten sich auch die übrigen handelnden Personen vor dem Ausschuß.

(D)

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird das eigentliche Problem des Falles Lekatut deutlich. Offenbar ist in einigen Bereichen der Berliner Verwaltung die Verquickung von Parteizugehörigkeit und dienstlicher Tätigkeit soweit vorangeschritten, daß auch im Bewußtsein der Beteiligten die Maßstäbe für das, was eine unparteiische und gerechte Amtsführung erfordert, verloren gegangen sind.

[Beifall bei der CDU]

Lassen Sie mich auch zum Abschluß noch einmal darauf eingehen, wie die Angelegenheit durch den damals verantwortlichen Senator behandelt worden ist. Trotz entsprechender Hinweise aus seiner Verwaltung hat der ehemalige Bausenator Ristock keinerlei Veranlassung gesehen, die Angelegenheit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Erste Ermittlungen wurden durch den Regierenden Bürgermeister veranlaßt. Die Beauftragung des ehemaligen Amtsgerichtspräsidenten Münn erfolgte erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Erkennbar ist, daß der ehemalige Bausenator Ristock alles unternahm, um den Fall vor den Parlamentswahlen im Jahre 1979 zu vertuschen. Dem Drängen seines Generalreferenten auf eine gründliche Untersuchung des Falles setzte Ristock mit massiven

Rzepka

- (A) Einschüchterungsversuchen, die bis zur Androhung eines Disziplinarverfahrens gingen, ein Ende. Gegenüber seinem Generalreferenten stützte sich der ehemalige Bausenator auf eine Abstimmung mit allen maßgeblichen Persönlichkeiten und Stellen des Landes Berlin. In seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß versuchte er, die massiven Drohungen gegen seinen Beamten als eine sicher im politischen Bereich oft vorgenommene Überhöhung - so Ristock - abzuschwächen. Es ist entlarvend: Nicht derjenige, der im Verdacht einer Dienstpflichtverletzung steht, wird mit einem Disziplinarverfahren bedroht, sondern derjenige, der auf eine rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge drängt.

Die Wertung gegenüber der Wohnungsbaugesellschaft ist hier von allen Fraktionen mit großer Deutlichkeit vorgenommen worden. Auch sind Versuche von seiten dieses Hauses und des Senats vorhanden, Konsequenzen aus dieser Affäre zu ziehen. Aber die Verquickung von Parteizugehörigkeit im öffentlichen Dienst dürfte auch mit diesen Versuchen nicht zu beseitigen sein. Hier scheint eine grundsätzliche Änderung in Berlin möglich, aber darüber wird der Wähler zu entscheiden haben.

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Sickert: Meine Damen und Herren! Ich schließe die Aussprache. Ich stelle fest, daß die Besprechung des Berichts des 1. Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Grundstücksgeschäften der GeSoBau am Tegeler See beendet ist. Ich stelle nun zur Abstimmung den Antrag der Fraktion der CDU in der Fassung des Änderungsantrages der drei Fraktionen. Wer diesem die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön, das ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 12, Drucksache 8/715:

- (B) **Antrag der Fraktion der F.D.P. über Modellversuch „Krankenwohnung“**

Der Senat möge prüfen, ob das von der TU (Institut für Krankenhausbau) Berlin erarbeitete Konzept „Krankenwohnung“ in der vorgeschlagenen oder in einer abgewandelten Form in einem Modellversuch als krankenhaustentlastende Maßnahme erprobt werden kann.

Die Erprobung ist so durchzuführen, daß die Einrichtung „Krankenwohnung“ nach Abschluß des Modellversuches in Verbindung mit Sozialstationen stattfinden kann.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Herr Abgeordneter Swinne, Sie haben das Wort.

Swinne (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kurz und knapp, nicht so lang wie Herr Wronski: Der Antrag meiner Fraktion hat zum Ziel, einen Prüfungsauftrag an den Senat zu geben und von ihm klären zu lassen, ob die Krankenwohnung als eine das Krankenhaus entlastende Maßnahme erprobt werden sollte. Ich teile die Auffassung der Wissenschaftler vom Institut für Krankenhausbau an der TU Berlin, daß es aus sozialen und auch aus finanziellen Gründen sinnvoll wäre, Patienten, die zwar krank genug sind, um einer regelmäßigen Pflege und Hilfe zu bedürfen, nicht in ein Akut-Krankenhaus einzuweisen, sondern in eine kietzgebundene Krankenwohnung mit acht bis zwölf Betten.

Das Modell einer Krankenwohnung ist nach meiner Einsicht eine Möglichkeit, zu krankenhaustentlastenden Maßnahmen zu gelangen. Das Ziel aller krankenhaustentlastenden Maßnahmen ist, insbesondere die Verweildauer in den Krankenhäusern zu senken. Die Akut-Krankenhäuser müssen von Patienten befreit

werden, die aufgrund ihrer Krankheit in einem Akut-Krankenhaus überversorgt werden. Die Kostenexplosion der Pflegesätze in den Krankenhäusern läßt es nicht mehr verantwortlich erscheinen, Patienten in Akut-Krankenhäuser zu schicken, die dort nicht hingehören.

Wer kann in eine Krankenwohnung eingewiesen werden? Es handelt sich hier um Personen, die krank und pflegebedürftig sind. Ich denke zum Beispiel an die pflegebedürftige Großmutter, die versorgt werden soll, wenn die Familie in Urlaub fährt. Es kann auch dort eine alleinstehende Person versorgt werden, die einen Beinbruch hat und sich nicht selbst versorgen kann. In einer Krankenwohnung sollten Patienten, soweit es geht, nicht inaktiv oder passiv vom Pflegepersonal versorgt werden, vielmehr regen die TU-Planer an, die Patienten in einer Art Hilfe zur Selbsthilfe auch während ihrer Krankheit zu selbständig Handeln zu ermuntern und anzuregen. Der Weg zur Genesung soll ein Stück aktiver Rehabilitation sein. Mir scheint es sinnvoll zu sein, gerade wenn ich an ältere Menschen denke, die durch eine Überversorgung in einem Krankenhaus schnell den Lebensmut verlieren, durch dieses Angebot zur eigenen Rehabilitation den Lebensmut zu stärken. Sollte es zu einem Modellversuch kommen, so sollte dieser im Rahmen einer Sozialstation durchgeführt werden. - Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der F.D.P. und der SPD]

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort zur Beratung hat der Abgeordnete Schneider.

[Zurufe von der SPD]

Schneider (CDU): Ich merke schon, für das Gesundheitswesen habt ihr nicht viel übrig, aber werdet mal krank!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir das Papier besorgt und studiert und bin zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen: 1. Es handelt sich um kein Konzept, wie es hier in dem Antrag steht, sondern um eine Untersuchung durch die Technische Universität.

[Anhaltende Unruhe]

2. Es gibt interessante Ansätze, die ich hier im einzelnen nicht ausführen möchte. Es gibt aber in dem ganzen Papier auch deutliche Widersprüche, die mit den Verfassern dieser Studie diskutiert werden sollten.

[Glocke des Präsidenten]

bevor wir dem Senat einen Auftrag geben, so etwas zu prüfen bzw. in die Tat umzusetzen. Ich möchte deshalb namens meiner Fraktion beantragen, diesen Antrag an den Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz zu überweisen. Nun ist mir bekannt, daß der wohl kaum noch dazu kommen wird, das zu behandeln. Sie werden das also in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgreifen müssen. - Ich danke Ihnen!

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Sickert: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schneider! - Da der Ältestenrat empfohlen hat, diesen Antrag in vier weitere Ausschüsse zu überweisen, ist es noch unwahrscheinlicher, daß er behandelt wird. Aber ich muß hier pflichtgemäß abstimmen lassen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz - federführend -, an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen, an den Ausschuß für Arbeit und Soziales sowie an den Hauptausschuß. Wer den Überweisungen die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist so beschlossen.

Damit sind wir am Schluß der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 12. März 1981, um 13 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluß: 19.39 Uhr]

Namentliche Abstimmung
in der 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin
- 8. Wahlperiode -
am 5. März 1981
über Antrag auf Entzug des Vertrauens
betr. Senator für Justiz - Drs 8/732 -

Name des Abgeordneten	Fraktion	Ja	Nein	Ent- haltung	Name des Abgeordneten	Fraktion	Ja	Nein	Ent- haltung
1. Abendroth, Günther	SPD		/		49. Jungclaus, Klaus	SPD		/	
2. Aberle, Peter	SPD		/		50. Kayser, Christian	F.D.P.		/	
3. Adler, Jürgen	CDU	/			51. v. Kekulé, Friedrich	CDU	/		
4. Amonat, Reinhold	SPD		/		52. Kittner, Ekkehard	CDU	/		
5. Baetge, Karl-Heinz	F.D.P.		/		53. Klebba, Rainer	SPD		/	
6. Beitz, Hans	CDU	/			54. Kollat, Horst	SPD		/	
7. Dr. Besser, Ursula	CDU	/			55. Dr. Kunze, Jürgen	F.D.P.		/	
8. Dr. Biewald, Dieter	CDU	/			56. Landowsky, Klaus	CDU	/		
9. Dr. Birkholz, Ekkehard	SPD		/		57. Lange, Horst	SPD		/	
10. Bislich, Michael	SPD		/		58. Dr. Lehmann-Brauns, Uwe	CDU	/		
11. Blume, Herbert	SPD		/		59. Lemmer, Henning	CDU	/		
12. Bock, Günter	CDU	/			60. Lippschütz, Alfred	SPD		/	
13. Bode, Manfred	CDU	/			61. Löffler, Gerd	SPD		/	
14. Boehm, Hans-Joachim	CDU	/			62. Longolius, Alexander	SPD		/	
15. Boroffka, Peter	CDU	/			63. Lorenz, Gerald	SPD		/	
16. Brinckmeier, Marianne	SPD		/		64. Lorenz, Hans-Georg	SPD		/	
17. Brinsa, Ulrich	CDU	/			65. Luckow, Gero	CDU	/		
18. Buwitt, Dankward	CDU	/			66. Lummer, Heinrich	CDU	/		
19. Diepgen, Eberhard	CDU	/			67. Maerz, Wolfgang	SPD		/	
20. Dr. Dittberner, Jürgen	F.D.P.		/		68. Dr. Mahlo, Dietrich	CDU	/		
21. Dolata, Werner	CDU	/			69. Masteit, Dietrich	SPD		/	
22. Ehrke, Franz	SPD		/		70. Dr. Meisner, Norbert	SPD		/	
23. Elsner, Günter	CDU	/			71. Mertsch, Hans	SPD		/	
24. Ewers, Uwe	CDU	/			72. Misch, Gerda	SPD		/	
25. Fechner, Gisela	SPD		/		73. Momper, Walter	SPD		/	
26. Feilcke, Jochen	CDU	/			74. Müller, Helga	SPD		/	
27. Fluhr, Christa	CDU	/			75. Müller, Rudolf	CDU	/		
28. Franke, Klaus	CDU	/			76. Dr. Neuling, Christian	CDU	/		
29. Fröhner, Hans-Jochen	SPD		/		77. Neumann, Kurt	SPD		/	
30. Führer, Reinhard	CDU	/			78. Oesterlein, Willi	CDU	/		
31. Dr. Gerl, Andreas	SPD		/		79. Oxford, Hermann	F.D.P.	/		
32. Gierich, Peter	CDU	/			80. Pätzold, Erich	SPD		/	
33. Giesel, Rainer	CDU	/			81. Palm, Joachim	CDU	/		
34. Greiff, Nikola	CDU	/			82. Paris, Manfred	CDU	/		
35. Dr. Gruner, Gert	SPD		/		83. Poritz, Ernst-August	CDU	/		
36. Hale, Horstmar	SPD		/		84. Preuss, Manfred	CDU	/		
37. Hapel, Dieter	CDU	/			85. Prozell, Artur	SPD		/	
38. Dr. Hasenclever, Alexander	CDU	/			86. Puhst, Heinz	SPD		/	
39. Dr. Hassemer, Volker	CDU	/			87. Raasch, Martin	SPD		/	
40. Hauff, Sigurd	SPD		/		88. Rasch, Walter	F.D.P.		/	
41. Heinschke, Michael	CDU	/			89. Dr. Rass, Rudolf	SPD		/	
42. Heß, Hans-Jürgen	SPD		/		90. Rastemborski, Ulrich	CDU	/		
43. Dr. Heyden, Gerd	CDU	/			91. Rauschenbach, Peter	CDU	/		
44. Hiersemann, Fritz	SPD		/		92. Rebsch, Peter	CDU	/		
45. Hildebrandt, Helmut	SPD		/		93. Reichel, Ilse	SPD		/	
46. Hitzgrath, Rüdiger	SPD		/		94. Renner, Ingeborg	SPD		/	
47. Huckdenbroich, Volker	F.D.P.		/		95. Rheinländer, Achim	SPD		/	
48. Jatzky, Klaus	SPD		/		96. Dr. Riebschläger, Klaus	SPD		/	

Name des Abgeordneten	Fraktion	Ja	Nein	Ent- haltung
97. Ritter, Heinz	SPD		/	
98. Rösler, Hubert	CDU	/		
99. Dr. Rüter, Diethard	SPD		/	
100. Runge, Kurt	CDU	/		
101. Rzepka, Peter	CDU	/		
102. Saß-Viehweger, Barbara	CDU	/		
103. Schicks, Heinz	CDU	/		
104. Schmid-Petry, Erika	F.D.P.		/	
105. Schmidt, Ekkehard	CDU	/		
106. Schmitz, Karl-Heinz	CDU	/		
107. Schneider, Gerhard	SPD		/	
108. Schneider, Günter	CDU	/		
109. Schoenthal, Hans-Ludwig	SPD		/	
110. Schürmann, Ulrich	SPD		/	
111. Sickert, Walter	SPD		/	
112. Simon, Heinz-Viktor	CDU	/		
113. Stach, Fredy	SPD		/	
114. Städing, Karl-Heinz	SPD		/	
115. Staffelt, Dittmar	SPD		/	
116. Steinecke, Klaus-Peter	CDU	/		
117. Stobbe, Dietrich	SPD		/	
118. Striek, Heinz	SPD		/	
119. Sund, Olaf	SPD		/	
120. Swinne, Edgar	F.D.P.		/	
121. Thomas, Bodo	SPD		/	
122. Tietze, Jürgen	CDU	/		
123. Twehle, Manfred	SPD		/	
124. Ulzen, Jürgen	CDU	/		
125. Vetter, Horst	F.D.P.		/	
126. Vetter, Peter	CDU	/		
127. Wahl, Jürgen	F.D.P.		/	
128. Dr. Waller, Peter	SPD		/	
129. Wiechatzek, Gabriele	CDU	/		
130. Wischner, Claus	CDU	/		
131. Wohlrabe, Jürgen	CDU	/		
132. Wronski, Edmund	CDU	/		
133. Dr. Wruck, Ekkehard	CDU	/		
134. Wurche, Gottfried	SPD		/	
135. Zemla, Günter	CDU	/		
Abgegebene Stimmen	135			
davon				
Ja-Stimmen	64			
Nein-Stimmen	71			
Stimmhaltungen	-			
ungültig	-			